

Freiwilliges Grundeinkommen statt Gewalt

Eine staats- und gewaltfreie Utopie
von Martin Finger

OPEN ACCESS
VERSION

Selbstbestimmt

Konsens • Kooperation

~~**Fremdbestimmt**~~

~~Wahlen • Gewalt~~



Zum Autor: Martin Finger begann früh in seinem Leben eigene Vorstellungen zu entwickeln, wie er seine Zeit nutzen wollte, was während der Schulzeit mitunter zu Problemen führte. In seinen Abschlussarbeiten für die Studiengänge Wirtschaft und Wirtschaftsinformatik entwickelte er 2007 einen ersten Entwurf eines alternativen Geld- und Steuersystems.

Heute beschäftigt sich Martin Finger als Freidenker und Utopist damit, wie eine herrschaftsfreie Gesellschaft verwirklicht werden könnte.

Zum Buch: Alles ist mit allem verbunden. Unser Geld, der Staat und unsere Wirtschaft sind elementare Teile unserer Gesellschaft. Gewalt ist dabei kein zufälliger Aspekt, sondern notwendig für den Fortbestand unserer gegenwärtigen Gesellschaft. Erst wenn wir bereit sind die Gewalt aufzugeben, haben wir eine Chance zu einem menschlicheren Umgang miteinander zurückzufinden – auf der Grundlage der Gleichwertigkeit aller Menschen.

Eine gewaltfreie und herrschaftsfreie Gesellschaft bedarf anderer Konzepte für ihre Organisation. Diese findet der Autor in Delegiertenräten, einem Gleichgewichtsgeld, einem freiwilligen Grundeinkommen und der reziproken Freiheit. Damit diese Gesellschaft selbstbestimmter Menschen keine Utopie bleibt, bedarf es Veränderungen, welche wir nur gemeinsam verwirklichen können.

Freiwilliges Grundeinkommen statt Gewalt

Eine staats- und gewaltfreie Utopie
von Martin Finger

Version: 1.9

Datum: 01.07.2022

Autor: Martin Finger, kontakt@martinfinger.de
Cover: Fränk Bogon, ansichtsart.de
Korrektur: Elisabeth Lexer, lexer-texte.at

ISBN Softcover: 978-3-347-61125-2
ISBN Hardcover: 978-3-347-61127-6
ISBN E-Book: 978-3-347-61133-7
ISBN Großschrift: 978-3-347-61135-1
Open Access (PDF): martinfinger.de

Druck und Distribution im Auftrag des Autors:

tredition GmbH, Halenreihe 40-44, 22359 Hamburg, Germany

Das Werk, einschließlich seiner Teile, ist urheberrechtlich geschützt. Für die Inhalte ist der Autor verantwortlich. Jede Verwertung ist ohne seine Zustimmung unzulässig. Die Publikation und Verbreitung erfolgen im Auftrag des Autors, zu erreichen unter:

tredition GmbH, Abteilung „Impressumservice“,
Halenreihe 40-44, 22359 Hamburg, Deutschland.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung.....	7
I. Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft ...	10
I.1 Wahlen und Gesetze.....	11
I.1.1 Wahlsystem: Erst- und Zweitstimme	12
I.1.2 Gesetzgebung.....	18
I.2 Justiz	21
I.2.1 Vor Gericht	22
I.2.2 Moralische Urteilsfähigkeit	26
I.2.3 Identitätsprobleme.....	33
I.3 Wirtschaft.....	36
I.3.1 Wirtschaft und Staat	38
I.3.1.1 Eine untrennbare Einheit	38
I.3.1.2 Internationale Handelsabkommen	40
I.3.1.3 Lobbyismus.....	42
I.3.1.4 Scheindebatten zur Wirtschaftsform	43
I.3.2 Wirtschaft und Mensch.....	48
I.3.3 Wirtschaft und Geld	60
I.3.3.1 Werttheorien des Geldes	62
I.3.3.2 Geld und Wachstum.....	64
I.3.3.3 Automatisierung, Profit und Wachstum .	69
I.3.3.4 Geldschöpfung	78
I.3.3.5 Quantitätsgleichung: Geldumlauf und Inflation	85
I.3.3.6 Geldfunktionen: Wertmessenheit, Wertspeicher und Zahlungsfunktion	97
II. Freiheit.....	104

II.1	Freiheit als Ergebnis der Rechtsordnung.....	104
II.2	Freiheit im Verhältnis zum Staat	111
II.3	Freiheit als Eigenschaft des Subjekts.....	113
III.	Ordnung ohne Herrschaft.....	122
III.1	Konsensprinzip	123
III.1.1	Freiwillige globale Kooperation.....	125
III.1.2	Delegiertenräte: Wahl und Arbeitsweise ...	132
III.2	Wiedergutmachung.....	145
III.3	Erfüllung menschlicher Bedürfnisse	153
III.3.1	Wirtschaft ohne Staat	154
III.3.2	Wirtschaft für Menschen	159
III.3.3	Wirtschaft mit und ohne Geld.....	166
III.3.3.1	Löschung des Geldes	183
III.3.3.2	Geld und Wert: Lebenszeitwerttheorie.	185
III.3.3.3	Gleichgewichtsgeld Credere.....	190
III.3.3.4	Wie gleich sollte Lohn sein?	204
III.3.3.5	Reformation oder Erneuerung?	207
III.3.3.6	Warum wir das Geld (noch) nicht abschaffen sollten.....	208
IV.	Ausblick in ein selbstbestimmtes Leben.....	213
	Abkürzungen.....	218
	Glossar	219
	Inspirations- und Datenquellen	221

Einleitung

Ich schrieb dieses Buch, weil ich erlebt habe, wie sehr unser Umgang miteinander von Gewalt dominiert wird, und weil ich mir wünsche, wir würden stattdessen so miteinander umgehen, dass wir alle frei und selbstbestimmt leben können. Ich kann mir vorstellen, dass eine solche Aussage irritieren kann. Schließlich wird uns immer wieder erzählt, dass wir in einer freiheitlichen Gesellschaft lebten. Ich sehe das jedoch anders. Warum unsere Gesellschaft dieses Versprechen von Freiheit nicht erfüllen kann und wie sehr unsere gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Strukturen von Gewalt durchdrungen sind, führe ich im Folgenden aus.

Vielleicht ist ein Grund für meine etwas andere Perspektive auf unsere Gesellschaft in meiner Biografie zu finden. Ich wurde in der DDR geboren, bin dort aufgewachsen und war elf Jahre alt, als die Proteste 1989 begannen. Als Mitglied in der Pionierorganisation „Ernst Thälmann“ habe ich noch den Wechsel vom Jungpionier zum Thälmann-Pionier mitgemacht. Ich habe schöne Erinnerungen an meine Zeit als Pionier und nicht den Eindruck, dass diese Aktivitäten primär einer politischen Indoktrination dienten. Vielmehr erlebte ich ein Gemeinschaftsgefühl, welches nach der Wiedervereinigung komplett verloren gegangen ist. Zuvor gelebte Werte wie Freundschaft und

Einleitung

Hilfsbereitschaft verloren an Bedeutung. Ich glaube im Nachhinein, dass dieser Verlust für mich prägend gewesen ist. Er trägt dazu bei, dass ich die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten heute als eine feindliche Übernahme empfinde. Diese Verlusterfahrung hat dazu beigetragen, dass ich mich kritisch mit der Idee und Konzeption von Staaten auseinandergesetzt habe. Und diese Auseinandersetzung hat schließlich dazu geführt, dass ich die Vorstellung, dass Menschen regiert werden müssen, inzwischen infrage stelle.

Nach der Schule begann ich eine Ausbildung zum Energieelektroniker in einem Reichsbahn Ausbesserungswerk der Deutschen Bahn AG. Als Mitglied der Jugend- und Auszubildendenvertretung hatte ich auch Kontakte zum Betriebsrat des Werkes. Ich konnte immer wieder miterleben, wie der Betriebsrat darum gerungen hat, Arbeitsplätze am Standort zu erhalten. So bekam ich einen Eindruck davon, was es bedeutet, wenn ein Wirtschaftssystem im Rückbau begriffen ist. Nachdem ich meinen Beruf einige Monate in Hamburg ausgeübt hatte, entschied ich mich, nach München zu gehen und dort eine Ausbildung zum Applikations-Entwickler zu absolvieren. Meine Ausbildung hatte ich gerade noch rechtzeitig beendet, bevor die Dotcom-Blase platzte. So konnte ich die turbulente Zeit danach als Angestellter einer Direktbank in Ruhe überstehen. Einige Jahre später gingen dann

Einleitung

auch in meiner Bank die Lichter aus. Der Arbeitsmarkt für IT-Fachkräfte hatte sich wieder beruhigt, und ich entschied mich ein letztes Mal für eine abhängige Beschäftigung.

Während meiner Arbeit in der Bank wuchs mein Wunsch, genauer zu verstehen, wie unser Wirtschaftssystem funktioniert. Ein berufsbegleitendes Studium gab mir die Möglichkeit, mein Wissen in diesem Bereich zu vertiefen. In Diskussionen mit Dozenten und durch die Beschäftigung mit ökonomischen Sichtweisen jenseits des Lehrplans reiften meine alternativen Ideen zu unserem Geld- und Gesellschaftssystem. Diese Ideen habe ich 2007 erstmals in meinen Abschlussarbeiten ausformuliert. Mit dem Abschluss meines Studiums konnte ich meine berufliche Tätigkeit nun als Freiberufler weiterführen.

Nach wie vor suche ich den Austausch mit Menschen, um meine Vorstellung einer alternativen Gesellschaft, in welcher ich mich wohlfühlen würde, immer weiter zu schärfen und zu konkretisieren. Als ich bemerkte, dass sich meine Vorstellungen immer weiter von den bestehenden Strukturen entfernten, fing ich an, mich zu fragen, wie ein Transformationspfad aussehen könnte. Schließlich nützt die schönste Utopie nichts, wenn sie eine Utopie bleibt. Dieses Buch ist eine Einladung, die Veränderung unserer Gesellschaft gemeinsam zu gestalten.

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft

I. Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft

Ich sehe gerne Horrorfilme, um mich zu gruseln. Ebenso lasse ich mich gerne auf filmische Tragödien ein, um mich emotional mitreißen zu lassen. Was ich nicht ertragen kann, sind Nachrichten. Wenn ich Tag für Tag aus den Nachrichten erfahre, in welchem Umfang Menschen Leid erfahren und mit existenziellen Ängsten konfrontiert sind, dann kann ich meinen Schmerz und meine Wut darüber, dass unsere Welt so ist, wie sie ist, kaum aushalten. Der Grund dafür ist, dass ich all das Leid in unserer Welt auf ein einziges Element zurückführe. Ein Element, welches alle Strukturen unserer Gesellschaft durchdringt und etwas ist, was wir alle jeden Tag praktizieren: Gewalt.

Die Organisation unserer Gesellschaft erfolgt heute vor allem durch Menschen, welche im Auftrag eines Staates agieren und als Teil eines staatlichen Gewaltmonopols Einfluss auf unser Zusammenleben nehmen. Dabei sichert der Staat sein Fortbestehen am wirkungsvollsten, indem er unsere Verbundenheit untereinander zerstört. Schließlich funktioniert auch ein demokratischer Staat nach dem Prinzip von Teilen und Herrschen. Je mehr wir einander misstrauen, uns voneinander separieren und uns zugleich von den Versorgungsstrukturen des Staates abhängig machen, umso weniger sind wir in der Lage, uns staatlichen Eingriffen in unsere Selbstbestimmung zu verweigern.

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft

Für mich liegen unsere heutigen Probleme darin, dass wir es akzeptieren, in einem staatlichen Herrschaftssystem zu leben, in welchem Freiheit durch die Gewährung von Freiheitsrechten marginalisiert wird und welches zugleich erlaubt, im Namen der Freiheit Gewalt gegen Menschen einzusetzen. Dabei gibt es für uns durch den Staat nichts zu gewinnen, denn alles, was uns der Staat geben kann, ist zwangsläufig weniger als das, was wir bereits haben. Vor allem die Möglichkeit des Staates, Entscheidungen gewaltsam durchzusetzen, verhindert einen kooperativen Umgang miteinander. Schließlich sind diejenigen, welche sich des staatlichen Gewaltmonopols bedienen können, nicht darauf angewiesen, Lösungen zu finden, welche für alle Beteiligten akzeptabel sind.

Im ersten Teil dieses Buches werde ich ausführen, in welcher vielfältiger Weise wir in unserem Alltag Gewalt sowohl ausüben als auch erfahren.

I.1 Wahlen und Gesetze

Im politischen System unserer parlamentarischen Republik gibt es primär zwei Elemente, die Gewalt in unsere Gesellschaft tragen. Das erste Element ist der Wahlvorgang selbst, an welchem wir uns aktiv beteiligen und im Ergebnis allen Menschen eine Regierung aufzwingen. Indem die gewählten Parlamentarier Gesetze mit einfacher Mehrheit beschließen, bildet die Gesetzgebung das zweite gewalttätige Element, da diese Gesetze wiederum allen Bürgern aufgezwungen werden.

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft

I.1.1 Wahlsystem: Erst- und Zweitstimme

Ein prägendes Element unserer demokratischen Ordnung sind Wahlen. Angeblich herrscht mit den Wahlen das Volk über sich selbst. In Wirklichkeit können wir mit unserer Beteiligung an Wahlen nur einen sehr geringen Einfluss auf die Zusammensetzung der Legislative ausüben. Nehmen wir als Beispiel die Bundestagswahl von 2021. Wir hatten eine Erststimme und eine Zweitstimme. Während wir mit der Erststimme nur auf einen von 299 Sitzen des Bundestages Einfluss nehmen konnten, konnten wir mit der Zweitstimme darüber entscheiden, wie viele der weiteren 437 Sitze eine Partei für ihre Kandidaten erhielt. Bei den Direktmandaten, welche über die Erststimmen verteilt wurden, ist das Prinzip des Teilens und Herrschens direkt ersichtlich. Durch die Aufteilung der Sitze auf einzelne Wahlbezirke wird erreicht, dass diese Sitze nur von Personen erhalten werden, welche entweder bereits sehr bekannt sind oder die Möglichkeit haben, genügend Werbung zu betreiben, um einen ausreichend großen Anteil von Wählern innerhalb eines Wahlkreises für sich zu mobilisieren. Menschen, welche ohne Partei kandidieren oder für eine Partei, welche nicht im Bundestag oder einem Landtag vertreten ist, müssen zusätzlich Unterstützungsunterschriften sammeln, um in einem Wahlkreis antreten zu dürfen. Die Direktmandate werden durch relative Mehrheit vergeben. Es gewinnt also derjenige Kandidat den Sitz im Parlament, welcher

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft

die meisten Stimmen erhält, ohne eine bestimmte Mindestzahl zu benötigen. Je mehr Kandidaten in einem Wahlkreis antreten, umso mehr verteilen sich die Stimmen auf einzelne Kandidaten. Bei der Bundestagswahl 2021 benötigte ein Kandidat im Durchschnitt nur 33 % der abgegebenen gültigen Stimmen eines Wahlkreises, um ein Mandat zu erhalten. Umgerechnet auf die 46 Millionen gültigen Erststimmen entspricht dies nur einem Anteil von etwa 15 Millionen Stimmen, welche im Ergebnis einen Einfluss auf die Zusammensetzung des 2021 gewählten Bundestages hatten. Die anderen 31 Millionen Erststimmen bleiben genauso wirkungslos wie diejenigen der 14 Millionen Nichtwähler und der 22 Millionen Menschen, welche aufgrund ihres Alters oder ihrer Nationalität nicht an der Wahl teilnehmen durften.

Während bei den Erststimmen die Marginalisierung von Minderheitsmeinungen indirekt erfolgt, weil ein Kandidat eine relative Mehrheit benötigt, erfolgt die Marginalisierung bei den Zweitstimmen direkt. Denn ich kann damit nur entscheiden, ob Kandidaten einer Partei – entsprechend ihrer jeweiligen Landesliste – in das Parlament einziehen. Auf die Auswahl der Kandidaten selbst habe ich keinen Einfluss, da diese parteiintern bestimmt werden. Ich kann also nur einer Partei mehr Einfluss verschaffen. Allerdings sind Parteien, welche an der 5 %-Hürde scheitern, nicht im Bundestag präsent; es sei denn, sie haben mindestens drei Direktmandate

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft

erhalten oder repräsentieren eine nationale Minderheit. Nachdem also die prozentuale Zusammensetzung des Bundestages durch die Zweitstimmen festgelegt wurde, folgt nun die Marginalisierung all jener Wähler, deren Partei nicht an der Regierungsbildung beteiligt ist. Die Regierung benötigt für die Verabschiedung von Gesetzen in der Regel nur eine einfache Mehrheit. Die Politiker der Nichtregierungsparteien können sich zwar direkt im Parlament äußern, ihr Einfluss bleibt jedoch gering. Es wirken damit verschiedene Filtermechanismen, welche es etablierten Parteien erleichtern, im Parlament zu bleiben. Mit der Präsenz im Parlament steigt auch die Chance einer Partei, an der Regierung beteiligt zu werden. Ergänzende finanzielle Hilfsinstrumente sind u. a. die Parteienfinanzierung über die Wahlkampfkostenerstattung sowie Zahlungen des Staates an die parteinahen Stiftungen.

Der Einfluss eines Wählers darauf, welche Personen über Gesetze entscheiden können, ist im Ergebnis sehr überschaubar. Sein Einfluss wäre bereits größer, wenn er in einem Landesverband einer Partei aktiv wäre und es ihm so gelänge, Einfluss auf die Landesliste einer Partei zu nehmen. Als Wähler muss ich mir klarmachen, dass die vorgeschalteten Filter dafür sorgen, dass kleine Parteien, welche eine Veränderung anstreben, gar nicht erst im politischen Prozess sichtbar werden. Selbst wenn eine Partei groß genug wird, um ins Parlament einzuziehen, kann Veränderung erst dann gelingen,

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft

wenn die Partei mindestens an der Regierung beteiligt ist. Wahrscheinlich wird eine Veränderung auf politischem Weg allerdings erst, wenn eine Partei so viele Sitze im Parlament innehat, dass sie in der Lage ist, ihre Vorstellungen gegen andere Parteien durchzusetzen.

Damit bin ich beim gewalttätigen Aspekt der Wahl. Wenn ich mich entscheide, an der Wahl teilzunehmen, dann stimme ich dadurch auch der Anwendung von Gewalt gegenüber Menschen zu, egal wie das Ergebnis ausfällt. Wahlen werden durchgeführt, um Herrschaft zu legitimieren. Somit bedeutet jegliche Beteiligung an einer Wahl, dass ich dem Prinzip Herrschaft zustimme. Es gibt keine Wahloption, welche keine Zustimmung darstellen würde. Selbst die Abgabe einer ungültigen Stimme erhöht die Wahlbeteiligung und damit die wichtigste Kennzahl für die Legitimation von Herrschaft in demokratisch verfassten Staaten. Obwohl Millionen der abgegebenen Stimmen im Ergebnis keinen Effekt auf die Politik von mehreren Jahren haben werden, zahlen all diese Stimmen auf das Legitimationskonto ein. Wenn wir wählen, wählen wir damit Gewalt. Wir geben Menschen die Erlaubnis, Gewalt über andere Menschen auszuüben, indem wir ihnen erlauben, Gesetze zu erlassen. Diese Gesetze sind dann die Grundlage dafür, dass Menschen als Teil der Exekutive und der Judikative Gewalt ausüben und in der Folge weitere Menschen Gewalt erfahren.

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft

Die Wahlbeteiligung von 76,6 % für die Bundestagswahl 2021 lässt dabei den Eindruck entstehen, die Wahl repräsentiere den Willen von $\frac{3}{4}$ der Bevölkerung in Deutschland. So ist es jedoch nicht. Ausgehend von den Zweitstimmen, stehen hinter der Regierung gerade einmal 24 Millionen Stimmen. Alle anderen abgegebenen Zweitstimmen haben keinen Einfluss, weil die gewählten Parteien an der 5 %-Hürde gescheitert oder nicht an der Regierung beteiligt sind. Bezogen auf die 83 Millionen Menschen, welche in Deutschland leben, entspricht dies einem Anteil von 29 %. Trotzdem finden die verabschiedeten Gesetze auf alle Menschen Deutschlands Anwendung.

Ob ich die Regierung gewählt habe, ist für ihren Machtanspruch vollkommen egal. Ich werde nicht gefragt, ob ich regiert werden möchte. Niemand wird je bei einer Wahl gefragt, ob er regiert werden möchte. Genauso spielt es keine Rolle, ob ich mit einem Gesetz einverstanden bin oder nicht. Unabhängig von der Wahl ist der Einfluss der Bürger auf die verabschiedeten Gesetze ohnehin marginal. Von den meisten der verabschiedeten Gesetze bekommt die überwiegende Mehrheit der Menschen in der Regel nichts mit. So erleben wir die gewalttätigen Folgen von Gesetzen zumeist nur in kleinen Dosen.

Wir leben angeblich in einer pluralistischen Gesellschaft. Dabei steht die Pluralität nur als Illusion auf dem Stimmzettel. Von den 54 für die Bundestagswahl

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft

zugelassenen Parteien haben es acht Parteien geschafft, mindestens einen Vertreter ins Parlament zu entsenden. Für mich ist es eine merkwürdige Vorstellung von Pluralität, wenn die Vorstellungen der Menschen so stark ausgesiebt werden, dass im Ergebnis nur die Stimmen weniger Menschen den Regierungsaktivitäten zugrunde liegen. Schließlich stammen nahezu alle Gesetze, die vom Parlament erlassen werden, entweder von der Regierung oder den Regierungsfractionen. Die Fractionen der Opposition sind für die Gesetzgebung nahezu bedeutungslos.

Mit unserer Abstimmung bei einer Bundestagswahl können wir nur für einen einzigen Sitz eine konkrete personelle Besetzung beeinflussen. Dadurch kann allerdings nicht erreicht werden, dass eine Person nicht in den Bundestag gelangt. Die Abgeordneten, welche sich für ein Direktmandat bewerben, werden in der Regel von den Parteien über Landeslisten zusätzlich abgesichert. Auf diesem Weg kann ein Politiker – auch wenn er das Direktmandat nicht erhält –, trotzdem in den Bundestag einziehen. Auch das ist eine Konstruktion, mit welcher der Wählerwille unterlaufen werden kann. Im Ergebnis haben die Parteien einen sehr viel größeren Einfluss darauf, welche Personen im Bundestag sitzen werden, als wir, wenn wir aufgerufen werden, den Bundestag zu wählen. Dass die Vielfalt der Interessen und Wünsche der Bevölkerung nicht im Bundestag repräsentiert wird, ist kein Problem der

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft

Wahlentscheidung. Die Marginalisierung anderer Meinungen bis hin zur Unsichtbarkeit im politischen Diskurs ist systemischer Natur.

I.1.2 Gesetzgebung

Ein Kernproblem ist darin zu sehen, dass der Wähler nur einen geringen Einfluss auf das Regierungshandeln hat. Bereits das Ergebnis einer Wahl ist mit Unsicherheiten behaftet, da ich nicht im Vorfeld wissen kann, ob die von mir gewählte Partei es schafft, an die Regierung zu kommen. Was allerdings noch viel ungewisser ist, sind die Entscheidungen, welche die Politiker der Regierung nach der Wahl treffen, wenn es nicht mehr darum geht, Wählerstimmen zu sammeln. In der Bundestagswahl 2005 ist die CDU/CSU angetreten mit der Maßgabe, dass die Umsatzsteuer von 16 % um 2 % auf 18 % angehoben werden sollte. Die SPD ist mit der Aussage angetreten, sie würde die Umsatzsteuer nicht erhöhen wollen. Nachdem CDU/CSU und SPD sich schließlich als Koalitionäre in eine Regierung zusammenfanden, um keine Neuwahlen zu riskieren, ergab der Kompromiss zwischen keiner Anhebung und einer Anhebung von 2 % schließlich, dass die Umsatzsteuer um 3 % erhöht wurde. Es gibt keine Mechanismen, mit welchen Wähler einen Politiker zur Rechenschaft ziehen könnten, wenn dieser nicht so handelt, wie es seine Wähler aufgrund der von ihm geäußerten Versprechungen erwartet hätten.

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft

Die Abstimmungsmethode für Gesetze in Form einer einfachen Mehrheit ermöglicht es, dass bereits im Grundsatz Entscheidungen gegen den Willen von 49 % der Menschen getroffen werden können. Die Regierungsmehrheit von 416 Sitzen im 20. Deutschen Bundestag basiert auf den Stimmen von nur 24 Millionen Bürgern der 83 Millionen Einwohner. Für die Verabschiedung eines Gesetzes (bei insgesamt 736 Sitzen) genügt die Zustimmung von 369 Politikern. Entsprechend kann ein Gesetz sogar dann verabschiedet werden, wenn sich 47 Politiker der Regierungsfaktionen entscheiden, sich dem – angeblich nicht existierenden – Fraktionszwang zu widersetzen und gegen ein Gesetz zu stimmen.

Bei all den Filtern, welche in einer parlamentarischen Demokratie wirken, sollte ersichtlich werden, dass ein solches System strukturell nicht in der Lage ist, die Meinungen einer pluralistischen Gesellschaft abzubilden. Wenn Meinungen im politischen Diskurs nicht sichtbar werden oder keinen Einfluss haben, dann nicht deshalb, weil die Demokratie nicht richtig funktionieren würde, sondern weil eine parlamentarische Demokratie viele Menschen und deren Meinungen systematisch ausschließt. Wenn wir den Eindruck haben, dass unsere Meinung im Parlament nicht repräsentiert wird, dann ist das kein Fehler der Demokratie an sich. Die parlamentarische Demokratie erfüllt damit genau ihren Zweck: Sie marginalisiert

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft

Meinungen. Es ist also ein Irrglaube zu meinen, unsere Demokratie könnte pluralistischer werden, indem wir öfter in Form von Wahlen an Entscheidungen beteiligt würden. Mit einer Möglichkeit, zusätzlich auf Bundesebene direkt über Gesetze abzustimmen, kann die Anzahl der vertretenen Meinungen innerhalb des Herrschaftssystems nicht erhöht werden. Diese Vorstellung verkennt das Problem, welches zwingend mit dem Prinzip einer Mehrheitsentscheidung einhergeht. Eine Mehrheitsentscheidung hat immer trennenden Charakter, weil neben der Gruppe, welche sich durchgesetzt hat, auch immer mindestens eine weitere Gruppe vorhanden ist, welche unterlegen ist und deren Vorstellungen nicht gefolgt wurde. Letztendlich bewirken Volksentscheide nur, dass wir direkt an der Ausübung von Gewalt beteiligt werden. Statt Menschen zu wählen, welche in unserem Namen Gesetze verabschieden und dadurch Gewalt ausüben, übernehmen wir durch die Beteiligung an Volksentscheiden selbst die Rolle derjenigen, die Gewalt praktizieren, indem wir ein Gesetz direkt verabschieden, um es anschließend über das Gewaltmonopol des Staates durchsetzen zu lassen.

In Artikel 20 des deutschen Grundgesetzes steht: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ Dieser Satz ist in einer viel dramatischeren Weise wahr, als es im Kontext dieses Gesetzes gemeint ist. Während es in diesem Artikel nur darum geht, die Legitimationsbasis für das

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft

staatliche Gewaltmonopol zu liefern und uns zu Wählern zu degradieren, ist jegliche Gewalt – egal ob physisch, psychisch oder strukturell – immer mit einer Handlung eines Menschen verbunden. Insbesondere bei der Verwendung des Begriffes der strukturellen Gewalt kann nicht genug betont werden, dass Strukturen keine handelnden Subjekte sind, sondern ausschließlich aus einem Regelwerk bestehen, welches von uns festgelegt wurde. In dem Moment, in welchem wir diesen Regeln nicht mehr Folge leisten, brechen die entsprechenden Strukturen zusammen. Nicht ein Gericht spricht das Urteil, sondern ein Richter. Nicht eine Behörde erlässt einen Bescheid, sondern ein Beamter. Nicht die Polizei verhaftet Personen, sondern Polizisten. Richter, Beamte und Polizisten sind Menschen, welche handeln und erst damit die Gewalt manifestieren. Ohne unser Handeln keine Gewalt.

1.2 Justiz

Wir haben mit unserer Beteiligung an Wahlen den Grundstein gelegt für die staatliche Ausübung von Gewalt. Die beiden Teile des staatlichen Gewaltmonopols in Form der Judikative und der Exekutive sind nun in der Pflicht, die Gesetze und Verordnungen in Handlungen zu übersetzen – und das ist der Auftakt für die staatliche Gewaltausübung. Sehr viele Menschen sind für die Exekutive tätig. Schließlich sind nicht nur Polizisten Teil der Exekutive. Ihr gehören ebenso Menschen an, welche z. B. für das Finanzamt

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft

oder in einer Verwaltungsbehörde wie dem Einwohnermeldeamt arbeiten. Letztlich sind es alle Menschen, die daran beteiligt sind, uns in irgendeiner Form zu verwalten. Wir haben permanent mit der Exekutive zu tun, z. B. dann, wenn wir eine Baugenehmigung einholen, um ein Gebäude zu errichten, oder wenn wir aufgefordert werden, eine Steuererklärung abzugeben. Genauso haben wir es mit der Exekutive zu tun, wenn wir Wohngeld beantragen, Kindergeld erhalten oder eine gesetzliche Rente ausbezahlt bekommen. Es ist sehr schwer, in Deutschland nicht in irgendeiner Form mit der Exekutive in Kontakt zu kommen. Dabei sind wir ständig mit Vorschriften konfrontiert, welche wir einzuhalten haben. Wir sind so sehr daran gewöhnt, dass wir nur selten eine Entscheidung der Exekutive infrage stellen und bereit sind, uns dieser zu widersetzen. Sollten wir es doch einmal tun – z. B. weil eine Behörde nicht in unserem Sinne entschieden hat –, werden wir beim Versuch, dies zu ändern, erleben, dass die Verwaltung in den meisten Fällen doch kein zahnlöser Tiger ist.

I.2.1 Vor Gericht

Sind wir widerständig und haben die finanziellen Möglichkeiten oder rechnen wir uns vielleicht sogar echte Chancen aus, dass wir vor Gericht ein anderes Ergebnis erreichen könnten, schlägt die Stunde der Judikative. Hier können wir versuchen, die eine Gewalt gegen die andere Gewalt in Stellung zu bringen.

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft

Schließlich ist der Vorgang der Rechtsprechung auch eine Form des gewaltsamen Umgangs miteinander. Das gilt auch dann, wenn Streitigkeiten zwischen Bürgern entschieden werden. Anstatt einen Konflikt im Gespräch zu schlichten und eine gemeinsame Lösung zu finden, lassen wir eine staatliche Instanz entscheiden, nicht nur unter Nachbarn, sondern ebenso zwischen Firmen und ihren Kunden. Jedes Gerichtsurteil ist ein Akt der Gewalt. Wir bedienen uns der Gewalt, um uns diese gegenseitig anzutun. Wir bezahlen Anwälte dafür, an unserer Stelle in den Krieg zu ziehen. Am Ende mag eine Partei Recht zugesprochen bekommen. Während in einer Mediation auch der emotionale Konflikt behandelt wird, um zusätzlich zum Konflikt in der Sache auch die Störung auf der Beziehungsebene zu klären, lässt ein Gerichtsurteil die emotionalen Aspekte zumeist außer Acht. So wird die zwischenmenschliche Beziehung durch ein Urteil nachhaltig geschädigt, denn Gewalt löst keine Konflikte. Während der ursprüngliche Konflikt sich anfangs vielleicht mit etwas Empathie und Mitgefühl hätte beilegen lassen, liefert ein richterliches Urteil die Grundlage für eine langanhaltende Feindschaft.

Die von der Legislative erlassenen Gesetze statten uns mit Rechten aus, auf welche wir uns berufen können. Gesetze regeln unser Verhältnis zum Staat und vom Staat zu uns. In ihnen wird definiert, was wir vom Staat fordern können, wie z. B. Kindergeld, oder dass wir das Recht haben, unseren Anspruch vor einem Gericht

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft

einzufordern. Ebenso werden Festlegungen getroffen, was dem Staat uns gegenüber erlaubt ist und was nicht. So ist es den Vertretern der Exekutive eigentlich nicht erlaubt, unsere Post zu lesen oder unsere Telefonate abzuhören. Allerdings gibt es zu fast jedem Recht auch Ausnahmen, welche das zugesprochene Recht einschränken oder gleich ganz aufheben. Grundsätzlich haben alle deutschen Staatsangehörigen entsprechend Art. 8 Abs. 1 GG das Recht, sich mit anderen Menschen zu versammeln, soweit diese Versammlung friedlich und ohne Waffen erfolgt. Was zu beachten ist: Wenn diese Versammlung im öffentlichen Raum stattfinden soll, gelten dann weitere Vorschriften, in diesem Fall u. a. das Versammlungsgesetz des Bundes bzw. die in einzelnen Bundesländern bestehenden Landesversammlungsgesetze. Welche Rechte uns effektiv zustehen und ob und in welcher Form wir diese in Anspruch nehmen können, wird bei Bedarf tagesaktuell neu festgelegt.

So erfolgt eine permanente Verschiebung von dem, was rechtens ist und was nicht und welche Handlungen illegal oder gar strafbar sind. Dabei können sich die Regeln in einzelnen Gemeinden, Bundesländern und verschiedenen Ländern sehr voneinander unterscheiden. Auch über die Zeit ändert sich die rechtliche Beurteilung von Handlungen immer wieder. Während im antiken Griechenland Homosexualität akzeptiert war, stand auch deren selbstbestimmte

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft

Ausübung zwischen volljährigen Männern bis 1969 in der Bundesrepublik unter Strafe. Bis 1997 war in Deutschland eine Vergewaltigung nur justiziabel, wenn das Opfer eine Frau und diese mit dem Täter nicht verheiratet war. Seit 1997 ist Vergewaltigung unabhängig vom Geschlecht des Opfers und dessen Beziehungsstatus mit dem Täter strafbar. Ebenso neigt sich ein seit Jahrzehnten geführter sinn- und wirkungsloser Krieg gegen Drogen langsam seinem Ende zu, zumindest was Marihuana angeht. Auch die Regelung zum Glücksspiel hat sich in Deutschland von der Prohibition hin zur Legalisierung verschoben. Nachdem es zunächst nur staatlichen Unternehmen erlaubt war, Glücksspiel anzubieten, es die staatlichen Lotteriegesellschaften allerdings mit dem Angebot von Sportwetten 1999 übertrieben, haben die Gerichte den Gesetzgeber 2006 dazu gezwungen, den Glücksspielmarkt auch privaten Unternehmen zugänglich zu machen. Entsprechend werden nach §284 StGB nur diejenigen Anbieter von Glücksspielen bestraft, welche nicht unter staatlicher Aufsicht agieren. Sollten wir uns auf ein Glücksspiel eines solchen Anbieters einlassen, droht uns nach §285 StGB ebenfalls eine Strafe von bis zu einem halben Jahr Haft.

Wenn die Regeln darüber, welches Verhalten innerhalb einer Gesellschaft hinzunehmen oder zu bestrafen sei, sich jederzeit verändern, wenn einer Person etwas erlaubt ist, was einer anderen verboten

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft
wird, wenn sich Gesetze eher an politischen Machtverhältnissen und gesellschaftlichen Stimmungen orientieren – wie sollten wir dann Gesetze nicht als eine willkürliche Reglementierung erleben? Wie sollte es uns gelingen, auf Grundlage solcher Gesetze einen klaren moralischen Kompass zu entwickeln? Wenn Gewalt so häufig erlebt und ausgeübt wird, welche Haltung haben wir dann zur Gewalt? Vor allem, wie ist damit umzugehen, wenn wir permanent mit Doppelmoral konfrontiert sind? Während sich die Abgeordneten bei manchen Suchtstoffen für Prohibition und Kriminalisierung von Konsumenten und Produzenten entscheiden – z. B. bei Opioiden und Cannabinoiden –, verdient der Staat bei anderen Suchtstoffen wie etwa Alkohol, Nikotin und Zucker (seit 1993 wird in Deutschland die Zuckersteuer nicht mehr erhoben) über Sondersteuern mit.

I.2.2 Moralische Urteilsfähigkeit

Eine eindeutige Einordnung einer Handlung ist nicht möglich, weil die gleiche Handlung mal strafbar ist und mal nicht. Dringen wir z. B. unerlaubt in eine Wohnung ein, können wir dafür bestraft werden. Führen wir die gleiche Handlung im Auftrag des Staates aus, als Teil der Exekutive, ist dafür keine Strafe zu erwarten. Wenn es unsere Wohnung ist, in welche bewaffnete Menschen eindringen, macht es für uns dann einen Unterschied, ob die Menschen einen Auftrag des Staates im Gepäck haben oder nicht? Wird die Handlung für uns weniger

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft
gewaltsam, wenn sie vom Staat legalisiert wurde? In unserer Demokratie werden Handlungen positiv verbrämt, welche von der Regierung initiiert werden, auch wenn diese dazu führen, dass Rechte eingeschränkt und Überwachung und Kontrolle ausgeweitet werden. Am Ende hat die Judikative zu entscheiden, ob der Gesetzgeber befugt war, eine solche Einschränkung von Rechten vorzunehmen.

Die juristische Normierung von Handlungen hat Folgen für unsere moralische Entwicklung. Aufgrund der moralischen Doppelstandards des Staates werden wir permanent im Doppeldenk trainiert. Welche Folgen dieses orwellsche Verhaltenstraining für uns hat, kann daran abgelesen werden, dass wir mehrheitlich auf der 4. Stufe des Moralbewusstseins nach Kohlberg verharren. In der Kognitiven Entwicklungstheorie des moralischen Urteils hat Lawrence Kohlberg unser Moralbewusstsein in sechs Stufen untergliedert. Zunächst wählen wir unsere Handlungen, um Bestrafung zu vermeiden (1. Stufe) und orientieren uns am Verhalten unseres Umfeldes unter Berücksichtigung unserer Interessen (2. Stufe). Mit der weiteren Entwicklung unserer Moral berücksichtigen wir die Erwartungshaltung anderer Menschen (3. Stufe). Schließlich richten wir unser Handeln an gesellschaftlichen Regeln aus und sind bereit, diese zu reproduzieren, um den Status quo aufrechtzuerhalten (4. Stufe). Um in unserer Gesellschaft

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft

zurechtzukommen, ist ein moralisches Bewusstsein, das über die 4. Stufe hinausreicht, nicht notwendig. Es genügt, sich an bestehende Gesetze zu halten. Dass wir bestehende Strukturen hinterfragen, wird gesellschaftlich nicht gefördert und ist eher unerwünscht, weil dadurch bestehende Machtverhältnisse infrage gestellt würden. Entsprechend erreichen nur wenige Menschen eine Ebene, in welcher sie moralische Normen und nicht ausreichend begründete Regeln hinterfragen (5. Stufe) oder ihre Handlungen allein nach universellen und widerspruchsfreien ethischen Prinzipien auswählen (6. Stufe). Dabei würden ethische Prinzipien, welche jedem Menschen ein selbstbestimmtes Leben zugestehen, unser Zusammenleben erleichtern, weil Menschen nicht mehr beanspruchen würden, über das Leben anderer Menschen zu bestimmen.

Diesen Unterschied sehen wir auch in der Gesetzgebung. Insbesondere das Strafgesetzbuch bewegt sich von seinem grundlegenden Ansatz nur auf der 1. Stufe des moralischen Bewusstseins, da es schließlich darauf basiert, dass wir bestimmte Handlungen unterlassen, weil wir dafür bestraft werden. Grundsätzlich stellen Gesetze eine moralische Bewertung von Handlungen dar, nach dem einfachen Schema von „richtig“ und „falsch“. Es gibt also keinen Anreiz für uns, uns über die 4. Stufe hinaus zu entwickeln. Auch ein Richter urteilt vor allem auf

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft

Grundlage von Gesetzen und hat oftmals nur wenig Spielraum für sein Urteil. Erst das Verfassungsgericht hat die Kompetenz, Gesetze infrage zu stellen und dadurch auf der 5. Stufe zu agieren. Das Festhalten an starren Regelungen, wie es Gesetze notwendigerweise sein müssen, erschwert das Erreichen einer 6. Stufe.

Indem Parlamentarier ihre Handlungen nicht nach grundlegenden ethischen Prinzipien auswählen, sondern bereit sind, ihre Handlungen und die von ihnen beschlossenen Gesetze nachträglich mit passenden moralischen Begründungen zu legitimieren, leisten sie keinen Beitrag, um eine gesellschaftliche Entwicklung über die 4. Stufe hinaus zu ermöglichen. Das bestehende System führt dazu, dass sich Bürger eher daran orientieren, was sozial erwünscht und rechtmäßig ist. Es unterbleibt eine moralisch-kritische Reflexion von Regeln und Gesetzen. Eine individuelle Orientierung des Handelns an ethischen Prinzipien wird gar nicht erst angestrebt. Da es kaum Situationen oder Gelegenheiten gibt, bei denen eine Beurteilung von Handlungen über die 4. Stufe hinaus nötig erscheint, erfolgen eher Handlungen, welche der Reproduktion der bestehenden Gesellschaftsordnung dienen und zugleich eine gesamtgesellschaftliche Entwicklung über diesen Zustand hinaus blockieren. Es gibt keinen Anreiz, unsere Fähigkeit zur moralischen Beurteilung unserer Handlungen weiter zu trainieren. Im Gegenteil, ein Mensch, welcher in einem Diskurs eine weitergehende

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft

Begründung für Maßnahmen einfordert, hat es schwerer, angehört zu werden. Schließlich genügt es vielen Entscheidern, sich auf das Recht als Grundlage ihrer Entscheidung zu berufen, und sie sind nicht bereit, ihre Entscheidung darüber hinaus zu begründen oder gar zu rechtfertigen, ganz zu schweigen davon, einen Dialog mit Betroffenen zu führen. Die Vorstellung vom Staat als Garant für Recht und Ordnung trägt somit dazu bei, dass die moralische Urteilsfähigkeit stagniert. Die Idealisierung der Demokratie als vermeintlich beste Organisationsform der Gesellschaft und die damit verbundene Beibehaltung der Anwendung von Gewalt gegen Menschen behindert die Entwicklung gesellschaftlicher Organisationsformen, welche gewaltfrei funktionieren.

Die Voraussetzungen für ein gewaltfreies Zusammenleben werden durch die Existenz des Staates systemisch behindert. Dazu gehört auch, dass wir angehalten werden, unser Handeln nur an Gesetzen und sozialen Normen zu orientieren anstatt an universellen ethischen Prinzipien. Diese Verhaltensweise wird durch folgende anthropologische Prämisse unterstützt: Der Staat unterstellt uns, dass wir unfähig seien, unsere Konflikte miteinander sozialverträglich zu lösen, weshalb er uns eine Rechtsordnung und die Möglichkeit gibt, unsere Konflikte vor Gerichten auszutragen. Neben dem Bürgerlichen Gesetzbuch gibt es dazu noch viele weitere Gesetze, welche wir für unsere Auseinandersetzungen

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft

nutzen können. Einen besonderen Fall stellt hierbei das Strafgesetzbuch dar. Damit hat der Gesetzgeber es der Legislative ermöglicht, selbstständig aktiv zu werden und jede als strafbar deklarierte Handlung zu ahnden. Auch wenn die meisten der strafbaren Handlungen im StGB festgelegt sind, gibt es darüber hinaus auch in anderen Gesetzen, wie z. B. dem Betäubungsmittelgesetz oder dem Straßenverkehrsgesetz, weitere Festlegungen für strafbewehrte Handlungen. Im StGB geht es allerdings nicht nur darum, uns Menschen voreinander zu schützen, sondern sehr viele Paragraphen dienen dem Schutz des Staates. Das StGB hat derzeit 517 Paragraphen. Davon entfallen 138 Paragraphen auf den Allgemeinen Teil, 142 Paragraphen sind auf den Staat bezogen und 237 Paragraphen auf Konflikte zwischen Menschen. Zu den auf den Staat bezogenen Paragraphen gehören für mich u. a. jene, welche der Gefährdung des demokratischen Rechtsstaates zugeordnet sind, Straftaten im Amt oder Urkundenfälschung. Somit wären viele Straftaten ohne die Existenz des Staates gar nicht möglich. Bei manchen Normen ist es sehr fraglich, wer dabei wovon geschützt werden soll. Ein Beispiel ist §109 StGB. Wenn ich mir selbst einen Schaden zufüge, in dessen Folge ich untauglich zur Erfüllung der Wehrpflicht werde (welche seit 2011 zum Glück ausgesetzt ist), kann ich dafür bis zu fünf Jahre inhaftiert werden.

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft

Die Einflussnahme auf unser Verhalten mittels Bestrafung hat allerdings eine Schwachstelle. Wenn wir durch Bestrafung dafür sorgen wollen, dass bestimmte Handlungen nicht oder nicht mehr stattfinden, dann beginnen wir am Ende der Ereignisse, die zu einer Handlung führen. Bei den meisten Handlungen, welche im StGB unter Strafe gestellt werden, könnten wir durch einen Perspektivwechsel in die Rolle unseres Gegenübers sofort erkennen, dass wir im Begriff sind, eine Handlung auszuüben, welche wir an uns selbst nicht erleben wollten. Wir möchten keiner physischen Gewalt ausgesetzt sein. Wir möchten nicht belogen und betrogen werden. Wir möchten nicht erpresst und bestohlen werden. Eine Bestrafung dieser Handlungen ist nicht notwendig, um erkennen zu können, dass solche Handlungen unserem Miteinander schaden. Das Strafrecht greift erst, wenn es bereits zu spät ist. Es ist nachvollziehbar, dass erlittener Schmerz und erfahrene Verluste uns wünschen lassen, dass unser Leid durch Rache gesühnt würde. Wir werden allerdings bemerken, dass Wunden nicht dadurch heilen, dass der Täter bestraft wird. Um die Folgen von erlebter Gewalt zu überwinden, braucht es etwas anderes, als Gewalt an anderen Menschen zu verüben: Aussöhnung, Empathie und Wiedergutmachung, um die zwischenmenschliche Verbundenheit wiederherzustellen.

1.2.3 Identitätsprobleme

Die Gerichtsbarkeit und die Hemmung unserer moralischen Entwicklung fördern ein Verhalten, bei welchem wir keine Rücksicht auf andere nehmen und entweder zu unserem Vorteil handeln oder um eine Bestrafung zu vermeiden. Wir lernen, Konflikte mit Gewalt zu lösen – oder lösen zu lassen –, aber wir lernen nicht, sie friedlich und einvernehmlich zu lösen. Indem sich der Staat auf Recht und Gewalt konzentriert, behindert er unsere persönliche Entwicklung in den Bereichen Konfliktlösung und Kooperation sowie ein friedlicheres Zusammenleben. Dieser Umstand macht es uns schwerer, eine stabile Identität auszubilden, wie anhand des Stufenmodells der psychosozialen Entwicklung von Erik Homburger Erikson und Joan Erikson aufgezeigt werden kann. Das Modell unterteilt unsere Identitätsentwicklung in acht Stufen, mit welchen wir während unseres Lebens konfrontiert werden. Dem Erreichen einer Stufe geht ein Stadium der Krise voraus, die durch einen inneren Konflikt ausgelöst wird. Abhängig davon, wie gut wir eine einzelne Krise bewältigen, entwickeln wir dadurch neue Fähigkeiten. Diese helfen uns dabei, mit anderen Menschen in Gemeinschaft zu leben. Der Konflikt, welcher jeder der Krisen zugrunde liegt, wird dabei nicht vollständig gelöst, sondern begleitet uns lebenslang. In den einzelnen Stadien geht es dabei um die Lösung folgender Konflikte:

Stadium 1: Urvertrauen vs. Urmisstrauen

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft

Stadium 2: Autonomie vs. Scham und Zweifel

Stadium 3: Initiative vs. Schuldgefühl

Stadium 4: Werksinn vs. Minderwertigkeitsgefühl

Stadium 5: Identität vs. Identitätsdiffusion

Stadium 6: Intimität vs. Isolation

Stadium 7: Generativität vs. Stagnation &
Selbstabsorption

Stadium 8: Ich-Integrität vs. Verzweiflung

Jedes durchlebte Stadium hat Einfluss darauf, ob und wie wir innerhalb unserer Gesellschaft agieren können. Haben wir einen Konflikt gemeistert, hilft uns die dadurch gewonnene Erfahrung, Teil einer Gemeinschaft zu sein statt ggf. zu vereinsamen und uns von anderen Menschen zu isolieren. Näher eingehen möchte ich hier auf die 5. Stufe. Diese erscheint mir besonders relevant im Hinblick auf unsere Fähigkeit, an Diskursen teilzunehmen. Die 5. Stufe ist von besonderer Bedeutung für die Ausbildung unserer Identität. Wählen wir bei der Formung unseres Selbstbildes eine soziale Rolle, welche mit zu strikten Normen verbunden ist, sind wir eventuell nicht in der Lage, Menschen mit anderen Wertvorstellungen zu tolerieren. Vielleicht entwickeln wir sogar die Vorstellung, dass alles, was von den eigenen Wertvorstellungen abweicht, getilgt werden müsse. Gelingt es uns nicht, eine Rolle in der Gesellschaft und eine Identität zu finden, kann die Folge davon sein, dass wir uns von der Gesellschaft zurückziehen. Vielleicht entscheiden wir uns dafür, uns

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft

einer Gruppe anzuschließen, um unsere fehlende Identität durch die Übernahme einer Gruppenidentität zu kompensieren. In der Folge empfinden wir dann andere Gruppenidentitäten ggf. als Bedrohung der von uns angenommenen Identität. Entsprechend spielt das Fehlen einer eigenen gefestigten Identität eine wichtige Rolle bei gesellschaftlichen Konflikten. Wir können uns nicht auf Perspektiven anderer Gruppen einlassen, wenn wir uns unserer Identität nicht sicher sind. Allerdings kann ein Dialog ohne die Fähigkeit oder Bereitschaft zum Perspektivwechsel, kaum gelingen. Wenn wir allerdings selbst eine vorübergehende Übernahme der Sichtweise unseres Gegenübers als identitätsbedrohend erleben, müssen wir einen Dialog, welcher dieses Risiko mit sich brächte, auf jeden Fall vermeiden. Entsprechend sind wir eher bereit, Konflikte gewaltsam auszutragen, anstatt miteinander ins Gespräch zu kommen und gemeinsam Wertekonflikte zu diskutieren und zu klären.

Wir wachsen in einer Gesellschaft auf, welche uns gerne erzählt, dass Gewalt keine Lösung sei. Im gelebten Miteinander erleben wir stattdessen tagtäglich, dass die Ausübung von Gewalt eine absolute Normalität darstellt. Wir haben uns daran gewöhnt. Aufgrund dieses gelebten Widerspruches sowie der Gewalt, welche wir selbst erfahren, kann es kaum überraschen, wenn viele von uns sich an einem negativen Menschenbild orientieren. Wir entwickeln die Überzeugung, dass wir von unseren Mitmenschen vor allem Verhaltensweisen zu erwarten

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft

haben, welche für uns nachteilig sind. Wir begegnen unseren Mitmenschen also eher mit Misstrauen statt mit Vertrauen. Nach dem Prinzip der selbsterfüllenden Prophezeiung werden wir immer wieder Bestätigung für unsere Annahme finden. Dies würde indes mit einem positiven Menschenbild ebenso funktionieren. Denn wir unterliegen bei der Überprüfung von Erwartungen in der Regel einem Bestätigungsfehler. Wir neigen dazu, Informationen überzubewerten, wenn diese unsere Meinung bestätigen, und Informationen, welche unserer Meinung widersprechen, als unbedeutender einzuordnen. Bei unserer Erwartung, wie sich Menschen verhalten, wird der Bestätigungsfehler durch den Andorra-Effekt weiter verstärkt. Dieser besagt, dass wir unser Verhalten an die Erwartungen anpassen, welche an uns gerichtet werden. Die Unterstellung des Staates, dass ohne ihn (als Garant einer gesellschaftlichen Ordnung) unsere Gesellschaft zwingend in einen Zustand der Anomie verfallen würde, macht ein solches Verhalten erst wahrscheinlich. Mit der Anomie ist hier ein Zustand gemeint, in welchem Menschen keinen sozialen Normen mehr folgen. Wir übernehmen diese Annahme umso stärker, desto vehementer sie vom Staat, in den Medien und im politischen Diskurs, propagiert wird.

1.3 Wirtschaft

Die Wirtschaftsordnung, in welcher wir heute leben, hat ihren Ursprung nicht in der freien Wahl von

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft

Menschen, welche selbstbestimmt über ihr Leben entscheiden durften. Alles, was wir heute als selbstverständliche Handlungen unseres wirtschaftlichen Lebens betrachten, hat seinen Ursprung in der Anwendung von Gewalt. Im Buch „Schulden, die ersten 5000 Jahre“ zeichnet David Graeber die Entstehungsgeschichte unseres Geldsystems nach und zeigt auf, welche Verbindungen es zwischen der Entstehung der Geldwirtschaft und der Entstehung von Märkten gegeben hat. Diese Entstehungsgeschichte ist deutlich anders verlaufen, als sie von Adam Smith in seinem Buch „Reichtum der Nationen“ unterstellt wurde. Die von Adam Smith angenommene Tauschwirtschaft ging der Geldwirtschaft niemals voraus. Die Einführung von Märkten und Geld als Zahlungsmittel ist eng verbunden mit der Kriegswirtschaft der Staaten während der Achsenzeit (800 vor Christus bis 600 nach Christus). In dieser Zeit wurde das bestehende kreditbasierte Geldsystem durch Münzgeld abgelöst. Erst mit dem Münzgeld konnte sich Geld als Zahlungsmittel flächendeckend durchsetzen. Die Herrscher forderten von ihren Untertanen, dass die Zahlung von Steuern nicht mehr in Naturalien, sondern in ebenjenem Münzgeld zu erfolgen habe, welches von den Herrschenden selbst geprägt wurde. Indem die Herrscher ihre Söldner und Beamten mit diesen Münzen entlohnten, machten sie sich die Leistungskraft ihrer Untertanen zunutze, um sowohl ihre Söldner für die

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft

Kriegszüge auszurüsten als auch um die Beamten zu versorgen, welche mit der Verwaltung des Staates betraut wurden. So sorgten die Untertanen durch die Erbringung von Leistungen dafür, dass ein System errichtet werden konnte, welches in der Lage war, sie dauerhaft in Knechtschaft zu halten. Dieses grundlegende Prinzip, dass Herrschaft erst durch die Beherrschten selbst ermöglicht wird, hat sich bis heute nicht verändert.

I.3.1 Wirtschaft und Staat

I.3.1.1 Eine untrennbare Einheit

Unsere Wirtschaft wäre ohne das Gewaltmonopol des Staates nicht in der gegenwärtigen Form möglich. Dabei geht es nicht so sehr um die bereits angesprochene Möglichkeit, dass Unternehmer und Kunden sich gegenseitig verklagen können. Viel entscheidender ist die Eigentumsordnung, welche durch den Staat geschützt wird. Wir dürfen Eigentum an Grund und Boden haben, und dieses Eigentumsrecht erlaubt es uns, jeden anderen Menschen von der Nutzung des Bodens auszuschließen, unabhängig davon, ob und in welcher Form wir diesen Boden selbst nutzen. Dieses staatlich garantierte Eigentumsrecht ist ein Grundelement eines Wirtschaftssystems, welches extreme Ungleichheit ermöglicht. Auf dieser Grundlage beruht die Tatsache, dass im Jahr 2020 das Vermögen der Menschheit derart verteilt war, dass 1 % der Menschen über 45 % und 10 % der Menschen über 82 %

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft

des globalen Vermögens verfügten. Wenn wir meinen, Staaten würden Ungleichheit oder Armut vermindern, weil sie als vermeintliche Sozialstaaten über die Besteuerung von Einkünften Gelder umverteilen, ignoriert diese Perspektive vollkommen, dass die Ungleichheit erst durch die staatliche Reglementierung ermöglicht wird. So können wir als Eigentümer leistungslose Einkommen von anderen Menschen einfordern, etwa in Form von Dividenden, Mieten, Pachten oder Zinsen, nur weil wir anderen Menschen unser Eigentum zur Nutzung überlassen. Wir müssen dafür keine Leistung erbringen und können auf Kosten anderer Menschen leben, welche nicht das Privileg haben, im gleichen Umfang leistungslose Einkommen durch Eigentum zu erhalten. Das Eigentumsrecht ist nicht das einzige Recht, welches vom Staat geschaffen wurde, um einige Menschen gegenüber vielen anderen zu privilegieren. Ein weiteres Beispiel sind Privilegien für einzelne Berufsgruppen. Während noch nachvollziehbar ist, dass Berufsbezeichnungen geschützt werden, ist es weniger plausibel, warum für einzelne Berufszweige sogar die Vergütung so geregelt werden muss, dass den Ausübenden eine Mindestentlohnung für einzelne Tätigkeiten garantiert wird. So folgt für Notare, Rechtsanwälte und Steuerberater, welche erst durch den Staat ihre besondere Bedeutung erhalten, nicht nur die Zulassung besonderen Regeln, es gibt auch eine sehr

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft
detaillierte Regelung über die Vergütung, sodass diese
Berufe kaum einem Preiswettbewerb ausgesetzt sind.

Egal welche wirtschaftliche Tätigkeit wir ausüben wollen, wir werden dabei immer mit einer Vielzahl gesetzlicher Regelungen konfrontiert, welche wir zu beachten haben. Je nach Aktivitätsbereich sind wir verschiedensten Überwachungssystemen ausgesetzt, auch wenn diese zum Teil in Form einer Selbstüberwachung an uns zurückdelegiert werden, welche dann nur stichprobenhaft kontrolliert wird.

1.3.1.2 Internationale Handelsabkommen

Angesichts all der Vorschriften, welche zu beachten sind, stellt die Verwendung des Adjektivs „frei“ im Zusammenhang mit Märkten eine vollkommene Begriffsverdrehung dar. Gerade Unternehmen haben durch die Nutzung von Marken-, Patent- und Urheberrechten zusätzlich die Möglichkeit, anderen Unternehmen den Zugang zu einem Markt deutlich zu erschweren. Darüber hinaus üben Länder durch ihre Subventionspolitik, die Erhebung von Zöllen und durch Festlegung von Einfuhrbeschränkungen ebenfalls einen erheblichen Einfluss auf das wirtschaftliche Geschehen aus. Während ein freier Handel nur einer Vereinbarung zwischen zwei Menschen bedürfte, ist das, was Staaten und supranationale Organisationen als Freihandelsverträge vereinbaren, das Gegenteil von freiem Handel. Eine der wichtigsten Institutionen ist hierbei die WTO, die Welthandelsorganisation, mit den

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft

drei Abkommen GATT (Zoll- und Handelsabkommen), GATS (Dienstleistungen) und TRIPS (Schutz geistigen Eigentums). Welche Folgen die Abkommen der WTO auf den Welthandel haben, wird an folgenden Beispielen ersichtlich: Die EU fördert die Massentierhaltung von Geflügel. Indem Europäer vor allem bereit sind, für das Brustfleisch vom Huhn viel zu bezahlen, subventionieren sie damit den Export von Flügeln und Schenkeln in afrikanische Länder, denen es jedoch durch die WTO-Verträge untersagt ist, Schutzzölle auf europäisches Geflügel zu erheben, um eine regionale Geflügelzucht zu schützen. Mit dem Zusammenbruch lokaler Geflügelproduktion in einzelnen afrikanischen Ländern steigt die Wirtschaftsmigration nach Europa weiter an. Ein anderer Fall ist die Medikamentenproduktion in Indien. Indien hatte es Unternehmen seit den 1970ern ermöglicht, die hohen Lizenzierungskosten für Arzneimittel zu vermeiden, solange die Medikamente mit selbst entwickelten Verfahren produziert wurden. Mit dem Beitritt Indiens 1995 zur WTO mussten diese Regelungen bis 2005 geändert werden, da die bisherige Regelung nicht mit dem TRIPS vereinbar war. Die Folgen waren, dass z. B. Medikamente zur Behandlung von Infektionen mit dem Humanen Immundefizienz-Virus (HIV) der 2. und nachfolgenden Generationen nicht mehr als günstige Generika produziert werden durften, was vor allem in den afrikanischen Ländern die Behandlung von HIV

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft

erschwert. Somit dienen Freihandelsvereinbarungen nicht dazu, freien Handel zu ermöglichen, sondern dazu, einige Unternehmer auf Kosten anderer Menschen zu privilegieren.

1.3.1.3 Lobbyismus

Mittels Lobbyismus bringen Unternehmen bzw. deren Verbände ihre Interessen der Politik zu Gehör. Damit sorgen sie dafür, dass Politiker den wirtschaftlichen Interessen einiger Unternehmen Vorrang geben vor gesellschaftlichen Interessen, wie dem Erhalt der Umwelt oder einem schonenden Umgang mit Ressourcen. Dadurch ermöglichen sie es Unternehmen, Gewinne auf Kosten der Allgemeinheit zu erwirtschaften. Während beispielsweise die Gewinne der Kernenergie privatisiert wurden, werden die Ewigkeitskosten für die Lagerung der radioaktiven Abfälle vom Staat übernommen, was nichts anderes bedeutet, als dass die Lasten den Steuerzahlern und zukünftigen Generationen aufgebürdet werden. Ebenso werden die Kosten, welche durch schlechte Arbeitsbedingungen und die Schädigung der Umwelt entstehen, letztlich von der Gesellschaft getragen. Unsere Gesundheit und unsere Lebensgrundlagen erhalten weniger Schutz als unsere Arbeitsplätze, und wir werden bei diesen Entscheidungen nicht ausreichend eingebunden. Die Politik greift fortwährend in Wirtschaftsprozesse ein. Einige regulatorische Eingriffe werden erst dann verständlich, wenn

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft

berücksichtigt wird, welche Lobbyorganisationen Einfluss auf Politiker oder Ministerien nehmen konnten und von welchen Unternehmen Parteien finanziell unterstützt werden. Besonders deutlich wird dies, wenn Unternehmerverbände vom Staat fordern, er solle auf diese oder jene Regelung verzichten, um Arbeitsplätze zu sichern oder zu ermöglichen, weil Märkte sich selbst am besten regulieren könnten. Dabei sind die Unternehmerverbände sehr wählerisch, gegen welche Regelungen sie jeweils vorgehen. Ein Mindestlohn wird abgelehnt, Patent- und Eigentumsrechte soll der Staat weiterhin garantieren. Die Vorstellung eines Gegensatzes zwischen der Wirtschaft und dem Staat basiert auf der Fehlannahme, es gäbe zwischen ihnen einen Konflikt. Dabei sind beide Teile eines Ganzen, welche nicht unabhängig voneinander existieren können. Die Unterstellung eines Gegensatzes, beruht vor allem auf einer Inszenierung, die uns davon abhalten soll, uns gegen beide Teile zur Wehr zu setzen und uns nicht weiter vom Staat und der Wirtschaft benutzen zu lassen.

I.3.1.4 Scheindebatten zur Wirtschaftsform

Die beste Scheindebatte, welche verschleiert, wie nah sich ein Staat und seine Wirtschaft stehen, ist aus meiner Sicht die in den 1920ern begonnene Debatte um die Wirtschaftsrechnung im Sozialismus – im englischen Sprachraum auch als „socialist calculation debate“ bezeichnet. Ihren Anfang nimmt diese Debatte in Ludwig

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft

von Mises Behauptung, nur ein Markt, auf welchem allein das Angebot und die Nachfrage der Marktteilnehmer (ohne Einmischung des Staates) wirksam sind, sei in der Lage, diejenigen Preise hervorzubringen, welche für eine funktionierende Wirtschaftsrechnung benötigt werden. Dabei liefere diese Form der Wirtschaftsrechnung dann die Grundlage für rationale Entscheidungen darüber, welche Güter für die Menschen am wichtigsten seien.

Diese Debatte wurde und wird von verschiedensten Gruppen bis heute vehement geführt. Aus meiner Sicht hat die Debatte einen großen Beitrag dazu geleistet, die Vorstellung zu verfestigen, es habe grundlegende Unterschiede zwischen den Wirtschaftssystemen gegeben, welche als Kapitalismus bzw. Sozialismus bezeichnet werden. Dabei waren die Parallelen in beiden Systemen viel größer als die Unterschiede. In beiden Systemen hatten die Konsumenten den geringsten Einfluss darauf, was produziert wurde, und die Arbeiter durften in beiden Systemen nicht darüber bestimmen, was hergestellt wurde. Dass beide Wirtschaftssysteme auf dem Weltmarkt miteinander Handel getrieben haben, hat dem Konflikt nicht sonderlich geschadet. In der Debatte haben die Vertreter der sozialistischen Variante u. a. behauptet, sie könnten den Markt simulieren und daraus bessere Preisinformationen ableiten, als die kapitalistischen Märkte hervorbrächten. Dabei wird außer Acht gelassen, dass ein simulierter

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft

Markt die Fehlinformationen des realen Marktes übernimmt, wenn die Simulation am gegenwärtigen Zustand begonnen wird. Entsprechend werden Preise zugrunde gelegt, welche durch Macht, Geldschöpfung und ungleiche Vermögensverteilung verzerrt wurden. Um eine Simulation zu ermöglichen, müssen vereinfachende Modellannahmen über die Wirtschaftssubjekte zugrunde gelegt werden. Was zur Folge hat, dass eine solche Wirtschaftssimulation voraussichtlich eine noch geringere Realitätsnähe zu unseren Bedürfnissen und Interessen aufweist als unser gegenwärtiges Wirtschaftssystem.

Aus meiner Sicht gibt es viele Gemeinsamkeiten zwischen den Wirtschaftsformen: Sowohl im kapitalistischen als auch sozialistischen deutschen Wirtschaftssystem haben die Menschen eingekauft und Geld verwendet. Durch die Beibehaltung der Geldrechnung ist auch der real praktizierte Sozialismus letztlich als kapitalistisches Wirtschaftssystem anzusehen. Ob die Produktionsmittel Privatpersonen gehören durften oder formal dem Staat zugeordnet waren, hat für die Beschäftigten keinen Unterschied gemacht. In beiden Varianten unterlag ihre Tätigkeit der Fremdbestimmung durch andere Gremien, und ihr Einfluss auf die Entscheidung, was produziert werden sollte, blieb gering. In beiden Systemen hat der Staat für Rahmenbedingungen gesorgt, welche Menschen nötigten, einer Erwerbsarbeit nachzugehen und so für

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft

die Reproduktion des Wirtschaftssystems zu sorgen. Dass die Zentralverwaltungswirtschaft im Sozialismus nicht genauso wie die Marktwirtschaft als kapitalistisches Wirtschaftssystem angesehen wurde, mag daran liegen, dass die Unterschiede beider Wirtschaftssysteme überbetont wurden. In der UdSSR wie auch in der DDR in Form der NEP (Neuen Ökonomischen Politik) bzw. der NÖSPL (Neues Ökonomisches System der Planung und Leitung) wurden zeitweise Konzepte eingesetzt, in welchen Sozialismus und Marktwirtschaft verbunden wurden. Mit der Umformung seiner Wirtschaft zur Sozialistischen Marktwirtschaft seit Ende der 1970er Jahre hat China deutlich gezeigt, dass es letztlich eine Frage der Definition ist, was unter dem jeweiligen Begriff zu verstehen ist und dass Wirtschaftssysteme in der Realität eher in einer Mischform existieren.

Sehr viel passender zur Klassifizierung von Wirtschaftssystemen wäre aus meiner Sicht der inzwischen nicht mehr gebräuchliche Begriff des Interventionismus. Dieser würde es ermöglichen, Wirtschaftssysteme verschiedener Staaten danach einzuordnen, in welchem Umfang der Staat regulierend auf Märkte und Unternehmen einwirkt und in welchem Umfang es uns erlaubt wird, wirtschaftlich tätig zu werden. Die Vorstellung, dass der Staat Märkte sich selbst überlassen solle, hat in dieser Form erst um sich gegriffen, nachdem im 20. Jahrhundert Vertreter der

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft

Denkschule des Neoliberalismus in verschiedenen Ländern an die Regierung gelangt sind. Bis dahin war es selbstverständlich, dass auch in Ländern, welche bevorzugt auf Märkte als Organisationsform setzten, einige Wirtschaftsbereiche davon ausgenommen wurden, wie z. B. Daseinsvorsorge, Infrastruktur und Sicherheit. Inzwischen haben wir in vielen Ländern erleben können, dass eine Privatisierung von Versorgungsunternehmen – im Vergleich zu einer staatlich organisierten Verwaltung – nicht automatisch zu einem verbesserten Angebot und sinkenden Kosten für Verbraucher führt. Insbesondere bei der Privatisierung der Wasserversorgung hat sich gezeigt, wie sich Renditeforderungen von Investoren privatwirtschaftlicher Unternehmen auf das Preis-Leistungs-Verhältnis, die Qualität und Zuverlässigkeit auswirken. Im Ergebnis haben die Privatisierungen nur den Amtsträgern zusätzliche Geldmittel verschafft und Investoren neue Einnahmequellen eröffnet. Die zuvor von uns über Steuermittel bereits bezahlte Infrastruktur musste von uns (in unserer Rolle als Konsumenten) ein weiteres Mal abbezahlt werden, allerdings zu aktuellen Marktpreisen zuzüglich Verzinsung. Da die steuerliche Abschreibung nach jedem Verkauf erneut beginnt, sind wir als Konsumenten gezwungen, jedem neuen Käufer seinen Kaufpreis zuzüglich Verzinsung wieder und wieder zu bezahlen.

I.3.2 Wirtschaft und Mensch

Unser Wirtschaftssystem basiert auf unseren Entscheidungen, beginnend bei derjenigen, dass wir uns jeden Morgen wieder dafür entscheiden, aufzustehen und weiterhin unserer Arbeit nachzugehen. Allerdings sind die Möglichkeiten, unser Wirtschaftssystem zu verändern, zwischen uns sehr ungleich verteilt. Eine Ebene der Gewalt in unserem Wirtschaftssystem besteht darin, dass menschliches Leben permanent einer Bewertung unterzogen wird. Dabei lassen wir uns auf eine problematische Kopplung ein, wenn wir davon ausgehen, dass eine Tätigkeit, nur weil sie eine hohe Entlohnung aufweist, auch besonders nützlich oder wichtig für unsere Gesellschaft wäre. Dieser Mythos wird von Erfolgsgeschichten unterstützt, die erzählen, dass es in unserem Wirtschaftssystem vor allem auf Leistung ankäme, und behaupten, der Verdienst stünde mit dieser Leistung in einem Zusammenhang. Dabei sind solche Lebensgeschichten oftmals um entscheidende Aspekte verkürzt und verhindern dadurch, dass wir uns mit den Belohnungs- und Benachteiligungsstrukturen innerhalb unseres Wirtschaftssystems auseinandersetzen. Uns wird nicht gesagt, wie viele Menschen nicht einmal die Chance erhalten haben, eine ähnliche wirtschaftliche Erfolgsgeschichte zu erzählen, und was die Gründe dafür sind.

Unsere Wirtschaft wurde mittels herrschaftlicher Gewalt etabliert. Wir finden in der Wirtschaft sehr

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft

unterschiedliche Methoden, um Menschen gefügig zu machen. Die Rahmenbedingung des Geldes ist dabei das wirksamste Mittel, um dafür zu sorgen, dass wir uns systemkonform verhalten. Wir leben nicht mehr in Subsistenzwirtschaft, in welcher wir entweder selbst oder innerhalb einer sehr kleinen Gruppe alles für unser Leben Notwendige erwirtschaften können, sondern sind auf Geld angewiesen, um die Dinge zu erhalten, welche wir benötigen oder zu benötigen glauben. Wir arbeiten, um ein Einkommen zu erzielen, damit wir konsumieren können, und zwar über den Bedarf an lebenswichtigen Gütern hinaus. In unserem Wirtschaftssystem erhalten wir viele Anreize, welche uns dazu bringen sollen, möglichst viele Dinge anzuhäufen oder unsere Freizeit mit Erlebnissen zu füllen.

Dabei stellt sich die Frage: Welchem Zweck dient unser Wirtschaftssystem? Es dient seit jeher dazu, einigen wenigen Menschen Macht über viele andere Menschen zu verschaffen. Die Herrschaft ist heute demokratisch legitimiert. Eine feudalistische Legitimation auf der Grundlage von Abstammung oder Religion akzeptieren wir nicht mehr. An die Stelle von „Blut“ und Gott ist die Wahlbeteiligung getreten. Es ist nicht mehr legal, Menschen dauerhaft als Eigentum zu erwerben, sondern wir dürfen Menschen nur noch zeitweise mieten. Die Möglichkeiten, wie wir unser Leben gestalten können, haben sich in den letzten 1.000 Jahren stark verändert. Was sich nicht verändert

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft

hat, ist indes, dass wir weiterhin unter einer Herrschaft leben und dass die Vermögen und die wirtschaftlichen Möglichkeiten äußerst ungleich verteilt sind. Die Ökonomie ist dabei zum Steigbügelhalter der Macht geworden, indem sie einen sehr eingeschränkten Blick auf die Wirtschaft vermittelt. Das wirkmächtigste Werkzeug dafür ist das Modell des Homo oeconomicus. Durch die Verbreitung der Vorstellung, dass es dem Menschen allein darum ginge, seinen Nutzen zu maximieren, erreicht die Ökonomie etwas, was den Religionen in den Jahrhunderten davor niemals vollständig gelungen ist: den Menschen zu entwurzeln und komplett hörig zu machen gegenüber den Vorgaben von Vorgesetzten und Regierungen. Mit dem Modell des Homo oeconomicus ist es gelungen, eine Vorstellung vom Menschen zu propagieren, welcher bereit ist, Unternehmen allein aufgrund von Finanzzahlen zu lenken. Ob ein Unternehmen Waffen oder Brot produziert, ob für die Produktion Menschen oder Maschinen eingesetzt werden, ob die Produktion Umweltschäden verursacht oder zumindest gesetzliche Vorgaben zum Umweltschutz eingehalten werden, hängt allein davon ab, was einen höheren Profit verspricht. Ein Mensch, welcher sich der Modellvorstellung des Homo oeconomicus vollkommen unterwirft, wird entsprechend vollkommen amoralisch handeln. Es besteht die Gefahr, dass für ihn jede Handlung opportunistisch ist, solange einer eventuellen Bestrafung ausreichend

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft

hohe Gewinnchancen gegenüberstehen. Sollten wir jemals unser Wirtschaftssystem so weit automatisieren, dass die Entscheidungen ausschließlich von Algorithmen getroffen werden, deren Entscheidungslogik auf dem Modell des Homo oeconomicus basiert, ist die Chance sehr groß, dass wir das Leben auf der Erde vollständig auslöschen werden, inklusive der Menschheit. Ob wir lange genug existieren, um eine derart automatisierte Wirtschaft aufzubauen, ist ungewiss. In den Zahlenwüsten der Ökonomie gibt es keine ethischen Werte. Daher wird dem Leben keine Priorität vor Profit eingeräumt. Alles, was existiert, besitzt in der Ökonomie nur einen Wert, wenn es als Ressource verwendet und somit als Mittel zum Zweck eingesetzt werden kann.

Ein weiterer Zweck unseres Wirtschaftssystems ist die Akkumulation von Macht. Geld bedeutet heute ebenso Macht wie militärische Stärke. Dadurch gibt es neben Regierungen inzwischen auch Stiftungen und Unternehmen, welche aufgrund der Gelder, über welche sie verfügen, zu den mächtigsten Institutionen der Welt gehören. Macht bedeutet, dass ich die Wahrscheinlichkeit erhöhen kann, dass sich Menschen meinen Forderungen entsprechend verhalten. Auch wenn wir mithilfe von Geld nicht automatisch in der Lage sind, eine bestimmte Person zu einer konkreten Handlung zu bringen, so genügt es für die Aufrechterhaltung des bestehenden Systems, dass sich ein ausreichend großer Anteil von uns den Forderungen

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft

der Mächtigen unterwirft. Der Arbeitsmarkt ist die wohl größte Unterwerfungsstruktur, welche wir derzeit haben. Wie umfassend diese Unterwerfung ist, können wir jeden Morgen erleben, wenn unser Wecker uns viel zu früh aus dem Schlaf holt und wir trotzdem aufstehen – und das nur, weil wir das Geld benötigen und keine ausreichenden Rücklagen oder Jobalternativen haben. Die Opportunitätskosten, uns anders zu verhalten und den Forderungen des Arbeitslebens zu widersprechen, sind für uns zu hoch. Selbst dann, wenn wir unter Druck gesetzt werden, um unbezahlte Überstunden zu erbringen, oder wenn uns das Arbeitsklima belastet, weil die Gewalt der Fremdbestimmung sich durch weitere Gewalt zwischen Kollegen oder zwischen Führungskräften und ihren Untergebenen Bahn bricht. Dabei bemisst sich die Höhe unseres Arbeitseinkommens nur in geringem Maß an unserer Beteiligung an der Wertschöpfung. Viel stärker hängt die Entlohnung davon ab, wie viel Macht jemand ausüben kann. Insbesondere wenn ein Mensch diese Macht dazu einsetzt, um weitere Macht für sich selbst oder andere Menschen zu akkumulieren, indem er möglichst hohe Renditen erzielt und damit eine hohe Verzinsung des Kapitals von Investoren ermöglicht. Es ist ein sich selbst verstärkender Effekt: Über je mehr Geld ein Mensch verfügen kann, umso leichter kann er andere Menschen übervorteilen und sich auf diesem Weg weitere Geldquellen erschließen.

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft

Der geringe Einfluss, welchen wir als Beschäftigte darauf haben, welche Produkte unser Unternehmen herstellt und unter welchen Arbeitsbedingungen die Produktion erfolgt, führt uns zu einem weiteren Aspekt ungleicher Machtverhältnisse. Obwohl es ohne uns Menschen keine Wirtschaft gäbe, ist die Wirtschaft nicht den Bedürfnissen der Menschen untergeordnet. Auch in unserer Rolle als Konsument sind unsere Bedürfnisse nur Mittel für die wirtschaftlichen Zwecke von Unternehmen. Die Erfüllung unserer Bedürfnisse ist nicht einmal ein Nebenziel unserer Wirtschaft, denn einem Konsumenten, dessen Bedürfnisse vollständig erfüllt wurden, kann nichts mehr verkauft werden. Oft wird behauptet, wir Konsumenten würden durch unseren Einkauf darüber entscheiden, welche Produkte Unternehmen herstellen. Damit wird uns eine Verantwortung für die Produktion zugeschrieben. Diese Darstellung der Machtverhältnisse ist so plausibel wie die Vorstellung, dass der Schwanz mit dem Hund wedelt. Natürlich können wir einzelne Aspekte des Wirtschaftssystems herauspicken, mikroökonomisch betrachten und feststellen, in welchem Umfang das Kaufverhalten von Konsumenten dazu geführt hat, dass einmal ein Unternehmen vom Markt verschwunden ist. Entscheidender sind aus meiner Sicht allerdings die makroökonomischen Beziehungen innerhalb des Wirtschaftssystems. Die Entscheidung eines Konsumenten beim Kauf eines Produktes hat die gleiche

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft

Wirkung wie die Stimme eines Wählers bei der Bundestagswahl. Nur wenn Millionen Menschen sich gleich entscheiden, mag es zu einem Regierungswechsel kommen, welcher allerdings keine systemische Veränderung zur Folge haben wird. Ebenso wirkt sich die Entscheidung des Konsumenten aus. Bei ausreichender Koordination mag ein Produkt oder sogar ein Unternehmen vom Markt verschwinden. Das Wirtschaftssystem selbst erfährt jedoch keine Veränderung.

Wir haben die irrige Vorstellung entwickelt, dass jemand nur dann eine Existenzberechtigung hätte, wenn er arbeitet. So sind Millionen Menschen gezwungen, Produkte herzustellen, nur um Geld zu erhalten und etwas kaufen zu können. Unter der Berücksichtigung, dass wir unser Geld aus dem Nichts schöpfen, ist es eine Verschwendung von Ressourcen (inklusive unserer Lebenszeit), Menschen erst nutzlose Dinge produzieren zu lassen, bevor sie Geld erhalten, um damit die für sie wichtigen Dinge zu erwerben. Wir haben als Konsumenten nur einen sehr geringen Einfluss auf das Wirtschaftssystem. Ohne Geld bleibt uns selbst dieser Einfluss verwehrt.

Seitdem die Analyse unseres Kaufverhaltens und der Umstände, wie wir zu einem Kauf verleitet werden können, immer wichtiger wird, gibt es ein neues Phänomen: die Trennung von Nutzer und Kunde. Es ist für uns kaum möglich abzusehen, welche Folgen es für

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft

uns haben wird, wenn wir von einem Unternehmen eine Leistung in Anspruch nehmen und dafür nicht mit Geld, sondern mit unseren Daten bezahlen. Wir sind dann keine Kunden mehr, sondern als Nutzer ein Teil des Produktes, welches das Unternehmen an andere Menschen oder Unternehmen verkauft. Dabei liegen die Gefahren in den Filtern und in der Kategorisierung, mit deren Hilfe die Unternehmen versuchen, uns zu beeinflussen, um uns als Teil ihrer Produkte zu verwerten. Wir könnten unser Leben jeden Tag verändern, wenn wir uns dazu entscheiden sollten. Die Daten, welche in der Vergangenheit über uns gesammelt wurden, und das daraus generierte Abbild unserer Person, welche wir einmal waren, erschweren es uns jedoch, Verhaltensweisen zu überwinden und in der Zukunft neue Wege einzuschlagen. Genauso könnten wir einem Alkoholabhängigen, welcher versucht abstinent zu werden, weiterhin permanent Spirituosen anbieten, weil er diese in der Vergangenheit doch immer gerne getrunken habe. Je weniger wir von Manipulationstechniken verstehen, umso leichter machen wir es Unternehmen, uns zu einem Verhalten zu verleiten, welches uns in der Konsumspirale hält.

Unserem Wirtschaftssystem wird unterstellt, dass seine Fähigkeit, produktive Kräfte zu entfesseln, dazu beitragen würde, uns allen ein Leben im Überfluss zu ermöglichen. Dabei wird übersehen, dass uns dieser scheinbare Überfluss nicht geboten wird, um unsere

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft

Bedürfnisse zu erfüllen, sondern um Geldtransfers zu forcieren. Ein Produkt wird nicht entworfen, weil es nützlich wäre oder eine wichtige Lücke in unseren Bedürfnissen füllt, sondern weil es darum geht, neue Märkte zu schaffen oder möglichst disruptiv auf bestehende einzuwirken. Ein solches disruptives Produkt steht nicht in Konkurrenz zu bestehenden Produkten, sondern zielt darauf ab, andere Produkte obsolet zu machen. So löste die Musik-CD zunächst die Musikkassette und die Vinyl-Schalplatte ab, bevor die CD selbst inzwischen durch digitale Vertriebswege und Streaming-Anbieter abgelöst wurde. Das Smartphone mit Touch-Display ist selbst ein disruptives Produkt, indem es Handys mit Tastatur ersetzt hat, und steht im Zentrum von Veränderungen mit disruptivem Potenzial: Es kann Navigationssysteme ersetzen, ermöglicht von unterwegs Zugang zu alternativen Diensten, welche in Konkurrenz zu Taxis und Hotels stehen, ebenso dient es als Video- und Digitalkamera sowie als MP3-Player. Es gibt in unserem Wirtschaftssystem keinen Gleichgewichtszustand, weil wir selbst die Vorgabe liefern, dass es mehr geben muss. Dieses „Mehr“ wird allerdings nur in Geld gemessen, so dass ein Zuwachs im BIP auch dann erfolgt, wenn wir z. B. teure Anlagen zur Trinkwasseraufbereitung benötigen, weil wir unsere Umwelt mit Giftstoffen kontaminiert haben.

Obwohl unser Wirtschaftssystem so produktiv ist, ist es nicht in der Lage, uns mit mehr freier Zeit zu

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft

versorgen, weil wir uns von Erwerbsarbeit abhängig gemacht haben. In den 1980ern ist es uns noch gelungen, einen Teil der Produktivitätssteigerungen zur Verkürzung der Wochenarbeitszeit zu verwenden. Inzwischen wird in Deutschland, vor allem aufgrund des Anstiegs der Teilzeitbeschäftigten und deren Wochenarbeitszeit, von Jahr zu Jahr mehr gearbeitet. Wenn wir mehr produzieren, benötigen wir auch mehr Einkommen, um die zusätzlichen Produkte zu kaufen und unseren Lohn zu finanzieren, mit der Folge, dass wir noch mehr arbeiten und produzieren. Wir können über die Arbeit nie genug Geld erhalten, um all die Dinge zu kaufen, welche wir zusätzlich produzieren. Weil wir keine Geldquelle haben, welche unabhängig von Arbeit und Produktion ist, steigt unsere wirtschaftliche Abhängigkeit: Immer mehr Menschen müssen mehr arbeiten, weil es uns nicht gelingt, Einkommen und Arbeit voneinander zu trennen. Da unsere Lebenszeit nur eine Ressource unter vielen ist, wird auch davon immer mehr in Anspruch genommen. Wir fordern sogar permanent von unserer Regierung, dass sie für mehr Arbeitsplätze sorgen solle, damit wir uns der Megamaschine in den Rachen werfen können, nur um ein Einkommen zu erhalten. Wir sind nicht in der Lage, uns eine Welt vorzustellen oder zu wünschen, in welcher unser Lebenszweck nicht darin besteht, einigen wenigen Menschen zu mehr Macht zu verhelfen, damit wir im Gegenzug ein wenig Geld erhalten, um anschließend

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft

Unternehmen dabei zu unterstützen, aus unseren Bedürfnissen Profit zu schlagen.

Doch so sehr unser Wirtschaftssystem auch auf Wachstum angelegt ist, es gibt zwei Grenzen der Knappheit, welche es nicht durchbrechen kann. Die eine Grenze ist die relative Knappheit, mit welcher die absolute Mehrzahl von uns konfrontiert ist. Es gibt immer mehr zu kaufen, als wir uns leisten könnten. Geld ist für die meisten von uns der limitierende Faktor. Wenn wir ein Produkt kaufen, wissen wir gleichzeitig, dass wir auf 100 andere Produkte verzichten mussten. Es gibt nur wenige Menschen, für welche diese relative Knappheit keine Rolle spielt.

Daneben gibt es eine absolute Knappheit, welche uns alle betrifft. Egal wie vermögend wir auch sein mögen, unser Tag ist nach 24 Stunden zu Ende und unser Leben ist endlich, kein Geld der Welt kann ihm auch nur eine Sekunde hinzufügen. Deshalb sollten wir uns überlegen, wie viel Zeit wir mit Erwerbsarbeit wirklich zubringen wollen, zumal wir die meisten Produkte gar nicht brauchen. Wir konsumieren sie, weil sie produziert wurden, und wir produzieren sie, weil wir ein Einkommen benötigen, um sie kaufen zu können. Ein – für uns – sinnloser Kreislauf, der nur dazu dient, die Vermögenden vermögender und die Mächtigen mächtiger zu machen. Die Gewalt, die dabei auf uns wirkt, hat auch einen Einfluss auf unser Verhalten außerhalb der Arbeitswelt. Unsere Abhängigkeit von

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft
einem Einkommen sorgt dafür, dass wir bereit sind, an einer Arbeit festzuhalten, welche uns krank macht oder dazu beiträgt, dass wir unseren Frust mit Verhaltensweisen kompensieren, welche uns schaden. Wir geben den Druck, welchen wir in der Arbeit ertragen müssen, schließlich an unser soziales Umfeld weiter.

Bereits im Bildungssystem werden wir darauf ausgerichtet, uns diesem Arbeitsethos sowie dem Leistungsprinzip widerspruchslos zu unterwerfen. Schon als junge Menschen werden wir mit Vorstellungen von Erwachsenen konfrontiert. Sie versuchen uns durch Belohnung und Bestrafung dazu zu bringen, uns ihren Vorstellungen entsprechend zu verhalten. Diese Methoden werden mit dem Schulbesuch verfeinert, bei welchem wir der Gewalttätigkeit des Schulsystems unterworfen werden, welches für uns – unabhängig von unseren Interessen – festlegt, was wir zu wissen und zu können haben. So werden wir in der Schule daran gewöhnt, dass wir nicht selbst über unser Leben bestimmen dürfen und dass andere Menschen darüber urteilen, wie nützlich wir für die Gesellschaft seien. Wir entwickeln unterschiedliche Verhaltensweisen, um mit dieser Fremdbestimmung umzugehen. Manche werden fleißig und strebsam, passen sich damit dem System an und verhalten sich so, dass sie Belohnungen in Form von guten Noten bekommen. Andere verlieren jegliche Neugier und schleppen sich irgendwie durch die Schulzeit. Die Frustration, welche wir in der Schule

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft

erleben, die Selbstzweifel, welche wir entwickeln, weil wir den Anforderungen nicht gerecht werden, und die Beschämung, welche wir erfahren, wenn uns ein Lehrer unseren Mitschülern vorführt, belasten uns oftmals unser Leben lang. Wenn wir uns mit diesen Erfahrungen nicht aktiv auseinandersetzen, ist es wahrscheinlich, dass wir diese Umgangsformen an andere Menschen weitergeben. Genauso wahrscheinlich ist die Kompensation durch physische Gewalt.

Die Bewertung der Nützlichkeit setzt sich dann in Ausbildung und Studium fort. Natürlich dienen diese Bewertungen durch andere nicht uns selbst, um zu überprüfen, ob wir etwas bereits verstanden haben und in welchen Bereichen wir noch Wissenslücken haben. Die Bewertungen dienen vielmehr dazu, uns als Menschen mit einem Etikett zu versehen, damit wir auf dem Arbeitsmarkt gehandelt werden können. Wenn wir nicht richtig ins System passen, dann wird uns ausgiebig erklärt, dass der Fehler notwendigerweise bei uns liege. Schließlich gibt es Menschen, welche in der Lage sind, die Anforderungen zu schaffen und die geforderte Leistung zu erbringen. Wir lernen eben nicht für das Leben, und schon gar nicht für das eigene. Wir lernen, damit wir vom Wirtschaftssystem als Ressource genutzt werden können.

1.3.3 Wirtschaft und Geld

Geld spielt in unserer Wirtschaft eine bedeutende Rolle. Auch wenn wir es tagtäglich nutzen, bleiben uns

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft

die Hintergründe seiner Entstehung und seine Wirkungen zumeist verborgen. Unser Geld kann als Sozialtechnik betrachtet werden. Wir lernen den Umgang mit ihm durch Nachahmung. So wie sich die Umgangsformen, die wir miteinander pflegen, über die Zeit verändern, so kann auch Geld seine Erscheinungsform verändern und die Bedeutung, die es in unserer Gesellschaft hat. In der Ökonomie wird Geld vor allem nach den Funktionen betrachtet, welche ihm zugeschrieben werden: Wertmessenheit, Wertspeicher, Zahlungsfunktion. Aufgrund dieser Betrachtungsweise bleiben die Wirkungsweisen, mit welchen es zur Gewalt in unserer Gesellschaft beiträgt, unsichtbar. Dabei ist Geld ein wesentlicher Faktor dafür, dass wir uns in einer Weise verhalten, welche für unsere zwischenmenschlichen Beziehungen eine große Belastung darstellt. Durch die Verwendung von Geld sind wir in der Lage, Beziehungen mit anderen Menschen permanent zu kappen. Nachdem wir eine Ware in einem Geschäft gekauft haben, verlassen wir es wieder, ohne mit dem Verkäufer einer Ware oder gar deren Hersteller eine persönliche Beziehung beizubehalten. Indem wir Geld nutzen, instrumentalisieren wir einander und vermeiden es, persönliche Verbindungen entstehen zu lassen. Oftmals gehen wir sogar noch weiter und benutzen Geld, um über einen Menschen zu verfügen. Wenn wir für eine Dienstleistung bezahlen, beanspruchen wir das Recht, über ihren Erbringer zu

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft

verfügen. Damit wiederholen wir an ihm, was uns angetan wurde, als wir uns das Geld erarbeitet haben, welches wir nun ausgeben. Wir sind nicht in der Lage, den Kreislauf der Gewalt zu überwinden, sondern reproduzieren ihn stattdessen. Verwenden wir Geld mit dieser Anspruchshaltung, haben wir die dem Geld innewohnende Logik von Gewalt und Herrschaft bereits in unser Denken integriert. Von dieser Haltung ist es dann für uns nur noch ein kleiner Schritt, um Geld als Machtinstrument zu verwenden und es einzusetzen, um andere Menschen zu übervorteilen oder zu erpressen – was nur deshalb so einfach möglich ist, weil wir alle von einem Geldeinkommen abhängig sind.

I.3.3.1 Werttheorien des Geldes

Die Veränderungen, welche Geld in unserer Geschichte durchlaufen hat, ist keine Entwicklungsgeschichte, in welcher Geld immer fortschrittlichere Formen angenommen hat. Stattdessen folgt Geld eher einer Mode, welche dazu neigt, ihre Form zyklisch zu wiederholen. Unser Geld ist gegenwärtig eher immaterieller Natur. Es hat keinen direkten Bezug zu Gold oder anderen Metallen, etwas, was zu Beginn des 20. Jahrhunderts wohl kaum jemand für möglich gehalten hätte. Die Ansicht darüber, ob Geld materiell oder immateriell zu sein habe, ist fast ebenso wechselhaft wie die Modevorschrift, die Röcke mal kürzer oder mal länger zu tragen. Es gibt in der Ökonomie verschiedene Theorien, um den Wert des

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft

Geldes zu erklären. Zum einen ist da die Geldwerttheorie des Metallismus, welche den Wert des Geldes von dem zugrunde gelegten Metall ableitet. Als Geld-Metall diente vorwiegend Gold und gelegentlich Silber. Da heute keine der staatlichen Währungen noch eine solche Deckung durch Metalle aufweist, haben die Vertreter dieser Theorie einen schweren Stand. Ein Versuch, diese Geldwerttheorie in die Gegenwart zu übertragen, ist die Anwendung der Regression. Sie unterstellt, dass der Goldwert im heutigen Geld immer noch als Echo einer Erinnerung aus der Zeit fortbestehe, als Geld eine Golddeckung aufwies.

Eine andere bedeutende Geldwerttheorie ist diejenige des Chartalismus. Die Vertreter dieser Theorie gehen davon aus, dass das Geld seinen Wert erhält, weil der Staat aufgrund seines Gewaltmonopols in der Lage ist, uns dazu zu zwingen, Steuerzahlungen in dem von ihm festgelegten Zahlungsmittel zu leisten. Mit der Aufhebung der Goldbindung des US-Dollars im Jahre 1971 wurde der letzte dünne metallurgische Faden des Geldes durchtrennt. Gegenwärtig haben die Vertreter des Chartalismus die Deutungshoheit vor den Vertretern des Metallismus. Mit der MMT (Modern Monetary Theory) ist eine neue Ausprägung des Chartalismus aufgekommen. Die MMT betrachtet entsprechend die vom Staat geschaffene Rechtsordnung als Quelle, aus welcher sich der Wert unseres Geldes speist. Unser Geld wird heute als Kreditgeld geschöpft. Da es somit keine

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft

materielle Begrenzung mehr gibt, kann der Staat theoretisch beliebig viel davon erschaffen.

I.3.3.2 Geld und Wachstum

In welchem Zusammenhang steht unser Geldsystem mit dem Wachstumszwang, dem unser Wirtschaftssystem scheinbar unterliegt? Es ist wichtig zu erkennen, dass die Wachstumsimpulse für unsere Wirtschaft von außen ins Wirtschaftssystem getragen werden. Die Wirtschaft wächst, weil wir mehr wollen. Weil wir trotz unserer Abhängigkeit vom Erwerbseinkommen die Automatisierung vorantreiben, zwingen wir der Wirtschaft noch mehr Wachstum auf, damit wir weiterhin so viel arbeiten können, dass unser Einkommen trotz Automatisierung nicht geringer wird. Das Geldsystem wirkt nur als Verstärker, indem Menschen andere Menschen mit Geld belohnen, wenn diese dem Wachstumsparadigma Folge leisten und dabei den Vermögenden ermöglichen, über noch mehr Geld zu verfügen.

Beginnen wir zunächst mit einer Analogie, um den Wachstumsimpuls zu verdeutlichen. Immerhin sind viele Menschen überzeugt, dass es etwas gäbe, was unsere Wirtschaft dazu zwänge, zu wachsen. Zugleich übersehen wir, in welchem Umfang wir selbst dieses Wachstum einfordern. Wir alle kennen ein Hamsterrad. Dieses runde Gestell, in welchem sich der Hamster beliebig lange austoben kann, gab es in der wirtschaftlichen Geschichte auch in größeren Varianten.

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft

Diese dienten dann dazu, Gerätschaften anzutreiben, und konnten sowohl von Tieren als auch von Menschen in Bewegung gehalten werden. Von diesen Laufrädern stammt die heute noch verwendete Bezeichnung „Tretmühle“, in welcher wir uns ständig abrackern und doch kein Stück vorwärtskommen. Stellen wir uns vor, unser Wirtschaftssystem entspräche einem solchen Laufrad. Zunächst legen wir fest, dass wir alle den gleichen Lohn erhalten, unabhängig von der Geschwindigkeit des Laufrads. Es wäre also für uns kein Problem, so langsam zu laufen, dass wir alle im Laufrad gut mitkommen. Nun ändern wir die Lohnregel. Die Hälfte des Lohns wird weiterhin so ausbezahlt wie bisher, und die andere Hälfte wird nach Leistung verteilt. Diejenigen, welche am weitesten vorrauslaufen, können nun mehr Lohn erhalten, solange es andere gibt, welche zurückfallen. Würden wir uns gesellschaftlich darauf einigen, dass wir weiterhin alle mit einem gleichen Lohn einverstanden sind, würde sich nichts ändern. Will allerdings nur eine Person im Laufrad ihren Lohn auf Kosten der anderen Menschen steigern, beginnt die Konkurrenz. Damit entsteht Unruhe im Laufrad, die Arbeit wird deutlich anstrengender. Dabei bleibt die gesamte Lohnsumme am Ende immer gleich hoch, nur die Verteilung wird ungleicher. Die Änderung der Lohnregel entspricht aus meiner Sicht dem, was als Wachstumszwang innerhalb unserer Wirtschaft interpretiert wird. Die Lohnregel verlangt nicht, dass das

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft

Laufрад schneller laufen muss. Allerdings setzt sie einen starken Anreiz, dass sich einige dafür entscheiden, schneller zu laufen, und damit andere Menschen in einen Konkurrenzkampf hineinziehen, an welchem viele von uns gar kein Interesse haben.

Eine Begründung, warum unsere Wirtschaft wachsen müsse, wird vom Geldsystem abgeleitet. Hier werden zwei Thesen miteinander verwoben. Die erste Annahme ist, dass Kredite nur vergeben würden, wenn zugleich wirtschaftliche Aktivität in Gang gesetzt wird. Dies sei notwendig, damit der zusätzlichen Geldmenge auch zusätzliche Waren gegenüberstehen, um Inflation zu vermeiden. Die andere Annahme geht davon aus, dass die Geldmenge so groß sein müsse, wie es dem Kreditbetrag zuzüglich Zinsen entspricht. Da sich die Geldmenge allerdings nur um den Kreditbetrag erhöht, wird irrtümlich davon ausgegangen, dass die Zinsen nur gezahlt werden könnten, wenn zusätzliche Kredite vergeben werden. Da für diese Kredite wiederum Zinsen anfallen, liegt der Fehlschluss nahe, dass es einer steten Kreditausweitung bedürfe. Die Synthese aus beiden Annahmen ergibt dann die Theorie, dass die Wirtschaft in mindestens dem Maße wachsen müsse, wie es der Zinshöhe für Kredite entspricht. Allerdings sind beide zugrunde gelegten Annahmen fehlerhaft.

Ein Kredit kann sehr unterschiedliche Auswirkungen haben. Die Vorstellung einer Parität von Waren und Geldmenge wird nahezu nie erfüllt. Bei einem

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft

Immobilienkredit für ein neu zu bauendes Haus wird der Gegenwert für den Kredit zunächst zeitnah geschaffen. Es sieht auf den ersten Blick so aus, als würden Geldmenge und Güter hier im Einklang sein. Der Kredit wird nun jedoch über die Jahre getilgt. Dabei sinkt der Wert des Hauses in der Regel weniger als die Geldmenge aufgrund der Kredittilgung. Darüber hinaus beziehen wir das Geld für die Tilgung aus wirtschaftlicher Aktivität, durch welche wiederum neue Waren produziert werden. Somit entsteht eine deutliche Diskrepanz zwischen der Güterseite und der Geldmenge. In diesem Szenario steigt also die Gütermenge gegenüber der Geldmenge an. Das Geld zur Tilgung stammt letztlich immer direkt oder indirekt aus Erwerbsarbeit, selbst wenn es uns in Form von Kapitalerträgen wie Dividenden oder Mieten zufließt. Dass wir nicht permanent eine Deflation erleben, hat seine Ursache darin, dass die wenigsten produzierten Güter von Dauer sind. Güter wie Nahrung oder Unterhaltung werden von uns direkt konsumiert. Langlebigere Güter wie Kleidung oder Maschinen verschleißeln über die Zeit. Somit sind Geldmenge und Gütermenge beständig im Fluss und bewegen sich oftmals gegenläufig. Finanzieren wir unseren Urlaub über einen Konsumentenkredit, dann erhöhen wir erst die Geldmenge und verringern die Gütermenge, während wir unseren Urlaub erleben, erst anschließend sorgen wir dann dafür, die Geldmenge wieder zu senken, während wir zugleich das

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft

Güterangebot steigern. Die wirtschaftliche Aktivität, aus welcher sich der Gegenwert eines Kredites speisen sollte, wird in vielen Fällen erst erzeugt, wenn der Kredit bereits wieder getilgt wird. Die Vorstellung einer zeitlichen Parität zwischen Gütern und Geldmenge ist somit fehlerhaft.

Die zweite Annahme hatte unterstellt, dass Zinsen nur bezahlt werden könnten, wenn weitere Kredite aufgenommen würden. Hier werden fälschlich zwei unterschiedliche Größen miteinander vermischt, die keinen direkten Bezug zueinander haben. Die Zahlung von Zinsen hat keinen Einfluss auf die Geldmenge. Wenn wir Zinsen bezahlen, ist es genauso, als ob wir unsere Brötchen oder unsere Miete – auch als Mietzins bezeichnet – bezahlen. Normalerweise gehen wir nicht davon aus, dass wir unsere Brötchen erst bezahlen könnten, wenn die Geldmenge gestiegen ist. Der Zins ist für die Bank genauso eine Einnahme wie die Bezahlung der Brötchen für den Bäcker. Mit den Zinseinnahmen bezahlt die Bank ihre Angestellten, ihre weiteren Betriebskosten sowie die Dividenden an ihre Eigentümer. Der Zins verbleibt also nicht bei der Bank, sondern ist eine Transaktion wie jede andere Transaktion in der Wirtschaft auch. Natürlich haben es Kreditnehmer umso leichter, ihre Waren zu verkaufen, je mehr Geld bei möglichst vielen Menschen im Umlauf ist. Wenn mehr Menschen über Geld verfügen, gibt es auch mehr Menschen, welche sich die Produkte des Kreditnehmers

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft

kaufen können. Allein dieser Zusammenhang rechtfertigt allerdings nicht, uns als Wachstumstreiber auszublenden und auf das Geldsystem als vermeintliche Ursache zu zeigen. Nicht der Zins, sondern wir selbst sind der Wachstumstreiber für unsere Wirtschaft. Wir sind diejenigen, welche davon reden, dass die Wirtschaft wachsen müsse, und wir fordern dieses Wachstum gebetsmühlenartig ein, damit es von niemandem angezweifelt werde. Entsprechend ist der Zwang zum Wirtschaftswachstum nicht systemischen, sondern menschlichen Ursprungs. Wir sind die handelnden Subjekte in unserer Wirtschaft und bestimmen über deren Regeln, niemand sonst.

1.3.3.3 Automatisierung, Profit und Wachstum

Schauen wir uns eine weitere Variante der Geldverwendung an, um die Annahme zu erklären, dass unsere Wirtschaft einem Wachstumszwang unterliege. Die Behauptung ist, dass die Wirtschaft wachsen müsse, weil Unternehmen Profite machen sollen. Diese Vorstellung ähnelt stark der vorherigen Zins-Aussage, nur dass wir uns nun nicht zusätzlich mit der Geldmenge beschäftigen müssen. Spielen wir diese Überlegung einmal für einen kleinen Bäckerladen durch. Wir haben einen Bäcker mit einigen Angestellten. Er verkauft Brötchen, Brot und einige Leckereien. Sein Umsatz ist hoch genug, um seine Lieferanten ebenso zu bezahlen wie seine Angestellten und auch sonstige finanzielle Verpflichtungen zu begleichen. Am Monatsende hat er

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft
genug Überschüsse, um davon leben zu können. Wenn es den Kunden des Bäckers, seinen Angestellten, seinen Lieferanten und ihm selbst gut geht: Woher kommt dann ein Wachstumsimpuls, wenn scheinbar keiner der Genannten einen solchen benötigt?

Unser Bäcker ist zunächst in einer Situation wie die Arbeiter im Laufrad, als alle ihr Auskommen hatten und gut leben konnten. Damit unser Bäcker sich entscheidet mehr zu produzieren, um seinen Umsatz zu steigern, braucht es einen Impuls von außen. So wie im Buch „Momo“ von Michael Ende der Friseur Herr Fusi Besuch von den grauen Herren bekommt, welche ihn dazu überreden, Zeit zu sparen, so muss auch jemand unseren Bäcker davon überzeugen, dass „mehr“ besser sei. Nur benötigen wir heute den Besuch der grauen Herren nicht mehr. Wir wurden bereits alle davon überzeugt, dass „mehr“ die bessere Wahl sei. Jedes Jahr soll das Bruttoinlandsprodukt weiter steigen, weil es uns dann besser ginge. Wir hinterfragen diese Vorstellung nicht. Gleichzeitig versuchen wir Schuldige zu finden, welche unsere Wirtschaft dazu zwingen, immer weiter zu wachsen. Dieser Zwang existiert nicht aufgrund irgendeiner im System existierenden Abhängigkeit. Wir selbst fordern dieses Wachstum immer wieder ein und tragen dadurch den Zwang ins Wirtschaftssystem hinein. Das Wirtschaftssystem existiert nicht unabhängig von uns Menschen und agiert auch nicht anders, als wir es von ihm verlangen. Weil wir Menschen nicht zufrieden

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft sind mit dem, was wir haben, sondern immer noch mehr haben wollen, muss die Wirtschaft wachsen, zusätzlich angetrieben von denjenigen unter uns, die nach Macht streben.

Wir können die Systeme, welche wir geschaffen haben, nicht für unser Handeln verantwortlich machen. Allerdings ist es wichtig zu verstehen, wie die Systeme funktionieren und welche Folgen unsere Forderungen an sie haben. Wir möchten in einer intakten Umwelt leben und zugleich ein gutes Einkommen haben. Deshalb gelingt es uns nicht, die globalen Treibhausgasemissionen zu senken – einzige Ausnahme war 2020, weil aufgrund einer Pandemie vielen Menschen aus den verschiedensten Wirtschaftszweigen Berufsverbote auferlegt wurden und u. a. die Passagierzahlen im Luftverkehr gegenüber dem Vorjahr um 75% gesunken sind. So fördern und verbrennen wir fossile Energieträger, mit verheerenden Folgen für die Ökosphäre, in welcher wir leben, nur um Anrecht auf Geld zu erhalten, welches wir aus dem Nichts erschaffen. Auch wenn die einfachen Erklärungen, dass der Zins oder der Profit ursächlich für einen Wachstumszwang wären, so nicht stimmen, so trägt das Geldsystem trotzdem dazu bei, einen Druck aufzubauen, welcher Unternehmer dazu bringt, den Wachstumsimpulsen zu folgen. Einer dieser Impulse beruht darauf, dass die meisten Menschen auf eine Erwerbsarbeit als Einkommensquelle angewiesen sind.

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft

Schauen wir uns an, welche Auswirkungen die Automatisierung für unsere Bäckerei hat. Es gab immer wieder Menschen, welche gebastelt und getüftelt haben, um unsere Arbeit zu erleichtern. Dies tun wir heute immer noch. Da wir allerdings wegen unserer Abhängigkeit von einem Einkommen nicht weniger arbeiten dürfen, müssen wir mit jeder Erfindung, welche uns Arbeit abnimmt, den Output vergrößern, um weiterhin genug Arbeit zu haben. Nehmen wir an, einer der Angestellten bei unserem Bäcker produziert pro Stunde 1.000 Brötchen. Der Bäcker kauft nun eine zusätzliche Maschine, um die Arbeit weiter zu erleichtern und zu automatisieren, wodurch der Angestellte für die 1.000 Brötchen nur noch 30 Minuten arbeiten muss. Damit beginnen die Schwierigkeiten. Wenn der Angestellte nur für die Herstellung der Brötchen zuständig war, dann muss er jetzt statt 40 Stunden nur noch 20 Stunden arbeiten. Da die gleiche Anzahl Brötchen verkauft wird, könnte ihm für die 20 Stunden Arbeit etwa der gleiche Lohn gezahlt werden wie zuvor für die 40 Stunden Arbeit, abhängig davon, wie die Anschaffung der neuen Maschine kalkuliert wurde. Wir fänden diese Lösung bestimmt toll, wenn wir der Angestellte wären. Das Problem ist, dass wir nicht mit Arbeitszeitverkürzung umgehen können. Als Kunden wollen wir weniger für die Brötchen bezahlen, wollen also mehr für unser Geld, also muss die Arbeitszeit je Brötchen runter oder die Rohstoffe müssen

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft

günstiger eingekauft werden. Als Inhaber der Bäckerei wollen wir mehr Profit machen, also müssen entweder die Preise rauf oder die Kosten runter, am besten beides gleichzeitig. Als Angestellter möchten wir lieber weniger arbeiten und trotzdem wenn möglich mehr Einkommen haben. Als Zulieferer von Rohstoffen oder Maschinen möchten wir auch gerne besser bezahlt werden.

Allein bei unserem Bäckerbeispiel gibt es mindestens vier Rollen, in welchen wir agieren können: Angestellter, Kunde, Lieferant oder Unternehmer. In jeder dieser Rollen haben wir ein Interesse daran, unsere wirtschaftliche Situation zu verbessern. Wenn wir diese Verbesserung – zumindest nicht direkt – auf Kosten eines der anderen Beteiligten erreichen wollen, bleibt nur Wachstum. So können wir die Maschine, welche in der Lage wäre, die Produktionszeit der Brötchen zu halbieren, nicht zu einer Verringerung unserer Arbeitszeit verwenden. Stattdessen passiert das Gegenteil: Der Lieferant muss mehr Mehl liefern, der Angestellte produziert nun die doppelte Anzahl Brötchen, welche von den anderen Angestellten der Bäckerei zusätzlich verkauft werden müssen, und die Kunden müssen diese Brötchen auch noch kaufen. Am Ende haben alle mehr, vor allem mehr Arbeit und in dieser Arbeit mehr Stress, da mehr in der gleichen Zeit verkauft werden muss.

Wenn wir vorher schon genug Brötchen für unser Frühstück hatten: Wie ist es gelungen, dass unsere

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft

Bäckerei jetzt mehr davon verkauft hat? Letztlich kann die Überproduktion unterschiedlich kompensiert werden. Vielleicht hat eine andere Bäckerei geschlossen, weil sie mit den günstiger produzierten Brötchen nicht mehr konkurrieren konnte. Eventuell haben wir zwar mehr Brötchen gekauft, weil sie günstig waren, jedoch haben wir diese schließlich weggeworfen, weil wir doch nicht mehr essen konnten oder wollten. Wir könnten Brot durch Brötchen ersetzt haben oder jeden Tag ein Brötchen mehr gegessen haben, mit allen Folgen, welche eine übermäßige Energiezufuhr für unsere Gesundheit hat. All das nur, weil wir mehr wollten. Wir sind, was Geld und Einkommen angeht, maßlos, weil wir die Folgen dieser Forderung nicht mit unserer Maßlosigkeit in Verbindung bringen. Die Anzahl der Brötchen, welche wir jeden Tag zusätzlich essen können, ist allerdings sehr begrenzt. Also müssen wir das Wachstum auf einen anderen Bereich verlagern. Dadurch fällt es uns allerdings noch schwerer, die Verbindungen nachzuvollziehen, welche zwischen unseren Handlungen und dem Zustand unserer Welt bestehen.

Welche Auswirkungen hat es, wenn wir das Wachstum auf den Finanzmarkt verlagern? Beispielsweise investieren wir in Wertpapiere, weil wir uns um unser Einkommen nach dem Ende unserer Berufsausübung Sorgen machen und vorsorgen wollen, wenn wir von der Erwerbstätigkeit in den Ruhestand

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft

wechseln, weil wir darauf angewiesen sind, eine Rente zu erhalten, um weiterhin Geldmittel für unsere Bedürfnisse zu haben. Unser Geld entsteht nur, wenn jemand bereit ist, sich zu verschulden. In der Europäischen Union haben die Staaten diese Form der Geldschöpfung exklusiv den Banken überlassen und sich selbst untersagt. Daher bleibt ihnen nur die Möglichkeit, die Rente durch eine Umlage zu finanzieren. So holen Staaten das Geld für die Rente von anderen Menschen – in diesem Fall von denjenigen, welche arbeiten, und nicht von denjenigen welche Kapitalrenten beziehen –, bevor es dann als Altersrente wieder verteilt wird. Da das Verhältnis zwischen Rentenempfängern und Erwerbstätigen in Deutschland sich in den nächsten Jahren voraussichtlich in der Weise verändern wird, dass mehr Rentnern weniger Erwerbstätige gegenüberstehen werden, wird gefordert, dass wir zusätzlich privat vorsorgen. Wir sollen in kapitalgedeckte Rentenprodukte der Privatwirtschaft investieren, weil die gesetzliche Rentenvorsorge nicht mehr mit dem Anspruch betrieben werden soll, eine vollständige Versorgung zu ermöglichen. Das Problem dabei ist, dass die meisten Menschen gar nicht in der Lage sind, während ihres Erwerbslebens Rücklagen in einer solchen Höhe zu bilden, dass sie auch nur annähernd die geplante Inflation werden ausgleichen können. Mit unseren Einzahlungen in Vorsorgeprodukte erhöhen wir die Nachfrage nach Investitionsmöglichkeiten.

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft

Schließlich wollen wir eine Verzinsung unserer Ersparnisse erhalten, welche möglichst über der Inflationsrate liegen soll.

So kommt zum Inhaber auch noch ein Investor hinzu, welcher der Bäckerei Geld zur Verfügung stellt, um noch mehr Maschinen zu kaufen oder am besten gleich eine ganze Kette von Bäckereien zu eröffnen. Nur waren die zusätzlichen Brötchen von der ersten Maschine bereits zu viel. Es kann mit der Expansion unserer Bäckerei nicht besser werden, für niemanden. Das Problem ist, wir sehen diese Prozesse nicht. Sie sind voneinander entkoppelt. Der Investor geht nicht direkt zum Inhaber der Bäckerei, sondern er geht an den Finanzmarkt und kauft dort Aktien der Brot & Brötchen AG. Das macht die Probleme weniger sichtbar, weil wir nur steigende Aktienkurse sehen. Aufgrund der steigenden Nachfrage nach einer privaten Altersvorsorge gibt es viele neue Interessenten für die Aktien unserer B&B AG. Der gestiegene Kurswert der Aktie macht es notwendig, auch die Dividendenzahlungen je Aktie zu erhöhen, damit die Aktie für Anleger weiterhin als Investment attraktiv bleibt. In der Folge werden die Angestellten der Bäckerei Einkommensverluste hinnehmen und die Konsumenten mehr für ihre Brötchen bezahlen müssen. Wie sich die Lasten zwischen Angestellten und Kunden verteilen, hängt davon ab, wie gut die Angestellten gewerkschaftlich organisiert sind und ob Konkurrenzdruck eine Erhöhung der Preise erschwert.

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft

So sorgen wir durch den Versuch, uns eine kapitalgedeckte Altersvorsorge aufzubauen dafür, dass wir in noch stärkerem Ausmaß mit sinkenden Reallöhnen und steigenden Preisen konfrontiert sind. Damit vermindert sich unser Einkommen und in der Folge auch der Anteil, welchen wir in eine kapitalgedeckte Altersvorsorge investieren können. Dabei ist die Chance groß, dass wir während unserer Rente trotz der Kapitaleinkünfte letztlich weniger Kaufkraft haben werden, als wenn wir das Geld direkt ausgegeben hätten anstatt es in eine kapitalgedeckte Altersvorsorge zu stecken. Denn diejenigen, welche unser Geld verwalten und anlegen, wollen ebenfalls ihr Einkommen haben, die Aktionäre der Unternehmen wiederum wollen Dividenden. So gibt es immer mehr Beteiligte, welche Teile unseres Einkommens beanspruchen, ohne etwas Produktives beizutragen, und rund um unsere Bäckerei entsteht ein ganzes Netzwerk von Menschen, welche nur noch Geldwerte hin und her bewegen. Mal steigen die Aktien, mal fallen sie, je nachdem, ob Erwartungen erfüllt oder enttäuscht wurden.

Durch eine permanent steigende Geldmenge in Verbindung mit zusätzlicher Nachfrage durch kapitalgedeckte Vorsorgeprodukte ist ein Anstieg des Aktienkurses fast zwangsläufig gegeben. Wir verzichten lieber auf ein paar Brötchen und kaufen uns stattdessen eine Aktie der B&B AG. Solange unsere Bäckerei

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft

bereitwillig Dividenden ausbezahlt, welche in einem akzeptablen Verhältnis zum Aktienkurs liegen, wird niemand misstrauisch fragen, ob es denn plausibel sei, wenn der Aktienwert um ein Vielfaches höher liegt als es kosten würde, eine neue Bäckerei mit der gleichen Ausstattung einzurichten. Wir sollten daher steigende Aktienkurse nicht pauschal als positiv bewerten, solange wir nicht einschätzen können, wie hoch die Geldentwertung ausgefallen ist und in welchem Umfang steigende Aktienkurse nur den Kaufkraftverlust widerspiegeln.

1.3.3.4 Geldschöpfung

Die Betrachtung der Geldschöpfung soll verdeutlichen, durch welche Mechanismen des Geldsystems wir systematisch benachteiligt werden. Es ist mir wichtig, transparent zu machen, in welchem Umfang die Geldmenge permanent manipuliert wird. Weil über die Ausweitung der Geldmenge kaum berichtet und uns stattdessen nur eine Inflationskennzahl kommuniziert wird, deren Datengrundlage bereits nicht in der Lage ist, die Kaufkraftentwertung durch die Geldmengenausweitung korrekt abzubilden, werden wir mithilfe des Geldsystems permanent übervorteilt.

Wir wissen, dass unser Geld nur entsteht, wenn Kredite vergeben werden. Allerdings führt nicht jeder Kredit zur Entstehung von Geld. Wenn Privatpersonen sich untereinander Geld leihen, entsteht kein

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft

zusätzliches Geld, sondern sie können einander nur das Geld leihen, welches sie bereits haben. Die Geldschöpfung mittels Kreditgeschäft darf nur von Unternehmen betrieben werden, welche vom Staat eine Vollbanklizenz erhalten haben. Diese Lizenz erlaubt es Banken, Geld zu verleihen, welches sie nicht haben. Im Moment der Kreditvergabe durch eine Bank entsteht unser Geld durch eine doppelte Schuld. Wir versprechen der Bank, dass wir den geschuldeten Geldbetrag wieder zurückzahlen werden und müssen der Bank hierfür ggf. Sicherheiten anbieten wie z. B. Eintragung einer Grundschuld oder Hinterlegung des Fahrzeugbriefs. Im Gegenzug erhalten wir von der Bank das Versprechen, dass sie uns einen Geldbetrag in Höhe des vereinbarten Kredites schuldet. Aufgrund der unklaren Definition was Geld ist, ist unklar, ob eine Bank ihr Versprechen bereits dadurch erfüllt, dass sie uns den Geldbetrag als Buchgeld auf unserem Girokonto gutschreibt. Schließlich stellt Buchgeld nur einen gebuchten Betrag aufseiten der Bank dar. Auch wenn dieser mit Euro bezeichnet wird, so handelt es sich in letzter Konsequenz um Privatgeld der Bank, welches nur in ihren Büchern existiert. Dabei hat sich die Geldmenge zu diesem Zeitpunkt bereits erhöht, da die Geldmenge M1 im Euroraum so definiert wird, dass in dieser u. a. alle von Banken eingegangenen Verpflichtungen mit täglicher Fälligkeit aufsummiert werden.

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft

Das Problem der fehlenden rechtlichen Definition von Geld lässt sich nicht lösen, da nur eine Definition zum gesetzlichen Zahlungsmittel existiert. In Deutschland findet sich die Legaldefinition in §14 Bundesbankgesetz: „Auf Euro lautende Banknoten sind das einzige unbeschränkte gesetzliche Zahlungsmittel.“ Jetzt könnte vermutet werden, dass auch andere Banknoten z. B. als beschränktes gesetzliches Zahlungsmittel angesehen werden könnten. Aufgrund der Verordnung (EG) Nr. 974/98 (vom Rat der Europäischen Union zur Einführung des Euro) ist allerdings eindeutig, dass in allen Mitgliedsländern der Währungsunion ausschließlich auf Euro lautende Banknoten, welche von deren Zentralbanken in Umlauf gebracht werden, alleiniges gesetzliches Zahlungsmittel sind. Die Verordnung legt darüber hinaus fest, dass ebenso auf Euro bzw. Cent lautende Münzen die Eigenschaft eines beschränkten gesetzlichen Zahlungsmittels haben, da je Zahlung maximal 50 Münzen akzeptiert werden müssen.

Eine Kreditvereinbarung mit einer Bank – entsprechend §488 BGB – verpflichtet diese nur zur Zahlung eines Geldbetrages. Da es keine Festlegung gibt, wie die Stellung von Buchgeld zu Geld und von Geld zu gesetzlichem Zahlungsmittel zu bewerten ist, bleibt es unserer Interpretation überlassen, ob wir es als zulässig erachten, wenn Banken Buchgeld aus dem Nichts schöpfen und wir hierfür Zinsen zahlen müssen.

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft

Zumindest ist es die gegenwärtig gelebte Praxis, dass unser Geld auf diesem Weg erzeugt wird. Inzwischen vertreten auch Zentralbanken die Sichtweise, dass die Geldschöpfung direkt bei Banken im Rahmen der Kreditvergabe erfolgt und keiner systemischen Beschränkung unterliegt. Daneben wird allerdings weiterhin eine Sichtweise vertreten, welche eine Geldschöpfung aus dem Nichts ablehnt und an einer fehlerhaften Vorstellung festhält, dass Banken Intermediäre zwischen Sparern und Kreditnehmern seien. Diese Irrmeinung zur Rolle der Banken im Geldsystem wird von Banken durch entsprechende Werbung und Selbstdarstellung gezielt befördert.

Eine Bank erhöht die Geldmenge ebenfalls, wenn sie ihren Kunden Aktien, Immobilien oder andere Vermögenswerte abkauft. Wie viel Geld eine Bank letztendlich schöpfen kann, ergibt sich vor allem aus rechtlichen Vorgaben z. B. zum Eigenkapital sowie zur Verschuldungsquote. So soll sichergestellt werden, dass im Falle eines Kreditausfalls eine Bank genügend Eigenkapital aufweist, um den Kredit abschreiben zu können. Sollte das Eigenkapital nicht ausreichen, müsste die Bank das Buchgeld auf den Konten ihrer Kunden streichen. Durch unser Buchgeld auf dem Girokonto fungieren wir als Gläubiger gegenüber der Bank, und unser Geld kann im Insolvenzfall der Bank mit ihr genauso schnell verschwinden, wie es zuvor von ihr geschaffen wurde.

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft

Neben den rechtlichen Vorgaben gibt es auch noch Regelungen, dass Banken im Verhältnis zur Höhe ihrer gewährten Buchgelder eine Mindestreserve von 1 % bei der Europäischen Zentralbank halten müssen. Das Guthaben zum Erfüllen der Mindestreserve erhalten Banken von der EZB, indem sie Sicherheiten als Pfand hinterlegen. Die Mindestreserve hat nahezu keinen Einfluss auf die Fähigkeit einer Bank, Kredite zu vergeben. Das Geld, in welchem die Mindestreserve zu leisten ist, ist elektronisches Zentralbankgeld, welches weder gesetzliches Zahlungsmittel noch Buchgeld ist. Beim elektronischen Zentralbankgeld handelt es sich wiederum um ein eigenständiges digitales Buchgeld, welches nur die EZB erzeugt und welches nur in ihren Büchern existiert.

Wenn wir einen Kredit aufnehmen, setzen wir damit wirtschaftliche Aktivitäten in Gang: das erste Mal, wenn wir das Geld ausgeben, entweder um ein Haus zu bauen oder um eine größere Anschaffung zu tätigen. Vielleicht investieren wir auch in Betriebsmittel, um eine selbstständige Tätigkeit auszuüben. Selbst wenn wir nur unsere Urlaubsreise damit bezahlen, nehmen wir Dienstleistungen anderer Menschen in Anspruch. Anschließend müssen wir erneut wirtschaftlich tätig werden, um das Geld wieder einzunehmen und so den Kredit zurückzahlen zu können. Letztlich sorgt ein Kredit nur für eine Verschiebung der Reihenfolge unserer Aktivitäten. Statt erst selbst wirtschaftlich aktiv zu sein

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft

und dann die Leistung anderer Menschen zu erwerben, nehmen wir erst die Leistung anderer Menschen in Anspruch und werden dann aktiv, um unseren Kredit wieder begleichen zu können.

Theoretisch müsste dafür weder die Geldmenge steigen noch die wirtschaftliche Aktivität insgesamt zunehmen. Sie steigt aber dennoch, denn wir haben mit der EZB bzw. dem ESZB eine Institution geschaffen, welche von uns die Vorgabe erhalten hat, dass eine Inflation von 2 % jährlich angestrebt werden soll. Gleichzeitig definieren wir einen Preisanstieg von 2 % jährlich als Preisstabilität, obwohl sich dadurch alle 35 Jahre die Preise verdoppeln bzw. die Kaufkraft eines Euro halbiert wird. Die Gründe, warum eine solche Strategie gewählt wird, basieren auf verschiedenen ökonomischen Überlegungen. Eine dieser Überlegungen ist, dass eine Notenbank nicht genügend Spielraum für Zinssenkungen habe, wenn sie ein Inflationsziel von 0 % verfolgt anstatt von 2 %. Einige Ökonomen gehen davon aus, dass die japanische Notenbank aufgrund ihres Inflationsziels von 0 % nicht in der Lage war, eine Deflation zu verhindern, sodass die drei Jahrzehnte seit den 1990er-Jahren inzwischen bereits als die drei verlorenen Dekaden bezeichnet werden. Denn das japanische BIP ist in dieser Zeit – mit unter 5 % pro Jahr – deutlich geringer angestiegen als in den Jahrzehnten zuvor, in denen Wachstumsraten zwischen 5 % und 15 % pro Jahr erreicht wurden. Allerdings sind Entwicklungen

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft

in einer Volkswirtschaft nicht einfach nur von einer Größe abhängig, selbst wenn es die Geldmenge ist. Insbesondere kann Geld keine wirtschaftliche Aktivität erzwingen.

Die permanente Ausweitung unserer Geldmenge hat allerdings das Ziel, dass wir möglichst darauf verzichten, Geld zu sparen. Über die Kaufkraftentwertung sollen wir dazu gebracht werden, nicht darauf zu spekulieren, dass Güter günstiger werden könnten, sondern unser Geld möglichst direkt wieder auszugeben, um die Wirtschaft am Laufen zu halten. Das Schlimmste, was einem Unternehmen passieren kann, sind rückläufige Umsätze, weil wir Verbraucher auf fallende Preise spekulieren. Sinkt der Umsatz eines Unternehmens signifikant, kommt es schnell in eine Abwärtsspirale von Preissenkungen, Produktionskürzungen und schließlich Mitarbeiterentlassung und Unternehmensinsolvenz. Sollte dies nicht nur einzelnen, sondern vielen Unternehmen zur gleichen Zeit passieren, ist das Risiko groß, dass mit steigenden Arbeitslosenzahlen unsere ganze Volkswirtschaft in eine deflationäre Krise gerät. So kann ein Rückgang in einem Sektor der Wirtschaft sich auf andere Bereiche übertragen. Und das wieder nur, weil wir uns von Erwerbseinkommen abhängig gemacht haben und wir ohne Arbeit nicht über die finanziellen Mittel verfügen, die Produkte nachzufragen, welche wir für unser tägliches Leben benötigen.

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft

Obwohl gefordert wird, dass Märkten die Preisfindung aufgrund von Angebot und Nachfrage selbst überlassen bleiben soll, wird diese Forderung durch die Festlegung eines Inflationsziels zugleich unterlaufen. Die permanente Geldentwertung soll dazu beitragen, dass Märkte nicht in eine deflationäre Abwärtsspirale geraten, um eine volkswirtschaftliche Krise zu verhindern. In dem Moment, in welchem wir unseren Konsum aufschieben, weil wir auf fallende Preise spekulieren und z. B. unser nächstes Handy oder unser neues Sofa lieber erst im nächsten Jahr kaufen, unterbrechen wir den Geldfluss eines Unternehmens. Während wir zu Beginn einer solchen Entwicklung noch wählen können, ob wir jetzt oder zu einem späteren Zeitpunkt konsumieren, geht uns diese Entscheidungsmöglichkeit in der Krise schnell verloren. Sobald die Unterbrechung von Zahlungsströmen ein kritisches Niveau erreicht hat und Unternehmen beginnen, Mitarbeiter zu entlassen, ist die Abwärtsspirale kaum noch zu stoppen. Die Krise besteht dann aus einer Abfolge von Preissenkungen, Unternehmensschließungen und Nachfrageausfällen, bis das Tal der Tränen erreicht wird.

I.3.3.5 Quantitätsgleichung: Geldumlauf und Inflation

Die Grundlage für den Eingriff, um einer solchen deflationären Krise entgegenzuwirken, bildet wiederum eine ökonomische Theorie. Die Quantitätstheorie des Geldes liefert durch die Interpretation der

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft

Quantitätsgleichung, welche vor allem mit Irving Fisher verbunden wird, die theoretische Grundlage, um das Preisniveau über die Geldmenge zu beeinflussen. Die Quantitätsgleichung unterstellt, dass das Produkt von Geldmenge (M) und Umlaufgeschwindigkeit (V) genauso groß ist wie das Produkt aus der Summe aller gehandelten Waren und Güter (Y) und dem Preisniveau (P): $M \cdot V = Y \cdot P$. Der grundsätzliche Zusammenhang, dass für alle Transaktionen in einer Volkswirtschaft auch die nötigen Geldmittel zur Verfügung stehen müssen, mag zunächst recht nachvollziehbar erscheinen. Schließlich ist unser individuelles Erleben auch davon geprägt, dass wir den Geldbetrag für eine Ware direkt beim Kauf derselben dem Verkäufer übergeben müssen, um die Ware von ihm zu erhalten. Sobald wir anfangen, Waren auf Kredit zu kaufen oder wir für eine individuell angefertigte Ware erst Vorkasse leisten müssen, fallen die Aktivitäten, welche zuvor in einem engen zeitlichen Zusammenhang standen, deutlich auseinander. Damit erhält die Vorstellung, dass die Wareseite und die Geldseite der Quantitätsgleichung immer gleich groß seien, einen ersten Dämpfer.

Richtig problematisch wird die Anwendung dieser Gleichung bei der Übertragung auf volkswirtschaftliche Gesamtzusammenhänge. Die Verwendung des BIP für die Wareseite der Quantitätsgleichung repräsentiert nicht das vollständige Volumen an Gütern, welche der Geldmenge gegenüberzustellen wären, schließlich sind

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft

Vorprodukte im BIP genauso wenig enthalten wie die Vermögenswerte, welche verkauft wurden. Trotzdem wird dem BIP die gesamte Geldmenge einer Volkswirtschaft gegenübergestellt statt nur der Anteil, welcher für den Kauf der im BIP abgebildeten Waren und Dienstleistungen verwendet wurde. Aufgrund der Verwendung abstrakter Zahlenaggregate ist die Aussagekraft von Berechnungen auf Basis der Quantitätsgleichung entweder vollkommen irrelevant, oder die Ergebnisse liefern uns im ungünstigsten Fall falsche Informationen, welche entweder mögliche Probleme nicht erkennen lassen oder Probleme projizieren, welche nicht existieren.

Als Wert für die Größe M bietet sich das Geldmengenaggregat $M1$ an, da hierin nur das Bargeld und das täglich verfügbare Buchgeld berücksichtigt sind. Die Verwendung eines höheren Geldmengenaggregates für die Gleichung ist nicht sinnvoll, da ein solches Aggregat auch Geld beinhalten würde, welches entweder bis zu zwei Jahre angelegt wurde oder eine Kündigungsfrist von bis zu drei Monaten aufweist und somit nicht direkt für Transaktionen verfügbar ist. Für Dezember 2020 lag der deutsche Anteil von $M1$ bei 2.633 Mrd. €. Hierzu muss der Bargeldumlauf von 312 Mrd. € noch hinzugenommen werden, da dieser in den Bundesbankzahlen von $M1$ seit Januar 2002 nicht mehr enthalten ist. Demnach lag unser M in der Gleichung Ende 2020 bei 2.945 Mrd. €.

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft

Auf der Wareseite wird nun oftmals vereinfacht das BIP eingesetzt. Wird statt dem nominalen BIP (also dem BIP zu aktuellen Preisen, ohne Herausrechnung der Inflation) bereits das reale BIP verwendet, entspricht dieses bereits dem Ergebnis von $Y \cdot P$. Das Problem dabei ist, dass im BIP einige Transaktionen nicht enthalten sind. Alle Übertragungen von Vermögenswerten in Form von Wertpapieren sowie Grundstücken und Immobilien werden im BIP nicht erfasst. Das BIP basiert auf der Bruttowertschöpfung. Entsprechend werden alle Vorleistungen, welche Unternehmen von anderen Unternehmen eingekauft haben, vom Produktionswert wieder abgezogen, um so die Bruttowertschöpfung zu ermitteln. Während also das nominale BIP im Jahr 2020 für Deutschland bei 3.368 Mrd. € lag, lag der Produktionswert bei 6.138 Mrd. €. Die Unternehmen müssen die von ihnen eingekauften Vorleistungen jedoch ebenso mit Geld bezahlen. Die Verwendung des BIP anstelle des Produktionswertes führt fast zu einer Halbierung des Betrages, welcher auf der Güterseite verwendet wird.

Ebenso problematisch ist die Ermittlung des Preisniveaus, mit welchem die Umrechnung des nominalen BIP in ein reales BIP vorgenommen wird. Hier vermischen wir leider verschiedene Bedeutungen von Inflation bzw. Deflation. Während in der Referenz zur Quantitätsgleichung beide Begriffe einmal so verstanden wurden, dass mit Inflation und Deflation nur der Anteil

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft

an der Veränderung des Preisniveaus gemeint ist, welche auf eine Veränderung der Geldmenge zurückzuführen ist, wird damit heute die allgemeine Preisveränderung bezeichnet. Dabei können die Ursachen für Preisveränderungen sehr vielfältig sein, wie z. B. Veränderung in der Nachfrage durch die Verbraucher, Veränderung der Produktionstechniken, Änderung in der Versorgungslage mit Rohstoffen, Lohnänderungen und einiges mehr. Entsprechend ist die offizielle Bezeichnung für das Instrument, mit welchem die Inflation ermittelt wird, der Verbraucherpreisindex (VPI). Dieser wird empirisch anhand eines Warenkorb ermittelt, welcher wiederum auf den Konsumgewohnheiten der privaten Haushalte basiert. Aufgrund der unglücklichen Überschneidung der Verwendung des Begriffes von Inflation für den VPI und der ursprünglichen Verwendung des Begriffes Inflation für die Entwertung der Kaufkraft aufgrund der Geldmengenausweitung nehmen wir irrtümlich an, dass anhand des VPI eine Aussage darüber getroffen werden könnte, in welchem Umfang die Kaufkraft einer Geldeinheit gesunken ist.

Allerdings wird der Anstieg der Preise von Vermögenswerten im VPI gar nicht bzw. nur indirekt abgebildet. Während Wertpapiere gar keinen Einfluss auf den VPI haben, schlägt sich der Anstieg von Immobilienpreisen nur indirekt über einen Anteil von 20 % für die Nettokaltmiete im VPI nieder. Damit liefert

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft

der VPI ein absolut verzerrtes Bild von der Geldentwertung, da diejenigen Indikatoren, welche sehr viel schneller auf eine Geldveränderung reagieren, im VPI keinen oder nur einen geringen und verzögerten Einfluss haben. Dies liegt unter anderem daran, dass die Güter des Warenkorb des VPI vor allem Käufermärkte sind. In einem solchen Markt besteht eine so große Konkurrenz zwischen den Anbietern, dass es diesen schwerfällt, Preiserhöhungen für ihre Produkte durchzusetzen. Im Gegensatz dazu stehen die Anbietermärkte. In diesen Märkten ist das Verhältnis von Angebot und Nachfrage deutlich zu Ungunsten der Käufer verschoben, sodass diese zu fast jedem Preis zu kaufen bereit sind. In diese Kategorie dürften alle Investitionsgütermärkte fallen. Somit unterliegen Wertpapiere, Immobilien und ebenso Kunstwerke einer anderen Preisdynamik als die Güter, welche wir für unseren täglichen Bedarf konsumieren. Daher sollte der Anstieg der Preise bei Immobilien für uns ein deutliches Warnsignal dafür sein, in welchem Umfang der VPI der bereits erfolgten Geldentwertung nachläuft.

Wie schnell sich die Preisgestaltung ändert, wenn ein Markt von einem Anbietermarkt zu einem Käufermarkt wird und umgekehrt, konnten wir an einigen extremen Beispielen in den letzten Jahren beobachten. Sowohl der Zusammenbruch der Immobilienblase in den USA ab 2007 im Rahmen der Subprime-Krise als auch in Spanien und anderen europäischen Ländern im Jahr 2008 haben

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft

gezeigt, welche Folgen es hat, wenn ein Investmentmarkt vom Anbietermarkt zum Käufermarkt wird und die Preise in kurzer Zeit fallen, weil Investoren ihre Gelder in lohnendere Anlagen umschichten. Im Jahr 2020 konnten wir erleben, was es bedeutet, wenn ein Konsumentenmarkt für scheinbar profane Güter wie Toilettenpapier vom Käufermarkt zum Anbietermarkt wird. Ein Markt, der ständig zwischen beiden Extremen schwankt, weil hier sowohl Finanzanleger investieren als auch ein großer Bedarf von Wirtschaft und Konsumenten besteht, ist der Energiemarkt. Daran zeigt sich, wie instabil Preise auf Märkten sein können und in welchem Umfang Preise vor allem von Unsicherheiten getrieben werden, sowohl nach oben als auch nach unten. Dabei wird ein Teil der Geldentwertung in den Preisen nicht sichtbar, weil Produktivitätsfortschritte, welche bei einer stabilen Geldmenge zu einer Preissenkung geführt hätten, nur eine Preisstagnation zur Folge haben. Stattdessen werden Kostenvorteile durch eine verbesserte Produktivität verwendet, um z. B. einen inflationsbedingten Anstieg der Lohnkosten auszugleichen.

Als letzter Schritt werden dann die Größen der Geldmenge und das nominale BIP in Kombination mit dem VPI in die Quantitätsgleichung eingesetzt. Im Ergebnis bekommen wir dann zu hören, dass die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes sich weiter verringert habe, was etwas merkwürdig anmutet, weil im Rahmen

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft

der Planung der Geldmengenausweitung extra ein Aufschlag zur Kompensation der Verringerung des Geldumlaufs eingeplant wird. Wenn dann mit ebenjener erhöhten Geldmenge über die Quantitätsgleichung statistisch eine vermeintliche Verringerung des Geldumlaufs festgestellt wird, ist dies vielleicht nur ein Artefakt. Also ein fehlerhaftes Datum, welches ein Abbild desjenigen Faktors ist, welcher dazu dienen sollte, eine vermeintlich verminderte Umlaufgeschwindigkeit zu kompensieren, weil die Umlaufgeschwindigkeit errechnet und nicht empirisch ermittelt wird. Bei der Verwendung des nominalen BIP in Höhe von 3.368 Mrd. € auf der Güterseite und einer Geldmenge von 2.945 Mrd. € ergibt sich mit der Quantitätsgleichung ein Wert von 1,14 für die Umlaufgeschwindigkeit. Weil die Umlaufgeschwindigkeit als abhängige Größe behandelt wird, kommen wir zur Aussage, dass jeder Euro kaum mehr als einmal pro Jahr verwendet würde. Selbst bei Verwendung des Produktionswerts von 6.138 Mrd. € für die Güterseite kommen wir nur auf eine Umlaufgeschwindigkeit von 2,08.

Ich gehe davon aus, dass dieser berechnete Umlauffaktor keine sinnvollen Aussagen zur Volkswirtschaft zulässt. Aus meiner Sicht kann ein solcher Durchschnittswert mit unserer wirtschaftlichen Realität nicht in Einklang gebracht werden. Die Umlaufgeschwindigkeit ist für die meisten von uns keine

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft

Größe, welche wir beliebig variieren können. Es verhält sich ähnlich wie bei der Vermögensverteilung: Während in Deutschland jeder von uns im Jahr 2017 im Durchschnitt laut Statistik 105.655 € Nettovermögen sein Eigen nennen sollte, verschleiert ein solcher Wert die realen Gegebenheiten. Aus dem Durchschnitt kann nicht abgelesen werden, dass der Median im Jahr 2017 bei 21.500 € lag und ca. 7 % von uns mehr Schulden als Vermögen sowie ca. 22 % ein Nettovermögen von null Euro hatten. Entsprechend sagen hohe wirtschaftliche Aggregate wenig über unsere wirtschaftliche Realität aus. Für die 29 % von uns, welche kein positives Nettovermögen haben, liegt die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes bei mindestens 24, da wir jedes Einkommen noch im gleichen Monat wieder ausgeben. Es ist egal, ob dieses Einkommen aus Arbeit, sozialen Transfers oder einer Rente stammt. Jeder Euro daraus wird also in einem Monat mindestens zwei Mal bewegt. Würden wir die staatlichen Institutionen wie die Rentenversicherung als weiteren Umlaufschritt ansehen, sind die Gelder bei Rentenzahlungen jeden Monat an mindestens drei Transaktionen beteiligt. Beginnend beim Arbeitgeber, welcher die Beiträge zur Rentenversicherung abführt, über die Auszahlung an den Rentenempfänger bis hin zu dessen Verwendung für Miete und Lebenshaltung.

Es ist somit zu bezweifeln, dass eine berechnete Umlaufgeschwindigkeit eine Entsprechung in der Realität findet. Stattdessen ist dieser Wert nur als

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft

Platzhalter anzusehen, welcher allein dem Zweck dient die Quantitätsgleichung in ein fiktionales Gleichgewicht zu bringen, damit die praktizierte Geldmengenausweitung mit der Quantitätstheorie begründet werden kann. Dass mit der errechneten Umlaufgeschwindigkeit etwas nicht stimmt, lässt sich auch an den Daten der Bundesbank zum Zahlungsverkehr ablesen. Allein die Überweisungen und Lastschriften im Jahr 2020 hatten ein Volumen von 60.075 Mrd. €. Auch wenn nicht alle dieser Transaktionen eine Entsprechung auf der Güterseite der Quantitätsgleichung gehabt haben mögen, so zeigt diese Zahl, dass die Geldmenge M1 im Jahr 2020 mehr als 20-mal bewegt wurde. Indem die Umlaufgeschwindigkeit aus den anderen Faktoren errechnet wird, kann die Quantitätsgleichung unhinterfragt beibehalten werden und damit auch das mit ihr betriebene Theoriegebäude, welches als Legitimation verwendet wird, die Geldmenge aktiv zu manipulieren. Würde hingegen ein empirisch ermittelter Wert für die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes angesetzt, müssten die anderen Faktoren der Quantitätsgleichung einer kritischen Prüfung unterzogen werden, vorausgesetzt, es soll die Vorstellung aufrechterhalten werden, dass die Quantitätsgleichung wirklich auf die Realität anwendbar sei. Schließlich stellt die Geldseite eine Fiktion dar, weil unser Geld – aufgrund des fehlenden materiellen Bezugs

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft

– in nahezu beliebigem Umfang aus dem Nichts geschaffen werden kann. Im Gegensatz dazu steht die Güterseite, welche mit unserer Lebensrealität verbunden ist, weil wir für die Produktion der Güter weiterhin unsere Arbeitskraft sowie Rohstoffe benötigen.

Sollte die Quantitätsgleichung weiterhin angewendet werden, dann mit einem Umlauffaktor, welcher mindestens um den Faktor 10 höher ausfällt als der berechnete Umlauffaktor. Als Konsequenz müsste dann anerkannt werden, dass die Inflationsrate auf Basis des VPI viel zu niedrig ausfällt bzw. die Geldmenge im Verhältnis zu den realen Gütern viel zu hoch liegt. Durch die Ermittlung des VPI anhand eines Warenkorbes ist der VPI zunächst von der Geldentwertung entkoppelt. Nur wenn diejenige Geldentwertung in den Preisen realisiert würde, welche zuvor nicht durch den VPI abgebildet wurde, wäre der VPI nachträglich in der Lage, diese zu erfassen. Soweit allerdings z. B. Gewerkschaften bei ihren Lohnverhandlungen oder Lieferanten bei ihren Preisverhandlungen nur einen Inflationsausgleich in Höhe des VPI fordern, kann die Geldentwertung in den Preisen nicht antizipiert werden. So sorgt die irreführende Verwendung des VPI als Inflationskennzahl dafür, dass die Geldentwertung zur Übervorteilung der Erwerbstätigen genutzt werden kann. Auch hier wird wieder Gewalt ausgeübt, selbst wenn wir als Erwerbstätige gar nicht in Gänze erfahren, in welchem

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft

Umfang die Ausweitung der Geldmenge dazu beiträgt, die ungleiche Vermögensverteilung zu verstetigen. Schließlich sehen wir nur die steigenden Preise und erkennen selten, welchen Anteil die leistungslosen Transfers von Erwerbstätigen zu Eigentümern ausmachen. Am direktesten erleben wir diesen Transfer, wenn wir zur Miete wohnen. Die Nettokaltmiete entspricht der Verzinsung der Investition abzüglich des Anteils, welchen der Eigentümer bereit ist, in die Erhaltung des Gebäudes zu investieren.

Im Zeitraum von 2000 bis 2020 ist unser nominales BIP von 2.109 Mrd. € auf 3.368 Mrd. € gestiegen, was einem Anstieg von knapp 60 % entspricht. Der VPI hat sich im gleichen Zeitraum von 79,9 auf 105,8 um 32 % erhöht. Somit bliebe nach dieser Rechnung ein realer Anstieg des BIP von 28 %. Dieser Anstieg könnte als Zunahme der Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft betrachtet werden – wäre da nicht das Problem der Diskrepanz zwischen dem VPI, dem Anstieg der Geldmenge und der unbekanntem Größe einer realen Geldentwertung. Wenn ich mir die Veränderung des Geldmengenaggregats für M1 von 2000 in Höhe von 575 Mrd. € – in welchem das Bargeld noch enthalten war – und dem Betrag für M1 in Höhe von 2.945 Mrd. € – als Summe aus M1 ohne Bargeld mit 2.632 Mrd. € und dem deutschen Anteil am Euro-Bargeld mit 312 Mrd. € – ansehe, gab es einen Anstieg von 412 %. Selbst wenn ich die Geldmengenaggregate M2 oder M3 verwende,

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft
inklusive des Bargeldumlaufes, komme ich auf Steigerungsraten von 186 % für M2 bzw. 173 % für M3. Im Gegensatz zum VPI würde sich statt eines realen Anstiegs des BIP bei jedem Geldmengenaggregat eine drastische Schrumpfung ergeben. Letztlich können wir mit diesen Zahlen keine genaue Geldentwertung bestimmen, weil sich die Entwertung auf jedem Markt unterschiedlich äußert. Während Anbietermärkte sensibler auf Geldmengenveränderungen reagieren, sind Produzenten auf Käufermärkten kaum dazu in der Lage, die Geldmengenveränderung zu antizipieren, selbst wenn sie diese bei ihrer Preiskalkulation berücksichtigen würden.

Es sollte deutlich geworden sein, dass die Begründungen zur Geldmengensteuerung auf Grundlage der Quantitätsgleichung auf tönernen Füßen stehen, da die gewählten volkswirtschaftlichen Größen nicht zueinander passen, die berechnete Umlaufgeschwindigkeit keinen Realitätsbezug aufweist und der VPI die Geldentwertung durch die Ausweitung der Geldmenge nicht abbildet. Wir sollten daher diese intransparente Praxis der Geldmengenmanipulation nicht länger dulden.

1.3.3.6 Geldfunktionen: Wertmessenheit, Wertspeicher und Zahlungsfunktion

Zum Abschluss erscheint es sinnvoll, uns mit den Geldfunktionen selbst zu befassen, um unser Wissen über die Probleme unseres Geldsystems zu

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft

vervollständigen. Unserem Geld werden drei Funktionen zugeschrieben: Wertmessenheit, Wertspeicher, Zahlungsfunktion. Die Zahlungsfunktion können wir schnell mit unserer Erfahrung in Einklang bringen und bestätigen, dass wir Geld auf diese Weise verwenden. In den meisten Fällen sind wir in der Lage, eine gewünschte Ware gegen Geld erwerben zu können.

Bei der Verwendung als Wertmessenheit gibt es unterschiedliche Auffassungen, was damit alles gemeint sein kann. Diejenige, welche wir selbst permanent erleben, ist die Auszeichnung von Warenpreisen in Geldwerten. Wenn wir bei unserem Bäcker stehen und auf einem Schild lesen, dass zwei Milchbrötchen einen Euro kosten, verstehen wir die Bedeutung sofort, eben weil wir den Umgang mit Geld erlernt haben. Mit dem Preis sind wiederum weitere wirtschaftliche Aspekte verbunden, welche uns ermöglichen sollen, zu kalkulieren, ob sich eine von uns geplante unternehmerische Tätigkeit finanziell rechnet. Mal angenommen, wir wollten unserem Bäcker Konkurrenz machen, dann dienen uns die aktuellen Marktpreise dazu, zu kalkulieren, ob sich eine solche Unternehmung für uns rechnen könnte. Und wenn wir die Anlagen, die Löhne unserer Mitarbeiter und die Rohstoffe für die erste Produktion über einen Kredit finanzieren müssen, wird von den Kreditgebern eine solche Kalkulation in Form eines Businessplans gefordert. In der Regel fangen wir klein an und müssen als Preisnehmer die verlangten

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft

Marktpreise zahlen. Nur wenn wir als Unternehmen eine marktdominierende Größe erreichen, können wir unseren Lieferanten Preise aufzwingen und unsere Produktpreise und damit unsere Gewinnspanne frei festlegen. Einzelne Unternehmen haben zumindest vorübergehend immer wieder die Möglichkeit, für einzelne Produkte ihren Preis frei zu bestimmen. Viele Unternehmer bleiben so klein, dass sie Preisnehmer bleiben und den Marktpreis für ein Produkt kaum beeinflussen können, selbst wenn sie eine große Bedeutung für unsere Versorgung haben, wie z. B. Landwirte. Durch ihre Fähigkeit, die Preise zu bestimmen, sind große Unternehmen in der Lage, kleinere Unternehmen unter Druck zu setzen und ggf. bis an die Grenze zur Insolvenz auszupressen. Hier kommt dann nicht das Geld als Wertmeseinheit zum Tragen, sondern es zeigt sich der Wert des Geldes als Machtfaktor. Unser Geld ermöglicht es einigen Marktteilnehmern, anderen Preise zu diktieren und so zu einer Verzerrung von Marktpreisen beizutragen. Somit entsprechen Preise, die eine Ware oder Dienstleistung kennzeichnen, mitunter nicht dem Wert, welchen sie erhalten würden, würde Geld als neutraler Maßstab fungieren.

Die Ungleichheit zwischen den einzelnen Marktteilnehmern kann verstetigt werden. Wenn ein Unternehmen genügend Geld zur Verfügung hat, kann es Produkte zeitweise mit Verlust verkaufen, um

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft

Konkurrenten zu schwächen oder ganz auszuschalten. Im Erfolgsfall kann ein Unternehmen sich im Nachgang eventuelle Verluste von uns Konsumenten bezahlen lassen. So sind selbst zeitweise Verluste ggf. eine sinnvolle Strategie zur Profitmaximierung. Die Preise bemessen also nicht den Wert einer Sache, sondern sind immer auch eine Momentaufnahme verschiedenster Markteinflüsse. Der Informationsgehalt eines Preises ist daher äußerst gering, da wir in der Regel nicht wissen, zu welchen Anteilen welche Kosten oder Kapitalrenditen in einen Preis eingeflossen sind. Der Überlegung, dass Märkte Preise hervorbrächten, welche rationale Produktionsentscheidungen ermöglichen, ist daher zu widersprechen.

Die letzte Geldfunktion ist diejenige als Wertspeicher. Wir könnten die Wertspeicherfunktion tautologisch verstehen und die Aussage tätigen, dass ein 10-Euro-Schein einfach 10 Euro wert ist, weil auf ihm die Zahl 10 sowie das Wort „Euro“ stehen. Allerdings sparen wir Geld nicht, weil 10 € gleich 10 € sind, sondern weil wir Rücklagen bilden, um für unsere Zukunft vorzusorgen und um uns gegen Risiken zu wappnen. Wir planen unsere zukünftigen Aktivitäten und wissen nicht, wie lange uns unsere Einnahmequelle erhalten bleibt oder wann wir von unerwarteten Ausgaben überrascht werden. Unsere Vorstellung, Geld könne einen Wert speichern, basiert vor allem auf seiner früheren Eigenschaft, als der Wert des Geldes in physischer Form

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft

z. B. als Gold direkt vorhanden war. Heute ergibt sich der Wert des Geldes allerdings nur noch aus seiner Kaufkraft, und diese wird durch die Ausweitung der Geldmenge vermindert. Aber auch ohne eine Veränderung der Geldmenge sind Austauschverhältnisse von Geld und Gütern permanent Veränderungen unterworfen, sei es weil Rohstoffe besser oder schlechter verfügbar sind, sich unsere Vorlieben verändern, technologische Entwicklungen es uns ermöglichen, Produktionsverfahren zu verbessern, oder Produkte obsolet werden. Da sich unsere Wirtschaft permanent verändert und wir auch kein Interesse an einer absolut statischen Wirtschaft haben, in welcher keine Veränderung zulässig wäre, kann ein Geldbetrag keinem festen Wert entsprechen.

Insgesamt sollten wir in Betracht ziehen, dass wir nicht in der Lage sind zu überblicken, welche Auswirkungen diejenigen Eigenschaften unseres Geldsystems haben, mit welchen wir nicht direkt in Berührung kommen. Dies betrifft die Geldschöpfung aus dem Nichts, weil dies unserer Erfahrung widerspricht, wie schwer es für uns ist, an Geld zu gelangen. Ebenso können wir nicht verstehen, dass Geld keinen Wert speichern kann, obwohl wir für Geld so viele Waren kaufen können, welchen wir einen Wert beimessen, weshalb wir sie erwerben wollen. Gerade unser Unverständnis dieser beiden Mechanismen hilft einer kleinen Gruppe von Menschen, sich des Geldes zu

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft bedienen, um uns dazu zu bringen, für sie Dinge von Wert zu schaffen und uns gleichzeitig zu übervorteilen.

Die erste Übervorteilung erfolgt in dem Moment, in dem wir Geld als Entlohnung für unsere erbrachte Arbeit akzeptieren, während unser Gegenüber dieses Geld ggf. aus dem Nichts bezogen hat, weil es einem Kredit entstammt. Die zweite Übervorteilung erfolgt, wenn wir versuchen, so viel Geld zu sparen, dass wir eine Investition tätigen können und uns z. B. ein Haus kaufen, um nicht mehr zur Miete wohnen zu müssen, sondern in Eigentum wohnen zu können. Als Sparer lassen wir uns auf einen Wettlauf gegen das Geldsystem und die Banken ein, welchen wir nicht gewinnen können. Nicht nur die Inflation, sondern auch die verdeckte Geldentwertung (durch Ausweitung der Geldmenge) treibt die Immobilienpreise an. Da Banken diesen Prozess selbst befeuern, ist es für einen Kleinsparer nahezu unmöglich, gegen die Bank zu gewinnen. So laufen wir permanent der Geldentwertung hinterher, weil wir nicht an der Quelle des neu geschöpften Geldes stehen, sondern für die Zinsen aufkommen, welche eine kleine Gruppe Privilegierter an Banken zu entrichten hat, wenn das zuvor geschaffene Geld wieder zur Quelle zurückkehren muss, um gelöscht zu werden. Dabei wird gerne behauptet, dass Kredite schließlich dafür sorgen, dass Werte geschaffen würden. Wir haben allerdings schon festgestellt, dass Geld nur Werte in Form von Zahlen erschaffen kann und auf diesem Weg durch die

Bereiche der Gewalt: Wahlen, Justiz, Wirtschaft

Welt eher eine Spur der Verwüstung als eine des Wohlstands hinterlässt. Die Folgen, welche unsere wirtschaftlichen Aktivitäten haben, um auf irgendeine Weise dem erschaffenen Geld eine Existenzberechtigung zu geben, sind dem Geld egal. Unser Geld ist vollkommen neutral, wenn es darum geht, ob wir Leben ermöglichen oder Leben vernichten. Geld ist amoralisch.

II. Freiheit

Bevor wir darüber sprechen, wie wir aus unserer gewalttätigen Gesellschaft herauskommen, ist es mir wichtig, einen Blick auf die Ideengeschichte von Freiheit zu werfen. Schließlich gibt es sehr verschiedene Vorstellungen darüber, was Freiheit ist und was Freiheit umfasst. Dabei gilt es zwei verschiedene Aspekte voneinander zu trennen: einmal ein theoretisches Konzept von Freiheit, welches wir gedanklich konstruieren, und zum anderen die menschliche Eigenschaft, frei zu sein. Wenn ich sage, dass wir als Menschen frei sind, dann meine ich damit, dass wir Ursprung und Ende von Ereignisketten sein können. Aus meiner Sicht sollte ein theoretisches Konzept von Freiheit immer auch die Manifestation von Freiheit – unsere Eigenschaft „frei zu sein“ – beinhalten, da ein Freiheitskonzept, welches dies nicht berücksichtigt oder gar negiert, Gefahr läuft, uns in die Unfreiheit zu führen.

II.1 Freiheit als Ergebnis der Rechtsordnung

Unsere heutige Vorstellung von Freiheit ist diffus. Unsere Vorstellung von einem freiheitlichen und selbstbestimmten Leben beinhaltet keine eindeutigen Grenzen, welche Handlungen zulässig sind und für welche Handlungen wir uns zuvor mit anderen Menschen abstimmen sollten. Welche unserer Handlungen sind mit unserer Vorstellung von Freiheit vereinbar? Halten wir die gleichen Handlungen für zulässig, egal ob wir oder andere diese ausführen? Die

Freiheit

verschiedenen Freiheitsdefinitionen, welche Menschen zu verschiedenen Zeiten formuliert haben, waren vor allem Ausdruck ihrer persönlichen Perspektive auf die Welt und eng mit dem Denken und den Herrschaftsvorstellungen ihrer Zeit verwoben. Solange es uns Menschen gibt, werden wir über unsere Rolle in der Welt nachdenken. Dabei wird sich unsere Sichtweise davon, was unsere Freiheit umfassen soll, immer wieder verändern. Einen starken Einfluss auf unsere Vorstellung haben dabei die Machtverhältnisse, in denen wir leben.

Menschen, welche unterdrückt und versklavt werden, werden kaum die gleiche Vorstellung von Freiheit haben wie ihre Unterdrücker. Damit Freiheit zum grundlegenden Wert einer Gesellschaftsordnung selbstbestimmter Menschen werden kann, muss deren Definition universell anwendbar sein. Diese universelle Anwendbarkeit ist nur gegeben, wenn Freiheit so definiert wird, dass sie in gleicher Weise auf alle Menschen zu jeder Zeit angewendet werden kann. Diese Anwendbarkeit muss konfliktfrei funktionieren. Es kann also nicht sein, dass unsere Freiheitsdefinition es erlaubt, dass ein Mensch in die Selbstbestimmung eines anderen Menschen gegen dessen Willen eingreifen darf. Wenn es mir erlaubt wäre, einen Menschen zu einer Handlung zu zwingen, müsste dies allen Menschen erlaubt sein. Eine Freiheitsdefinition jedoch, welche Zwang als zulässig erachtet, führt nicht zu einer Gesellschaft selbstbestimmter Menschen, sondern zu

Freiheit

einer Gesellschaft fremdbestimmter Menschen, die Gewalt und Unterdrückung erfahren – also in eine Gesellschaft, wie wir sie derzeit haben. Auch wenn in unserer Gesellschaft formal die Sklaverei abgeschafft ist und auch Zwangsarbeit entsprechend §232b StGB unter Strafe gestellt wurde, so zeigt unser Grundgesetz die bekannte staatliche Doppelmoral. Unsere Gesellschaft basiert eben nicht auf einer universellen Freiheitsdefinition. Während das StGB Privatpersonen unter Strafe verbietet, andere Menschen zur Zwangsarbeit zu nötigen, so ist es dem Staat entsprechend Art. 12 Abs. 3 GG explizit erlaubt: „Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.“ Wenn ich vom Staat dafür bestraft würde, dass ich Menschen zur Zwangsarbeit genötigt habe, dann darf ich in der Folge selbst der Zwangsarbeit unterworfen werden, ohne dass diejenigen, welche im staatlichen Auftrag Zwang auf mich ausüben, in gleicher Weise einer Bestrafung ausgesetzt würden.

Für unsere universelle Freiheitsdefinition ist es notwendig, dass jeder Mensch selbst in der Lage ist zu entscheiden, ob eine Handlung innerhalb der Grenzen unserer Freiheit liegt und welche Handlungen diese Grenzen überschreiten würden. In einer herrschaftsfreien Gesellschaft gibt es keine höhere Instanz als uns selbst. Äußere Instanzen wie den Staat mit seinen Gerichten oder Gesetzen bis hin zur

Freiheit

Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte kann es in einer Gesellschaft der Freien nicht geben. Wir alle haben die gleiche Entscheidungsbefugnis, um unsere Handlungen zu bewerten. Entsprechend muss unsere Freiheitsdefinition auch von jedem verstanden und angewendet werden können. Das ist in unserem Staat nicht der Fall. Die Deutungshoheit darüber, was unsere Freiheit umfasst, wurde dem Individuum entzogen und an die Vertreter des staatlichen Gewaltmonopols delegiert, welche nach Bedarf entscheiden, bis wohin unsere Freiheiten jeweils reichen dürfen.

Damit besitzt unser Staat genau die Eigenschaften, welche Thomas Hobbes in seinem Buch „Leviathan“ (1651) sich vom Staat wünschte. Der Staat sollte dem biblischen Monster Leviathan dahingehend gleichen, dass kein Mensch gegen dieses Ungetüm bestehen könne, und es bzw. er sollte in der Lage sein, jeden Menschen nach Belieben zu binden. Mit der Fiktion eines Gesellschaftsvertrages wurde unterstellt, wir würden unsere Freiheit zugunsten des Staates freiwillig und selbstbestimmt aufgeben, um dem Krieg von jedem gegen jeden zu entgehen, welcher in einer fiktionalen vorgesellschaftlichen Zeit vermeintlich bestanden hätte. Für mich liegt somit die Hauptaufgabe des Staates darin, die Freiheit der ihm unterworfenen Menschen zu beschränken und zu unterdrücken. Diese genuine Eigenschaft des Staates wurde verklärt, indem sich John Locke und Jean-Jacques Rousseau stärker auf den von

Freiheit

Hobbes propagierten Gesellschaftsvertrag fokussierten. Dass Staaten ein Garant dafür wären, den sich ihnen unterwerfenden Menschen ein friedliches Leben zu ermöglichen, muss aufgrund der verheerenden Kriege, welche Staaten bereits gegeneinander ausgetragen haben, zumindest bezweifelt werden. Wenn wir durch einen Vertrag an Regierungen gebunden sind, den selbst zukünftige Generationen nicht kündigen können, ist es keine Überraschung, dass sich Menschen finden, welche in ihrem Streben nach Macht immer wieder bereit sind, Kriege zu führen. Denn die Option, keine Regierung zu haben, steht den Bürgern nicht zur Verfügung, und ihr individueller Einfluss darauf, wer sie regiert, ist verschwindend gering.

Damit die Unkündbarkeit des fiktiven Gesellschaftsvertrags von uns akzeptiert wird und dieser Umstand mit Freiheit vereinbar ist, haben wir Freiheitsvorstellungen entwickelt, welche propagieren, unsere Freiheit bestünde nur darin, Einsicht in die vermeintlichen Notwendigkeiten des Lebens zu haben und anschließend die Forderungen zu erfüllen, welche von außen an uns gerichtet werden. Dabei wird diese Forderung vor allem von jenen erhoben, welche gegenwärtig die Macht im Staate innehaben. Ihre Intention ist, dass wir den Staat und seine Gesetze als ebenso unabänderlich hinnehmen wie Naturgesetze oder den Tod. Die Rhetorik, mit welcher wir aufgefordert werden, auf unsere Selbstbestimmung zu verzichten,

Freiheit

ähnelt den Ausführungen, mit welchen Aristoteles die Sklaverei befürwortete: Einige Menschen, so der Philosoph, seien nicht dazu geeignet, ein selbstbestimmtes Leben zu führen, weshalb ihr Leben besser gelänge, wenn es von anderen Menschen angeleitet würde. Dabei bemisst sich dieses „Besser“ durch einen subjektiven moralischen Bewertungsrahmen.

Obwohl Rousseau erkannte, dass das Eigentumsrecht den Grundstein für die Ungleichheit in unserer Gesellschaft gelegt hat und viele Konflikte und Leid bis zu den Verheerungen durch Kriege darauf zurückgeführt werden können, war er bereit, an der Eigentumsordnung festzuhalten und einen Staat zu propagieren, welchem sich alle Bürger freiwillig unterordnen sollten. Allerdings hatte er für die Bürger mehr Mitwirkung vorgesehen, als uns jemals zugestanden wurde. Ein Problem, welches in einer Gesellschaft der Unter- und Überordnung immer wieder entsteht, ist folgendes: Sobald wir vorsehen, dass es in unserer Gesellschaft Ämter geben darf, welche mit Macht verbunden sind und deren Inhaber über die Anwendung von Gewalt verfügen könnten, müssen wir davon ausgehen, dass es Menschen geben wird, welche ein Interesse daran haben, ihre Machtbefugnisse auszuweiten.

Ein Grund dafür ist das Recht auf Eigentum. „Eigentum ist Diebstahl“, führte Pierre-Joseph Proudhon in seinem Buch „Was ist das Eigentum?“ zutreffend aus.

Freiheit

Eine universelle Freiheitsdefinition kann kein Privateigentum an Dingen zulassen, welches aufgrund eines exklusiven und ausschließenden Nutzungsanspruchs andere Menschen in ihrer Existenz bedroht. Unsere heutige Rechtsordnung erlaubt es, anderen Menschen ihre Lebensgrundlagen zu nehmen und ihnen Ressourcen vorzuenthalten, welche sie für ihr Überleben benötigen. Beispiele dafür finden sich u. a. in Südamerika und Afrika: Auch wenn landwirtschaftliche Flächen brachliegen, ist es den Menschen vor Ort verboten, diese Flächen für den Anbau von Nahrungsmitteln zu nutzen, um sich zu ernähren.

Eine universelle Freiheitsdefinition, welche für uns alle Gültigkeit haben soll, kann keine Handlungen inkludieren, welche sich gegen das Leben einzelner oder gar aller Menschen richten. Neben dem Konflikt um Land gibt es ähnliche Probleme bei der Beanspruchung von Eigentumsrechten an Wasser. So gibt es Konflikte zwischen Ländern z. B. an den Flüssen Euphrat, Jordan, Nil und Tigris, weil jedes Anrainerland beansprucht, über das Wasser zu verfügen, ohne Rücksicht auf andere Menschen und das Ökosystem zu nehmen. In letzter Konsequenz ist die Veränderung des Klimasystems durch die Freisetzung von Treibhausgasen ebenso eine Folge von Eigentumsrechten. Die dadurch zunehmende Häufigkeit von Wetterextremen wie Starkregen und Dürreperioden oder der Anstieg des Meeresspiegels bedrohen die Existenz vieler Menschen.

II.2 Freiheit im Verhältnis zum Staat

Wenn wir heute vermittelt bekommen, was Freiheit sei, dann wird uns nur selten die gesamte Ideengeschichte des Gesellschaftsvertrages erläutert. Es wird uns nicht erklärt, dass die Theorie des Gesellschaftsvertrages eine Legitimationsgrundlage für unsere heutigen demokratisch verfassten Staaten darstellt. Erst durch die Umdeutung des Staates zum Garanten von Freiheit konnte die Staatsidee die Aufklärung überdauern und bis in unsere Gegenwart fortbestehen. Ob unsere Gesellschaft auch herrschaftsfrei – also anarchisch – organisiert werden könnte, wird gegenwärtig nur noch selten diskutiert. Ein Grund dafür ist, dass die meisten Menschen, welche sich mit solchen Alternativen befassten, in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ermordet wurden.

Ein weiterer Grund liegt darin, dass sich viele Menschen darum bemüht haben, die Herrschaftsfreiheit – Anarchie – im Bewusstsein der Menschen mit Anomie gleichzusetzen. Dabei beinhaltet die Abwesenheit von Herrschaft keineswegs eine Abwesenheit von Ordnung oder sozialen Normen. Aus dem Umstand, dass die Institution des Staates den Feudalismus überlebt hat, resultiert, dass wir unsere Freiheit vor allem über unser Verhältnis zum Staat definieren. So wird unsere Freiheit heute in eine positive und negative Freiheit geteilt. Bei der positiven Freiheit handelt es sich um formal gewährte Rechte, welche die totale Bindung des

Freiheit

leviathanischen Staates punktuell lockern. So werden den Menschen im Grundgesetz zwar einzelne Handlungsoptionen in Form von Freiheitsrechten zugestanden wie z. B. Redefreiheit, Freizügigkeit oder eine freie Berufsausübung. Allerdings werden diese Freiheitsrechte direkt konterkariert, indem sie Einschränkungen unterworfen werden. So wird in Art. 10 Abs. 1 GG zunächst festgelegt, dass das Briefgeheimnis unverletzlich sei. In Abs. 2 wird dann eingeschränkt, dass unverletzlich keineswegs gleichbedeutend damit sei, dass das Briefgeheimnis unantastbar wäre. Insbesondere wenn der Staat sich selbst gefährdet sieht, steht den Betroffenen ggf. nicht einmal der Rechtsweg offen.

Ebenso funktionieren die negativen Freiheitsrechte. Auch wenn im Art. 5 Abs. 1 GG eingeräumt wird, dass der Staat keine Zensur ausübe, so behält er sich in Art. 5 Abs. 2 GG vor, die Meinungsäußerung sowie die Pressefreiheit einzuschränken, um z. B. die Jugend zu schützen. So legen positive Freiheitsrechte fest, welche Handlungen uns erlaubt sind, und negative, auf welche Beschränkungen der Staat uns gegenüber verzichtet. Egal, um welche Freiheitsrechte es geht, sie alle setzen ein staatliches Gewaltmonopol voraus, um angewendet und durchgesetzt zu werden. Damit ist diese Konzeption von Freiheit mit einer gewaltfreien Gesellschaft unvereinbar.

II.3 Freiheit als Eigenschaft des Subjekts

Da meine Vorstellung von Freiheit auf unserer Eigenschaft basiert, frei zu sein, ist eine Kombination der Begriffe Freiheit und Recht für mich nicht sinnvoll. Für mich ist Recht zwingend mit Gewalt verbunden, denn ohne Zwang kann Recht nicht durchgesetzt werden. Meine Konzeption von Freiheit soll allerdings niemanden dazu berechtigen, Gewalt auszuüben, vor allem nicht im Namen der Freiheit.

Um uns unserer universalistischen Freiheitsdefinition anzunähern, müssen wir den von Immanuel Kant formulierten kategorischen Imperativ näher betrachten. Die Vorstellung, dass eine staatlich gesetzte Rechtsordnung mit dem kategorischen Imperativ vereinbar sei, stellt aus meiner Sicht ein Missverständnis dar. Wenn es im kategorischen Imperativ heißt, dass wir die Maxime, nach welcher wir handeln, so wählen sollen, dass sie ein allgemeines Gesetz sein könnte, bedeutet dies gerade nicht, dass wir unser Handeln an weltlichen Gesetzen ausrichten oder gar Gesetze verfassen sollten. Im Gegenteil, Kant meint, wenn wir entscheiden, ob unsere Handlung zulässig ist, muss der Grund für unsere Handlung widerspruchsfrei angewendet werden können. Das ist genau die Form von Universalisierung, welche wir für unsere Freiheitsdefinition anstreben. Kant erklärt, dass das einzige Gesetz darin besteht, unser Wollen an Maximen auszurichten, welche dem kategorischen Imperativ

Freiheit

entsprechen. Ebenso sieht er den Willen nur dann als gut an, wenn die Ausrichtung am kategorischen Imperativ selbstbestimmt erfolgt. Daher kann aus meiner Sicht der kategorische Imperativ keine Grundlage liefern, um darauf eine ganze Rechtsordnung aufzubauen.

Ausgehend von unserer Eigenschaft „frei zu sein“, geht es nun darum, ein Freiheitskonzept zu entwerfen, welches nicht auf Gewalt angewiesen ist. Wir sind keine determinierten Automaten, auch wenn uns viele Zusammenhänge zwischen unserem Stoffwechsel und unseren Verhaltensweisen noch unklar sein mögen und wir nicht immer sicher sagen können, was der letzte Grund für unsere Gedanken oder unsere Handlungen gewesen sein mag. Wichtig ist, dass wir sowohl unser Denken beeinflussen als auch unsere Handlungen wählen können. Diese Fähigkeit, Einfluss zu nehmen auf uns selbst und auf unsere Interaktion mit unserer Umwelt, heißt frei zu sein. Dabei ist es nicht sinnvoll, diese Eigenschaft anderen Dingen oder gedanklichen Konstrukten zuzuordnen, welche nicht die Fähigkeit haben, ihre Handlungen zu wählen.

Ein Stein kann nicht frei sein, weil er nicht wählen kann. Ebenso kann ein Markt nicht frei sein, weil der Markt ein abstraktes Konstrukt ist und die Eigenschaft eines Subjekts nicht auf die Gruppe der Marktteilnehmer übertragen werden kann. Jeder einzelne Mensch, welcher auf einem Markt handelt, ist frei, trotzdem kann der Markt nicht die Eigenschaft

Freiheit

erhalten, frei zu sein. Wir würden ja auch nicht behaupten, dass ein Bus, in welchem sich Menschen aufhalten und an verschiedenen Haltestellen ein- und aussteigen, als ein freier Bus zu bezeichnen wäre, nur weil die Menschen in ihm frei handeln. Die Eigenschaft „frei“ bleibt grundsätzlich immer eine Eigenschaft eines Individuums.

Eine Gruppe von Synchronschwimmern mag durch viel Training so erscheinen, als wäre sie eine Wesenheit, trotzdem bleibt jedes Individuum für sich selbst frei, und es ist nicht möglich, diese Eigenschaft auf die Gruppe zu übertragen. Ebenso sehe ich die Zuschreibung von frei für unseren Willen als unpassend an. Unser Wollen ist ein Werkzeug unseres Geistes, mit welchem wir unsere Energie bündeln, um ins Handeln zu kommen. Unser Wille ist ein Aspekt unseres Seins. Würden wir annehmen, unser Wille sei frei, wäre es so, als würde ein Zimmermann seinen Hammer, mit welchem er einen Nagel ins Holz treibt, als frei ansehen. Unser Wille ist unser Hammer, mit welchem wir unsere Handlungen in die Wirklichkeit treiben. Unsere Freiheitsdefinition dient dazu, dass wir entscheiden können, was wir wann tun oder wie wir auf die Handlungen anderer Menschen reagieren wollen.

Unsere Freiheitsdefinition soll sich neben dem Denken auch auf Handlungen beziehen. Dabei soll sie flexibel anwendbar sein und uns genügend Orientierung geben, um jeden von uns in die Lage zu versetzen, selbst

Freiheit

entscheiden zu können, ob eine Handlung mit unserer Freiheitsdefinition im Einklang steht. Hierfür ist es nötig, auch den Begriff Verantwortung konkreter zu definieren, nämlich so, dass Verantwortung ohne Gewalt funktioniert. Ein Verständnis von Verantwortung, das nach dem Prinzip funktioniert, dass jemand zur Verantwortung gezogen wird, basiert auf einer Instanz, welche über Gewalt verfügt, um jemanden zu zwingen, eine Handlung vorzunehmen bzw. diese zu unterlassen.

Für eine gewaltfreie Welt brauchen wir eine andere Form von Verantwortung, welche in der Formulierung „verantwortlich handeln“ zum Ausdruck kommt. Anstatt dass uns Verantwortung von außen zugeschrieben wird, geht es darum, dass wir von selbst, aus intrinsischen Motiven bereit sind, unsere Handlungen zu verantworten. Hierbei bedarf es auch eines Umdenkens darüber, was eine Übernahme von Verantwortung bedeuten soll. Wenn ein Politiker oder ein Manager eines Unternehmens Entscheidungen getroffen hat, welche für viele Menschen nachteilige Folgen haben, weil etwa Steuermittel verschwendet wurden oder Angestellte ihre Arbeit verlieren, dann besteht ein verantwortliches Handeln gerade nicht darin, dass Entscheider ihr Amt niederlegen oder sogar mit einem goldenen Handschlag aus einem Unternehmen hinauskomplementiert werden. Nichts davon ändert etwas an den Folgen, welche die Betroffenen allein zu tragen haben.

Freiheit

Meine Definition für ein verantwortliches Handeln bedeutet, dass die unerwünschten Folgen für die Betroffenen rückgängig gemacht werden, und zwar so vollständig, als wären diese Folgen niemals aufgetreten. Nur das Wissen darum, dass ein Mensch eine Handlung mit unerwünschten Folgen ausgeführt und diese Folgen rückgängig gemacht hat, soll erhalten bleiben. So wird dieses Wissen zur Erfahrung, wie verantwortliches Handeln aussieht. Mit der Definition von verantwortlichem Handeln ergibt sich auch eine erste Grenze im Hinblick darauf, welche Handlungen in unsere Freiheitsdefinition inkludiert werden können. Sofern ich in der Lage bin – weil ich dazu fähig bin oder die entsprechenden Ressourcen besitze –, alle Folgen meiner Handlung, welche eventuell von anderen Menschen als unerwünscht angesehen werden könnten, vollständig rückgängig zu machen, ist meine Handlung zulässig. Kann ich die möglichen Folgen nicht vollständig rückgängig machen und Schäden nur kompensieren oder noch nicht einmal das, dann muss ich vorher mit allen, die von meiner Handlung betroffen sein können, kommunizieren und ihr Einverständnis einholen.

Jeder potentiell Betroffene muss gefragt werden und seine Zustimmung geben, bevor eine Handlung mit unumkehrbaren Folgen ausgeführt werden darf. Wir verpflichten uns zum Konsens, bevor wir eine, als unverantwortlich zu bewertende Handlung ausführen. Diese Verpflichtung resultiert aus unserer freiwilligen

Freiheit

Zustimmung zu dieser universellen Definition von Freiheit. Es gibt keine Instanz, welche befugt wäre, sich über diese Form der Mitbestimmung hinwegzusetzen und Menschen etwas gegen ihren Wunsch zuzumuten. Sobald wir uns ansehen, in welchem Umfang wir in der Lage sind, die Folgen unserer Handlungen rückgängig zu machen, können wir unseren autonomen Handlungsspielraum abschätzen. Dabei werden wir sehr schnell feststellen, dass dieser Handlungsrahmen zum Teil sehr klein ausfallen kann.

Der Bruch eines Fensters durch einen Ball beim Spielen mag noch gut rückgängig gemacht werden können, indem die Glasscheibe durch eine neue ersetzt wird. So werden wir in der Regel materielle Schäden in vielen Fällen problemlos reparieren können. Allerdings mag eine bestimmte Vase für uns eine besondere Bedeutung haben, weil sie ein Familienerbstück ist oder von einem geliebten Menschen stammt, so dass ein Ersatz der beschädigten Vase selbst durch eine äußerlich gleiche Vase unseren empfundenen Verlust nicht ausgleicht. So ist es auch mit Lebewesen. Eine Pflanze im Büro, zu welcher niemand eine persönliche Bindung aufgebaut hat, mag sich einfach durch eine andere Pflanze ersetzen lassen, welche nicht einmal ähnlich sein muss. Allerdings nur, wenn wir andere Lebewesen instrumentalisieren. Wo wir die Grenze für unseren autonomen Handlungsraum ziehen, hängt in einem starken Maße davon ab, in welchem Umfang wir bereit

Freiheit

sind, den Speziesismus zu überwinden und entsprechend dem Sentientismus jedem Lebewesen Bedeutung zugestehen. Jedes Mal, wenn wir einem Lebewesen schaden oder es gar für unsere Zwecke töten, begehen wir ihm gegenüber Handlungen, welche wir, im zuvor beschriebenen Sinne, nicht verantworten können.

Ich möchte mich allerdings darauf konzentrieren, die Grenzen des verantwortbaren Handlungsraums aufzuzeigen, welche sich bereits in unserem Umgang miteinander finden lassen. So ist jede Arbeit, bei welcher Menschen einem Risiko ausgesetzt werden, gesundheitliche Schäden zu erleiden, welche durch eine spätere Behandlung nicht rückgängig gemacht werden können, als nicht verantwortbare Handlung einzuordnen. Eine Verkürzung unserer Lebenszeit kann durch nichts kompensiert werden. Dabei geht es auch um eine Veränderung unserer Verhaltensweisen. Heute handeln wir einfach, auch wenn wir unsere Handlungen nicht verantworten können und uns nicht mit anderen abstimmen. Indem wir bei der Bewertung unserer Handlungen korrekt differenzieren, ob wir eine Handlung verantworten können, und uns einigen, bevor wir unverantwortlich handeln, gewöhnen wir uns daran, unsere Handlungsfolgen besser im Blick zu behalten.

Während wir kollektiv entscheiden können, auch unverantwortbare Handlungen auszuführen, gibt es darüber hinaus auch Handlungen, welche selbst mit der

Freiheit

Zustimmung aller Menschen unzulässig bleiben. In diese Kategorie fallen Handlungen wie die gegenwärtige Nutzung der Kernspaltung ebenso wie die Produktion und der Einsatz von Atomwaffen. Jede dieser Handlungen hat so gravierende und langfristige Folgen, dass diese nicht einmal einer zuverlässigen Folgenabschätzung zugänglich sind. Uns Menschen, deren Zustimmung für diese Handlungen eingeholt werden müsste, kann nicht einmal mitgeteilt werden, auf welche unerwünschten Folgen wir uns einstellen müssten. Ebenso kann die Zustimmung der zukünftigen Generationen nicht eingeholt werden, welche ebenso von den negativen Folgen betroffen wären. Die Kernspaltung ist nicht die einzige Technologie, deren Nutzung sich nachteilig auf folgende Generationen auswirkt. Die Emission von Treibhausgasen in einem Umfang, dass sich das Klima der Erde verändert, ebenso wie die Zerstörung unserer Umwelt und die Übernutzung von Ressourcen, wie z. B. Wasser, gehören in diesen Kontext der unzulässigen Handlungen, weil die unerwünschten Folgen von niemandem weder kompensiert noch rückgängig gemacht werden können.

Zusammenfassend besagt unsere universelle Freiheitsdefinition also, dass wir alles tun dürfen, was wir verantworten können. Mit verantworten ist gemeint, dass wir in der Lage sind, alle unerwünschten Folgen unserer Handlungen rückgängig zu machen. Die Einschätzung, welche Folgen unerwünscht sind, liegt bei

Freiheit

demjenigen, der von Folgen unserer Handlung betroffen ist, und nicht bei uns. Ist für uns absehbar, dass wir unsere Handlung nicht verantworten können, benötigen wir die Zustimmung aller eventuell Betroffenen. Oder wir ersuchen andere Menschen um ihre Unterstützung, sofern es uns dadurch ermöglicht wird, unsere Handlung zu verantworten. Für diese universelle Freiheitsdefinition möchte ich den Begriff der „reziproken Freiheit“ einführen. Diese Bezeichnung soll verdeutlichen, dass unsere Freiheitsdefinition beinhaltet, sich aufeinander zu beziehen und sich gegenseitig die gleichen Handlungsoptionen zugestehen.

Wenn wir das Konzept der reziproken Freiheit zur Grundlage unserer Gesellschaft selbstbestimmter Menschen machen, bedeutet dies, dass wir jeden Menschen als frei und gleichwertig ansehen. Alle Menschen, welche miteinander nach dem Konzept der reziproken Freiheit leben wollen, stimmen darin überein, dass jeder Mensch selbstbestimmt leben können soll, so wie wir von jedem Menschen erwarten, dass er uns selbstbestimmt leben lässt. Auf der Basis des Konzepts der reziproken Freiheit können wir uns nun meinem Vorschlag zur Organisation unserer gewaltfreien Gesellschaft widmen.

III. Ordnung ohne Herrschaft

Unsere Gesellschaft kann ohne Herrschaft organisiert werden. Eine solche Organisation ist viel leichter möglich, wenn wir – entsprechend unserer universellen Freiheitsdefinition – darauf verzichten, anderen Menschen Entscheidungen aufzuzwingen. So können wir uns bei Entscheidungen darauf konzentrieren, diejenigen einzubeziehen, welche von Folgen betroffen sein könnten oder sich inhaltlich an der Lösungsfindung beteiligen möchten. Unsere Handlungen sind in der Regel sehr lokal verortet, und entsprechend klein ist die Anzahl möglicher Betroffener. Dieser lokale Bezug ist auch an den Daten der Berufspendler ersichtlich: 79 % hatten im Jahr 2020 einen Arbeitsweg von weniger als 25 Kilometern. Indem wir auf eine Regierung verzichten und aufhören, ein Parlament zu wählen, welches Gesetze erlässt, welchen alle Menschen eines Landes unterworfen werden sollen, gibt es keinen Grund, dass alle Menschen zu einer gemeinsamen Entscheidung genötigt werden müssen. Mit dem Verzicht auf jegliche Herrschaft – auch in Form einer Basisdemokratie – verschwindet die Notwendigkeit, dass alle Menschen an jeder Entscheidung beteiligt werden müssten. In unserer herrschaftsfreien Gesellschaft ist es nicht zulässig, eine Entscheidung zu treffen, welche jemandem ohne seine Zustimmung Lasten auferlegt.

III.1 Konsensprinzip

In unserer Gesellschaft selbstbestimmter Menschen würden Entscheidungen nach dem Konsensprinzip getroffen werden. Das bedeutet, dass eine Handlung nur dann erfolgt, wenn niemand von uns Nein sagt und damit in Form eines Vetos der aktuellen Vereinbarung widerspricht. Ein Konsens ist eine Vereinbarung, bei welcher wir entweder zustimmen oder uns enthalten. Dabei kann unsere Enthaltung verschiedene Gründe haben. Entweder haben wir keine eindeutige Meinung zu einem Sachverhalt, und wir erwarten, dass die Entscheidung keine unerwünschten Folgen für uns haben wird. Oder wir sind mit der voraussichtlichen Entscheidung zwar nicht einverstanden, es genügt uns allerdings, unsere Bedenken vorgebracht zu haben, und wir wollen die Entscheidungsfähigkeit der Gemeinschaft nicht durch ein Veto blockieren. Im Gegensatz zu einem Kompromiss, bei welchem die Verhandlungsmacht der Beteiligten darüber entscheidet, welche Seite ggf. Nachteile durch eine Vereinbarung hinzunehmen hat, kann bei einem Konsens niemand übervorteilt werden, da jeder die Möglichkeit hat, ein Veto einzulegen.

In unserer zukünftigen Gesellschaft können grundsätzlich keine Vereinbarungen mehr getroffen werden, welche zulasten Dritter gehen, so wie es in der Politik heute Standard ist. Der Vorteil von Konsensentscheidungen liegt darin, dass sich jeder im Entscheidungsprozess äußern konnte und niemand

Ordnung ohne Herrschaft

gegen seinen Willen benachteiligt werden kann, da er die Entscheidung mit einem Veto hätte stoppen können. Da in unserer gewaltfreien Gesellschaft niemandem eine Entscheidung aufgezwungen werden kann, kann auch niemand dazu gezwungen werden, die Lasten für Vorhaben anderer Menschen zu tragen. Daher ist es auch nicht notwendig, gegen Entscheidungen anderer aktiv zu werden. Es wird einige Zeit dauern, bis wir alle genügend Erfahrungen mit Konsensentscheidungen gesammelt haben, um diesem Prinzip zu vertrauen und genügend Bereitschaft aufzubauen, damit wir uns auch bei schwierigen Themen und mit großen Gruppen auf eine Konsensfindung einlassen.

Wichtig ist, am Konsensprinzip festzuhalten und nicht in vermeintlich einfachere Verfahren wie Mehrheitsabstimmungen oder systemisches Konsensieren zurückzufallen. Systemisches Konsensieren heißt, dass zwar Widerstände zu einzelnen Vorschlägen abgefragt werden, ein Veto gegen einen Vorschlag jedoch nicht möglich ist. Dadurch werden einzelne Positionen marginalisiert, denn je größer die Anzahl der beteiligten Personen in einem solchen Prozess ist, umso wahrscheinlicher wird es, dass ein einzelner großer Widerstand gegen Option A – welcher in einem Konsensverfahren ein Veto zur Folge hätte –, durch viele kleine Widerstände gegenüber einer Option B schließlich überstimmt wird und die Annahme von Option A zulässt. So führt auch systemisches

Ordnung ohne Herrschaft

Konsensieren – bei ausreichend großen Gruppen – zur Marginalisierung von einzelnen Meinungen, wie es bei Mehrheitsabstimmungen grundsätzlich der Fall ist.

III.1.1 Freiwillige globale Kooperation

Natürlich ist das Konsensprinzip nur die Grundlage dafür, wie eine Entscheidungsfindung innerhalb einer alternativen Ordnungsstruktur unserer zukünftigen Gesellschaft ablaufen soll. Das Modell, wie diese Ordnung gestaltet werden soll, bezeichne ich als „freiwillige globale Kooperation“. Im Kern besteht das Modell aus Delegiertenräten. Deren maximale Größe variiert abhängig von der Ebene, auf welcher sie aktiv sind. Insgesamt gibt es drei Ebenen. Auf der globalen Ebene gibt es nur einen Delegiertenrat, welcher bis zu 10.000 Delegierte umfassen kann, und als Wähler sind diesem Wahlprozess alle bald 8 Mrd. Menschen zugeordnet. Daneben gibt es die regionale Ebene. Ein Rat auf dieser Ebene widmet sich lokalen oder kommunalen Themen, umfasst maximal 100 Delegierte und hat weniger als 100.000 zugeordnete Wähler. Hat ein Delegiertenrat mindestens 100.000 Wähler, kann er bis zu 1.000 Delegierte umfassen und ist damit zwischen der regionalen und der globalen Ebene eingeordnet. Delegierte auf dieser mittleren Ebene widmen sich eher überregionalen Themen, welche ggf. auch einen nationalen Bezug haben können, solange parallel noch Nationalstaaten fortbestehen. Damit ein Delegierter aktiv werden kann, benötigt er je nach Ebene des

Ordnung ohne Herrschaft

Delegiertenrates eine bestimmte Mindeststimmenanzahl. Auf der globalen Ebene benötigt ein Delegierter mindestens $1/10.000$ der verfügbaren Wählerstimmen, was bei 8 Mrd. Menschen entsprechend 800.000 Stimmen entspricht. Auf der mittleren Ebene benötigt ein Delegierter $1/1.000$ der zugeordneten Wähler und auf der untersten Ebene entsprechend $1/100$ der verfügbaren Stimmen.

Jeder von uns ist automatisch nur dem globalen Delegiertenrat als Wähler zugeordnet, den Delegiertenräten auf den anderen beiden Ebenen kann sich jeder Mensch selbst nach Bedarf zuordnen, je nachdem, welche Themen für ihn wichtig sind und wo er sich gerne einbringen möchte. Jemand kann sich z. B. dafür entscheiden, sich in die Wählerschaft für einen überregionalen Delegiertenrat in Südamerika einzutragen, weil er Einfluss auf den Umgang mit dem Regenwald nehmen möchte. Ebenso kann er sich in die Wählergruppe eines Rates eintragen, welcher lokal an seinem Wohnort aktiv ist. Grundsätzlich kann jeder Mensch sich in beliebige Wählergruppen eintragen oder bei Bedarf eine neue Gruppe starten. Bevor eine neue Gruppe einzelne Delegierte wählen kann, müssen der Gruppe mindestens 1.000 Menschen beigetreten sein. Jeder Mensch kann, unabhängig davon, ob er selbst einer Gruppe als Wähler angehört, in einer Gruppe als Delegierter antreten. Die Wahl ist permanent möglich und erfolgt vollständig öffentlich. So kann immer

Ordnung ohne Herrschaft

nachvollzogen werden, welche Wähler welche Delegierten zu welcher Zeit unterstützen oder unterstützt haben. So nachvollziehbar es ist, dass Wahlen geheim stattfinden sollen, ist es zugleich ein Widerspruch zu einer freiheitlichen Gesellschaft. Entweder wir leben in einer freiheitlichen Gesellschaft, welche pluralistisch ist und unterschiedliche Meinungen und Lebensvorstellungen akzeptiert, oder wir leben in einer totalitären Gesellschaft, in welcher abweichende Meinungen nicht toleriert werden und wir daher darauf angewiesen sind, unsere wirkliche Meinung geheim zu halten. Da unsere zukünftige Gesellschaft pluralistisch sein soll und wir auch in der Lage sein sollen, zu beurteilen, ob Menschen ihre Handlungen verantworten, ist es nicht sinnvoll, im Rahmen der Meinungsbildung ein Geheimnis daraus zu machen, welche Interessen jemand hat und welche Delegierten er deshalb wählt oder finanziell unterstützt, wie im weiteren noch erläutert wird.

Im Gegensatz zu unseren heutigen Parlamenten oder anderen politischen Gremien, in welchen Entscheidungen, Verordnungen oder Gesetze zumeist mit einfacher Mehrheit beschlossen werden, haben die Delegierten eine gänzlich andere Aufgabe. Nachdem es ein Kandidat geschafft hat, in einem Rat ein Mandat als Delegierter zu erhalten, besteht seine Aufgabe darin, Projekte zu planen und durchzuführen. Kein Delegierter erhält irgendwelche Machtbefugnisse. So soll

Ordnung ohne Herrschaft

sichergestellt werden, dass alle Delegierten eines Rates die gleichen Möglichkeiten haben, aktiv zu werden, unabhängig von der Anzahl der Menschen, welche sie gewählt haben. Einem Rat ist es nicht möglich, Gesetze oder andere Regelungen zu erlassen, die zulasten anderer Menschen gehen könnten. Da die Delegierten keine gemeinsamen Positionen finden müssen, ist auch die maximale Größe eines Delegiertenrates nicht von Bedeutung. Um eine Lösung für ein Problem zu finden, sind innerhalb eines Rates keine Mehrheit und auch kein Konsens nötig. Im Gegenteil, die verschiedenen Delegierten können je nach Thema in kleinen Gruppen zusammenarbeiten und kooperieren, um ein Projekt zu initiieren, das ein bestimmtes Problem lösen soll. Dabei können auch mehrere Projekte parallel von verschiedenen Gruppen für das gleiche Problem initiiert werden.

Die gesamte Planung eines Projekts erfolgt transparent unter Beteiligung der Öffentlichkeit. Ein Projekt kann dabei jeden Lebensbereich umfassen, sei es die Schaffung einer Betreuungsstätte für junge Menschen, die Planung von überregionalen Verkehrswegen oder Maßnahmen zum Schutz der Umwelt auf globaler Ebene. Sobald ein Projekt von mindestens zwei Delegierten betreut wird und diese ihre Planung als ausreichend ansehen, können sie in die Finanzierungsphase wechseln. Dadurch können Projekte nicht blockiert werden, weil zunächst politische

Ordnung ohne Herrschaft

Mehrheiten beschafft werden müssten, bevor gehandelt werden kann. So können wir Probleme gemeinsam flexibel und pluralistisch angehen. Darüber hinaus ist es nicht möglich, ein Projekt so zu gestalten, dass andere Menschen benachteiligt oder dass ihnen gegen ihren Willen unerwünschte Lasten auferlegt werden. Es gibt keine Instanzen, welche Menschen dazu zwingen könnten, einen solchen Umgang hinnehmen zu müssen. Entsprechend muss im Rahmen der Ressourcenplanung eines Projekts auch eingeplant werden, wie Menschen zu einem gewünschten Verhalten motiviert werden können, da Gewalt und Strafe keine Option mehr sind. Schließlich existiert nach der Auflösung der Staaten kein Gewaltmonopol mehr.

Des Weiteren sollte es unser Ziel sein, jegliche Gewalt im Umgang miteinander zu ächten. Ein Mensch, der selbstbestimmt leben möchte und daran interessiert ist, keiner Gewalt unterworfen zu werden, hat ein Eigeninteresse, mit anderen Menschen ebenso gewaltfrei umzugehen, wie er möchte, dass mit ihm selbst umgegangen wird. Daher ist es für ihn sinnvoll, sich für das Prinzip der reziproken Freiheit zu entscheiden und nach diesem zu leben. Mit der Einhaltung des Konzepts der reziproken Freiheit erfolgen Handlungen nicht auf Grundlage einer Maxime, welche – dem kategorischen Imperativ entsprechend – nach Meinung des Handelnden verallgemeinerbar sei, sondern nur, wenn Betroffene möglicher

Ordnung ohne Herrschaft

Handlungsfolgen explizit der Handlung zustimmen. Allein das Wissen darum, dass uns nicht mehr permanent Vorgaben für unser Leben von anderen Menschen aufgezwungen werden können, öffnet einen Rahmen, in welchem ein vielfältiges Miteinander stattfinden kann. In der Gegenwart ist die Energie vieler Menschen dadurch gebunden, dass sie damit beschäftigt sind, Gesetze und daraus erwachsende Maßnahmen des Staates abzuwehren.

Statt zu Kooperation und gemeinsamer Lösungsfindung führen die demokratischen Entscheidungsformen zu einem Gegeneinander verschiedener Gruppen. Ganz nach dem Prinzip von Teilen und Herrschen wird dann die Energie dieser Gruppen gegeneinander gelenkt und dadurch neutralisiert, weil jede Gruppe darum bemüht ist, ihre individuellen Interessen durchzusetzen. Dieses Gegeneinander erfolgt auf vielen Ebenen. Am deutlichsten sichtbar wird diese Wirkungsweise im Einkommensteuerrecht, welches dadurch inzwischen nicht nur als kompliziert sondern auch als komplex anzusehen ist. Welche Ausgaben in welcher Höhe zur Verminderung der Einkommenssteuer herangezogen werden können, zeigt, in welchem Umfang eine Gruppe ihre Interessen gegenüber Politikern zu Gehör bringen konnte. So haben Selbstständige mehr Optionen, um ihre Fahrtkosten geltend zu machen. Die Kosten für ein Erststudium sind in der Regel nicht absetzbar.

Ordnung ohne Herrschaft

Kapitalerträge werden deutlich geringer besteuert als Arbeitseinkommen. Welche Waren dem vollen und welche dem ermäßigten Umsatzsteuersatz unterliegen, ist vor allem eine politische Entscheidung. Letztlich ist jede Leistung, welche aus Steuermitteln finanziert wird und gleichzeitig nicht von allen Steuerzahlern im gleichen Umfang genutzt wird, eine Bevorzugung einer Gruppe auf Kosten einer anderen. Dies beginnt bei der Finanzierung von Universitäten und endet bei der Subvention von Bestattungsformen. Eine solche Umverteilung erfolgt auch über die Rentenversicherung, welche darauf aufbaut, dass einige Beitragszahler versterben, bevor sie eine Altersrente hätten beziehen können. Indem wir auf Strukturen verzichten, welche einer Gruppe zugunsten einer anderen Lasten auferlegen, schaffen wir eine Grundlage für einen kooperativen Umgang miteinander. Wir müssen nicht mehr permanent die Aktivitäten anderer Menschen abwehren, sondern wir haben die Gewissheit, dass es niemandem mehr erlaubt ist, uns gegen unseren Willen Lasten aufzuerlegen.

Dies betrifft auch Verträge zwischen uns. In letzter Konsequenz sind umständliche Vertragswerke sinnlos. Wenn Menschen darin übereinstimmen, gemeinsam etwas erreichen zu wollen, werden sie Lösungen für Probleme finden und bei Konflikten zu einer Einigung gelangen. Geht es hingegen nicht um Zusammenarbeit, sondern darum, sich gegenseitig zu benachteiligen, dann

Ordnung ohne Herrschaft

sorgt auch ein Vertrag nicht für eine funktionierende Zusammenarbeit. So sind Vertragswerke Beschäftigungsmaßnahmen für Anwälte und dienen dazu, die eigene Position abzusichern und Vorbereitungen zu treffen, um einen Geschäftspartner – wenn nicht bereits von Beginn an – spätestens vor Gericht zu übervorteilen. Eine Vereinbarung muss für alle Beteiligten passen. Stellen wir nach einiger Zeit fest, dass eine Vereinbarung für uns nicht mehr funktioniert, sollte es jederzeit möglich sein, die bestehende Vereinbarung durch eine neue zu ersetzen. Theoretisch wäre dies auch gegenwärtig möglich. Da wir allerdings heute nach dem Grundsatz leben, dass Verträge einzuhalten sind, und eher Gewalt anwenden, um unsere Position durchzusetzen, statt gemeinsam Lösungen zu suchen, nutzen wir diese Möglichkeit zu wenig.

III.1.2 Delegiertenräte: Wahl und Arbeitsweise

Bei unseren Delegiertenräten geht keine Stimme verloren. Finde ich gerade keinen Delegierten, welchem ich meine Stimme geben möchte, gibt es keine Notwendigkeit, diese zu vergeben. Ebenso kann ich meine Stimme einem Delegierten wieder entziehen, wenn ich feststelle, dass er die von ihm versprochenen Themen nicht bearbeitet oder die von ihm geplanten Projekte nicht die Lösungen aufgreifen, welche ich für wichtig halte. Nach der Vergabe meiner Stimme ist diese für einen bestimmten Zeitraum an den Delegierten

Ordnung ohne Herrschaft

gebunden. Auf der regionalen Ebene kann ich einem Delegierten meine Stimme für eine Dauer von 30 Tagen nicht entziehen. Bei einem überregionalen Delegiertenrat beträgt die Frist 90 Tage, und auf der globalen Ebene sind es 180 Tage. Nach dieser Zeitspanne kann ich entweder meine Stimme direkt einem anderen Delegierten zuordnen oder diese auch nur entziehen und nicht neu vergeben. Natürlich kann ich meine Stimme auch so lange bei einem Delegierten belassen, wie ich mit seinen Aktivitäten zufrieden bin und er meinen Vorstellungen entsprechend agiert.

Wenn ein Delegierter unter die Mindeststimmenzahl seines Delegiertenrates fällt, hat er eine Übergangsfrist von 30 Tagen, bevor er sein Mandat verliert. In dieser Zeit kann er entweder versuchen, zusätzliche Stimmen zu sammeln, um wieder die Mindeststimmenzahl zu erfüllen, oder seine noch aktiven Projekte an andere Delegierte übergeben. Wenn ein Kandidat seine Kandidatur beendet oder ein Delegierter sein Amt niederlegt, werden alle Stimmen umgehend wieder freigegeben und können neu vergeben werden. Es gibt keine Frist, innerhalb derer ein Kandidat genügend Stimmen erhalten haben muss, um ein Mandat innerhalb eines Rates zu erhalten. Neben der Mindeststimmenzahl gibt es keine maximale Stimmenanzahl für einen Delegierten. Jeder Kandidat, welcher die Mindestanzahl von Stimmen erreicht hat, hat als Delegierter die gleichen Möglichkeiten, Projekte

Ordnung ohne Herrschaft

zu planen. Damit ein Projekt von der Planungs- in die Finanzierungsphase wechseln kann, muss das Projekt mindestens von zwei Delegierten betreut und vertreten werden. Wie viele Stimmen die beiden Delegierten auf sich vereinen, spielt hierbei keine Rolle.

Wäre für die Vergabe der 299 Direktmandate in der Bundestagswahl 2021 ein ähnliches Verfahren wie bei einem Delegiertenrat angewendet worden, wäre die Verteilung der Sitze deutlich anders ausgefallen. Entsprechend der abgegebenen gültigen Stimmen von über 46 Millionen Menschen lag die Mindeststimmenzahl je Sitz bei etwa 155.000 Stimmen. Da durch diese Form der Wahl keine Stimme verloren gegangen wäre, hätte die SPD etwa 42 Direktmandate und CDU/CSU etwa 57 Direktmandate weniger erhalten. Die meisten Direktmandate wären an die anderen im Bundestag vertretenen Parteien gegangen, allerdings mit einer deutlichen Verschiebung der Mehrheitsverhältnisse zugunsten der kleineren Parteien. Zusätzlich wären fünf weitere Parteien mit insgesamt etwa 17 Sitzen im Bundestag präsent. So hätten deren Kandidaten zumindest die Möglichkeit, ihre Positionen im Bundestag zu vertreten und so die Bürger zu repräsentieren, von denen sie gewählt wurden, und die Meinungen dieser Wähler wären nicht durch das Wahlverfahren marginalisiert worden.

Im Gegensatz zu einem Parlament, in welchem den Politikern mit ihrer Wahl die Macht zugesprochen wird,

Ordnung ohne Herrschaft

den Bürgern Gesetze aufzuzwingen und über Ressourcen zu verfügen, welche als Abgaben und Steuern von den Bürgern eingezogen werden, hat ein Delegierter solche Machtbefugnisse nicht. Stattdessen fungiert ein Delegierter eher wie ein Klassensprecher. Er vertritt eine Gruppe von Menschen, welche ein gemeinsames Interesse teilen. Dieses Interesse versucht ein Delegierter im Rahmen eines Projekts zu verwirklichen. So kann es sein, dass es vielleicht eine Gruppe gibt, welche ein Interesse daran hat, dass der öffentliche Nahverkehr für alle Einwohner einer Gemeinde kostenfrei zur Verfügung stehen soll. Da ein Delegierter weder über die Unternehmen verfügen kann, welche den Nahverkehr anbieten, noch über Steuermittel, gilt es zunächst zu planen, welche Ressourcen benötigt werden. Letztlich könnten hierfür verschiedene Projekte parallel gestartet werden. Eine Option wäre, zu ermitteln, wie viel Geld bestehende Unternehmen pro Jahr erhalten möchten, um den Nahverkehr kostenfrei anzubieten, und diesen Betrag dann jedes Jahr über ein neues Projekt einzusammeln. Ein anderes Projekt könnte sich damit befassen, ein lokales Verkehrsunternehmen zu gründen, das nur kostendeckend und ohne Gewinnabsicht betrieben wird. Als drittes Projekt könnte eine Initiative gestartet werden, welche die Bildung von Fahrgemeinschaften vereinfacht und in der Stadt verschiedene Orte definiert, von welchen aus Passanten eine Mitfahrgelegenheit

Ordnung ohne Herrschaft

anfordern können. Jedes dieser Projekte würde von den Delegierten gemeinsam und mit der Unterstützung der Bürger geplant werden.

Sobald ein Projekt vollständig geplant wurde und klar ist, welche Ressourcen benötigt werden, kann es in die Finanzierungsphase wechseln. Während dieser Zeit sind wir alle aufgerufen, dem Projekt freiwillig Geldmittel oder ggf. auch andere Ressourcen zur Verfügung zu stellen, damit es anschließend realisiert werden kann. Die Dauer der Finanzierungsphase sollte entsprechend der Ebene des Delegiertenrates zwischen 30 und 90 Tagen liegen, damit unsere Gelder nicht unnötig lange gebunden werden. Wurden für ein Projekt mittels Crowdfunding die benötigten Ressourcen eingesammelt, endet die Finanzierungsphase erfolgreich, und die Delegierten können mit der Umsetzung des Projekts beginnen. Dabei werden, ebenso wie zuvor bei der Planung, alle Informationen transparent für jeden öffentlich zur Verfügung gestellt. Sollte ein Projekt innerhalb der gesetzten Frist nicht die benötigten Mittel erhalten haben, werden die bereits bereitgestellten Mittel den Unterstützern zurückerstattet, und das Projekt wechselt zurück in die Planungsphase. Schließlich gibt es neben dem Crowdfunding keine andere Geldquelle, denn Steuern und Abgaben existieren nicht mehr. Die Delegierten können dann entscheiden, ob sie die Planung verändern, eine neue Finanzierung starten, nachdem in der

Ordnung ohne Herrschaft

Öffentlichkeit besser über das Projekt informiert wurde, oder ob das Projekt vorläufig beendet und ggf. ein komplett neues Projekt begonnen wird.

Für ein Projekt sollte dabei immer genügend Puffer eingeplant werden, damit auch Kosten für eventuelle Risiken getragen werden können. Denn ein Projekt kann nach dem erfolgreichen Abschluss der Finanzierungsphase nicht noch einmal in die Finanzierungsphase wechseln. Sollte bei der Realisierung eines Projekts festgestellt werden, dass die noch verfügbaren Mittel nicht genügen, müssen die betreuenden Delegierten ein neues Projekt starten, welches dann das bestehende Projekt ergänzt und fortführt, sofern es gelingt, die zusätzlichen Ressourcen von den Menschen zu erhalten. Andernfalls würde ein unterfinanziertes Projekt einfach eingestellt werden müssen, wenn die benötigten Ressourcen unzureichend geplant wurden.

Sollten nach Abschluss eines Projekts noch Ressourcen übrig geblieben sein, so werden diese anteilig an die Unterstützer zurückgegeben. Dies ist leicht machbar, da alle Transaktionen, die zur Finanzierung des Projekts beigetragen haben, und auch alle Zahlungen, welche aus dem Projektbudget geleistet werden, ebenso öffentlich einsehbar sind. Wenn Staaten heute große Aufträge vergeben, versuchen Unternehmen durch Abgabe eines möglichst günstigen Angebots zunächst den Zuschlag zu erhalten. Durch

Ordnung ohne Herrschaft

ungenau und unklare Formulierungen bei der Auftragsdefinition ist es Unternehmen ggf. möglich, im Rahmen von Nachverhandlungen während der Umsetzungsphase entweder weitere Leistungen abzurechnen oder Preiserhöhungen durchzusetzen. So kommt es dann dazu, dass staatliche Projekte zunächst mit einem niedrigen Budget starten, weil die Bürger das Projekt sonst ggf. abgelehnt hätten. Während das Projekt läuft, wird das Budget dann nach und nach angehoben, um es fortführen zu können. Eine solche Option steht den Delegierten für ihre Projekte nicht zur Verfügung. Gelänge es den Delegierten nicht, ein vollständiges Projektbudget zu kalkulieren, und würde ein Projekt unterfinanziert in die Umsetzung starten, muss das Projekt eingestellt werden, wenn das Geld dafür ausgeht. Nur über die Planung eines Ergänzungsprojekts, welches anschließend von uns mit den benötigten Mitteln ausgestattet werden muss, könnten die Delegierten versuchen, dass das unterfinanzierte Projekt doch noch fortgesetzt und ggf. erfolgreich abgeschlossen wird.

Für Unternehmen wäre es im neuen System von Nachteil, Kosten zu verschweigen und auf eine Nachverhandlung während der Umsetzung zu setzen. Schließlich können die Delegierten ein Projekt nur einmal durch die Finanzierungsphase bringen. Nach dem erfolgreichen Abschluss der Finanzierungsphase können für ein Projekt keine zusätzlichen Geldmittel mehr

Ordnung ohne Herrschaft

eingesammelt werden. Zusätzlich würde in den Projektunterlagen auch dokumentiert werden, warum ein Projekt ggf. eingestellt werden musste und wo welche Fehler in der Kalkulation erfolgt sind, damit für nachfolgende Projekte daraus gelernt werden kann. So tragen unterfinanzierte Projekte dazu bei, Erfahrungen zu sammeln, damit Unternehmen bei zukünftigen Projekten besser in der Lage sind, den Ressourcenbedarf korrekt einzuschätzen. Die Delegierten können anhand dieser Daten prüfen, wie zuverlässig welche Unternehmen bei der Informationsbereitstellung und Leistungserbringung sind.

Das Projektssystem gibt uns die Möglichkeit, in Zukunft Probleme parallel und mit vielfältigen Lösungsstrategien zu bearbeiten und so eine pluralistische Gesellschaft zu schaffen, deren Vielfältigkeit in der Realität erlebbar ist. Da die Umsetzung von Projekten für keinen Menschen Belastungen beinhalten darf, vermeiden wir auch das Problem, dass wir selbst bei einer basisdemokratischen Mehrheitsentscheidung ggf. nur zwischen schlechten Optionen wählen können. Schlecht werden die Optionen u. a. bereits dadurch, dass zwingend eine der vorab festgelegten wählbaren Optionen zur Anwendung kommen wird. Egal, ob wir uns für oder gegen eine Option entscheiden, in einer Basisdemokratie wäre es weiterhin zulässig, Menschen gegen ihren Willen Lasten aufzuerlegen. Werden Entscheidungen stattdessen auf

Ordnung ohne Herrschaft

Basis eines Konsenses getroffen, können Menschen nicht mehr gezwungen werden für Aktivitäten aufzukommen, welche sie ablehnen. Durch die freiwillige Finanzierung der Projekte vermeiden wir es, andere Menschen zu bevormunden. Da während der Projektplanung bereits alle eventuellen Lasten ins Projektbudget einzuplanen sind, greift das Projektsystem wiederum das Konsensprinzip auf. Die Finanzierungsphase ist dann die abschließende Prüfung dafür, ob wir bereit sind, unsere Probleme gemeinsam so zu lösen, dass die Anliegen jedes Menschen berücksichtigt werden.

Sollte sich herausstellen, dass die Organisation unserer Gesellschaft über Delegiertenräte nicht optimal funktioniert, so kann über das Projektsystem selbst, entweder auf regionaler, überregionaler oder globaler Ebene, ein Projekt initiiert werden, welches das System der Delegiertenräte sinnvoll ergänzt oder ggf. auch vollständig ersetzt. Ein bestehendes Ordnungssystem kann nicht durch Abstimmungen in seinen grundlegenden Funktionen verändert werden. Stattdessen haben wir die Möglichkeit, nach der erfolgreichen Umsetzung eines Projekts zur Schaffung eines anderen Ordnungssystems – durch unsere Nutzung – darüber zu entscheiden, welches der Systeme fortbestehen soll. So können beide Systeme einige Zeit nebeneinander existieren und sich bewähren. Ebenso wird das Delegiertensystem sich zunächst parallel zur

Ordnung ohne Herrschaft

bestehenden staatlichen Ordnung bewähren müssen. Es ist also an uns, mit unserer Nutzung darüber zu entscheiden, welche Option wir zur Organisation unserer Gesellschaft bevorzugen. Das bestehende staatliche Ordnungssystem versucht mittels Gewalt, sein Fortbestehen zu sichern, und stellt Aktivitäten unter Strafe, welche eine Beseitigung des Staates zum Ziel haben könnten. Im Gegensatz dazu enthält das Delegiertensystem (über das integrierte Projektsystem) explizit die Option, ggf. selbst durch eine bessere Organisationsform ersetzt zu werden. Ein Projekt, das zum Ziel hätte, erneut eine Herrschaft zu etablieren, kann nicht grundsätzlich verhindert werden, und es liegt in unserer Verantwortung, ein solches Projekt nicht zu unterstützen. Es ist unsere Aufgabe, darauf zu achten, dass eine neue Organisationsform mit unserer universellen Freiheitsdefinition kompatibel ist. Jede Veränderung unserer Organisationsform sollte mit unserer gewaltfreien Gesellschaft im Einklang stehen und uns allen weiterhin ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen.

Ein Aspekt, mit welchem wir uns auseinandersetzen müssen, wenn wir unsere Gesellschaft von einer gewaltbasierten in eine gewaltfreie verändern wollen, ist das Zusammenspiel von Gewalt und dem Sicherheitsversprechen des Staates. Zunächst einmal gilt es zu verstehen, dass jede vom Staat versprochene Sicherheit selbst auf gewalttätigen Handlungen beruht,

Ordnung ohne Herrschaft

sei es die Bereitstellung einer Grundversorgung, die Garantie von Freiheitsrechten oder der Schutz vor Gewalt. Jede dieser Aktivitäten basiert auf Gewalt, da sich der Staat zunächst mit finanziellen Mitteln versorgen muss, um Menschen dafür zu bezahlen, in seinem Namen dann die Aktivitäten durchzuführen. Hierbei gilt es kritisch zu prüfen, ob die Grundversorgung durch eine staatliche Umverteilung im Ergebnis einen positiven Effekt auf das Wohlergehen aller Menschen hat und die Nachteile ausgleicht, welche mit der Garantie von Eigentumsrechten verbunden sind. Wir können uns überlegen, ob wir in unserer gewaltfreien Gesellschaft dazu bereit sind, uns freiwillig eine gegenseitige Versorgung zuzugestehen. Im Gegenzug könnten wir auf eine gewaltsame Umverteilung und den damit verbundenen Gewaltapparat verzichten. Ebenso würden mit dem Wegfall von Eigentumsrechten auch die heutigen Geldströme im Rahmen der Umverteilung an Eigentümer entfallen.

Mit Blick auf Umweltschutz und die Emission von Treibhausgasen sollte überlegt werden, ob der Staat hier wirklich Teil einer Lösung oder vielmehr Teil des Problems ist. Schließlich wurden die zu erwartenden Temperaturveränderungen und auftretenden Wetterextreme bereits seit Jahrzehnten vorausgesagt. Nur die durch den Staat geschützten Privilegien haben es Unternehmen ermöglicht, weiterhin wirtschaftlichen Aktivitäten nachzugehen, welche die Umwelt zerstören

Ordnung ohne Herrschaft

und Treibhausgase freisetzen. In einer Gesellschaft, welche nach dem Konsensprinzip funktioniert, wären solche wirtschaftlichen Aktivitäten nicht möglich, da diese nicht dem Prinzip der reziproken Freiheit entsprechen würden. Unternehmen hätten die Folgen ihrer Aktivitäten zu verantworten und, wenn sie die Folgen schon nicht rückgängig machen können, dann zumindest Kompensation zu leisten. Anschließend wäre es sehr wahrscheinlich, dass sie mit ihren Aktivitäten nicht fortfahren dürften, weil sie die auftretenden Folgen nicht verantworten könnten. Ein Unternehmen könnte nicht verhindern, dass seine Aktivitäten so lange mit einem Veto der Betroffenen gestoppt würden, bis die vorgeschlagenen Lösungen von allen Menschen akzeptiert werden, die potenziell von Folgen betroffen sind. All dies erfolgt nicht, weil der Staat bestehende Privilegien schützt.

In einer Gesellschaft selbstbestimmter Menschen hat niemand von uns ein Anrecht darauf, auf Kosten eines anderen Menschen zu leben, und niemand kann beanspruchen, von einem anderen Menschen versorgt zu werden. Eine solche Gesellschaft erfordert auch von uns allen eine Änderung in unserer Haltung gegenüber anderen Menschen. Wenn wir selbstbestimmt leben wollen, ist es notwendig, dass wir aufhören, von anderen Menschen zu fordern, uns zu versorgen. Freiheit bedeutet auch, sich darauf einzulassen, dass wir Menschen uns freiwillig umeinander kümmern. Wenn

Ordnung ohne Herrschaft

wir unsere Anspruchshaltung gegenüber anderen durch eine Haltung ersetzen, welche uns dankbar sein lässt für all das, was Menschen uns gerne und freiwillig bereit sind zu geben, ist dies ein großer Schritt in Richtung unserer gewaltfreien Gesellschaft.

Die Delegiertenräte fassen keine Beschlüsse, welche anschließend gegen uns Bürger durchgesetzt werden müssen. Stattdessen basiert das gesamte System auf freiwilliger globaler Kooperation. Innerhalb der Räte ist es für die Delegierten unumgänglich, miteinander zu arbeiten, da mindestens zwei Delegierte notwendig sind, um ein Projekt in die Finanzierungsphase zu bringen. Da Delegierte nicht alles wissen können, sind sie darauf angewiesen, dass sie von anderen Menschen bei der Projektplanung unterstützt werden und dass Menschen nach der Finanzierung eines Projekts freiwillig kooperieren und die versprochenen Leistungen erbringen. Wie bereits zuvor geschildert, sind umständliche Vertragswerke nicht hilfreich, um ein Ziel zu erreichen. Stattdessen ist es unerlässlich, im Rahmen der Projektplanung genau zu definieren, wer was zu welchem Zeitpunkt in welcher Form leisten soll. Die Realisierung von Projekten entspricht wiederum dem Ordnungsprinzip der freiwilligen globalen Kooperation. Ein Projekt wird nur dann erfolgreich abgeschlossen, wenn alle Beteiligten freiwillig ihre Zusagen zur Kooperation einhalten. So trägt unsere Ordnungsstruktur der freiwilligen globalen Kooperation

Ordnung ohne Herrschaft

dazu bei, dass wir alle in einer gewaltfreien Gesellschaft leben können.

III.2 Wiedergutmachung

Während des Übergangs in eine gewaltfreie Gesellschaft werden wir uns entscheiden müssen, wie wir mit Menschen umgehen wollen, welche gegen den Willen anderer weiterhin Gewalt ausüben. Das wichtigste Instrument für den Wandel weg von einer strafenden Justiz ist der kriminologische Abolitionismus. Das bedeutet, dass der Staat nicht die richtige Instanz ist, um eine Bestrafung des Täters festzulegen. Stattdessen sollte das Umfeld von Täter und Opfer darüber verhandeln, welche Maßnahmen geeignet sind, um den Vorfall zwischen Täter und Opfer zu klären. Abseits vom bestehenden Justizsystem gibt es bisher nur wenige Gelegenheiten, Erfahrungen mit alternativen Methoden zu sammeln, die Menschen unterstützen, Konfliktlösungsstrategien zu erlernen, die ohne Gewalt und Zwang funktionieren.

Eine Strategie dafür sind Mediationsverfahren. Darin geht es neben Ausgleich und Wiedergutmachung auch darum, dass die Geschädigten Empathie erfahren und so die Chance besteht, die zwischenmenschlichen Verbindungen wieder zu heilen. Damit wir auch im alltäglichen Umgang miteinander besser dazu in der Lage sind, empathisch miteinander umzugehen, können wir uns in der Gewaltfreien Kommunikation (GFK) üben, die von Marshall B. Rosenberg entwickelt wurde. Diese

Ordnung ohne Herrschaft

Kommunikationstechnik kann uns dabei helfen, Konflikte zu deeskalieren, da uns die GFK für Gewalt innerhalb unserer Sprache sensibilisiert. Bevor wir in einer Situation bereit sind, physische Gewalt einzusetzen, geht dieser zumeist eine sprachliche Eskalation voraus. Wenn wir erfahren darin sind, diese sprachliche Eskalation zu vermeiden, haben wir die Chance, auch physische Gewalt zu verhindern. Ein Teil der zwischenmenschlichen Konflikte wäre sicher vermeidbar, wenn wir lernen, dass es andere Wege gibt, um unsere Bedürfnisse zu erfüllen, als durch den Einsatz von Gewalt – egal ob diese physisch oder psychisch ausgeübt wird.

Wenn wir Menschen verdinglichen und benutzen, um unsere Bedürfnisse zu befriedigen, und dabei keine Rücksicht darauf nehmen, ob wir ihnen Schaden zufügen, dann schadet dieses Verhalten uns allen. Jedes Mal, wenn Menschen Schaden zugefügt wird, schwächt dies den Zusammenhalt zwischen uns. Wenn wir selbst Gewalt erfahren haben, ist es nachvollziehbar, dass unsere Angst und Wut den Wunsch nach Bestrafung oder Rache entstehen lassen. Vielleicht hoffen wir, unser Gefühl von Sicherheit zurückzugewinnen, wenn der Täter eingesperrt wird. Leider führt die Bestrafung des Täters durch den Staat nicht zu einer Wiederherstellung der zwischenmenschlichen Verbindung, welche durch die Tat geschädigt wurde.

Ordnung ohne Herrschaft

Das Strafrecht ist nicht in der Lage zu verhindern, dass Menschen zu Tätern werden, noch sorgt es dafür, dass Täter lernen, andere Verhaltensweisen zu verinnerlichen, damit sie nicht erneut zu Tätern werden. Nicht die Justiz sorgt dafür, dass Menschen ihre erlernten Verhaltensweisen verändern, sondern es sind die Menschen selbst, sofern sie die Bereitschaft entwickeln, anders miteinander umzugehen. Wir wissen selbst, dass von den Methoden, welche uns dazu veranlassen, unser Verhalten zu verändern, Bestrafung eine der schlechtesten ist. Von den 46.054 Menschen, welche sich 2020 im deutschen Strafvollzug befanden, waren 31.372 vorbestraft und 15.466 hatten mehr als 5 Vorstrafen. Die vorherige Bestrafung hatte also nicht verhindert, dass sie erneut straffällig wurden. Allerdings sind einige der Inhaftierten (6.417) nicht deshalb im Gefängnis, weil sie jemand anderem etwas zuleide getan hätten, sondern nur weil sie gegen das Betäubungsmittelgesetz verstoßen haben. Dieses „Vergehen“ würde in unserer gewaltfreien Gesellschaft nicht mehr bestraft werden.

Das Strafrecht sorgt nicht dafür, dass entstandene Schäden (ob materiell, physisch oder psychisch) für die Betroffenen kompensiert werden. Im Gegenteil, das seit Jahrhunderten geltende Prinzip des Täter-Opfer-Ausgleichs wurde mit der Normensetzung durch den Staat und dem Anspruch, solche Regelverstöße mittels Bestrafung ahnden zu dürfen, fast

Ordnung ohne Herrschaft

vollständig beseitigt. Auch wenn im Strafrecht der Täter-Opfer-Ausgleich als Option inzwischen wieder vorgesehen ist, ist es nur ein untergeordneter Aspekt im Rahmen der Strafverfolgung. Mit dem Verzicht auf einen Täter-Opfer-Ausgleich, verzichten wir zugleich auch auf eine Möglichkeit zur Aussöhnung von Täter und Opfer sowie zur Vermeidung zukünftiger Konflikte. Es ist unsere Aufgabe, im Rahmen des Übergangs von einer staatlich organisierten Gesellschaft zu einer selbstorganisierten freiheitlichen Gesellschaft Methoden zu etablieren und ggf. Institutionen zu schaffen, die ohne Gewalt funktionieren. So sollen alle Menschen dabei unterstützt werden, dass eventuell erlittener Schaden kompensiert wird und Konflikte auch dann gelöst werden, wenn es nicht mehr möglich ist, Menschen einfach einzusperren. Es geht vor allem darum, einvernehmliche Lösungen zu entwickeln, welche besser dazu geeignet sind, eine Tat sowohl präventiv zu vermeiden, als auch eine Wiederholung zu verhindern, als es unser gegenwärtiges Strafrecht vermag. Noch besser ist es, Umgangsformen zu entwickeln und zu verinnerlichen, welche uns bereits im Vorfeld unterstützen, damit wir gar nicht erst in Situationen geraten, in denen wir zu Tätern werden.

Wenn es keine Gefängnisse und keine Polizei mehr gibt: Wer beschützt uns dann vor Menschen, welche auf Gewalt setzen, um ihre Interessen durchzusetzen? Die Polizei wird auch heute zumeist erst aktiv, nachdem

Ordnung ohne Herrschaft

etwas passiert ist. Eine Organisation, welche Verbrechen aufklärt und Täter identifiziert, kann es in unserer herrschaftsfreien Gesellschaft ebenso geben, vielleicht in Verbindung mit Versicherungen z. B. gegen Einbruch. Nur haben diese Ermittler dann keine Befugnisse Türen aufzubrechen und Wohnungen zu durchsuchen. Sie müssten also in vielerlei Hinsicht anders arbeiten. Die Strafverfolgung durch die Polizei löst vor allem nicht das Problem der Wiedergutmachung. Heute müssen entsprechende Ansprüche erst zivilrechtlich geltend gemacht werden. Die Handlungsoptionen für ein Opfer sind aufgrund der bestehenden Gesetze eingeschränkter, als sie es in einer Gesellschaft wären, in welcher es keine Strafgesetze gibt. Schließlich gibt es dann auch keine Beschränkung möglicher Gegenmaßnahmen, auch wenn diese Gewalt beinhalten. Es gibt auf jeden Fall keine Instanz, welche das Opfer daran hindern würde, auf eigene Faust aktiv zu werden und den Täter selbst oder mit der Hilfe anderer Personen zur Rechenschaft zu ziehen. In einer freiheitlichen Gesellschaft kann es hier unterschiedlichste Gruppen geben, welche sich, je nach Handlung, auf Rache, Wiedergutmachung oder Versöhnung spezialisieren. Die wohl härteste Sanktion in einer solchen Gesellschaft dürfte die Ächtung bzw. der Ausschluss aus der Gemeinschaft sein. Schließlich hat niemand einen Versorgungsanspruch gegenüber anderen Menschen mehr, welchen er geltend machen

Ordnung ohne Herrschaft

könnte. Somit riskiert jemand, der bereit ist, seine Interessen gewaltsam durchzusetzen, letztlich sein Leben, weil sich Menschen einer Gemeinschaft entscheiden können, ihn auszuschließen. Wenn ein Ausgeschlossener keine Aufnahme in eine andere Gemeinschaft findet, kann er allein vielleicht nicht lange überleben.

Unsere zukünftige Gesellschaft soll ohne staatliches Gewaltmonopol funktionieren. Darüber hinaus ist das Ziel, dass jede Form von Gewalt geächtet wird. Eine solche Grundhaltung sollte allerdings nicht mit Wehrlosigkeit verwechselt werden. Es ist eine Sache, dass wir uns vornehmen, Konflikte gewaltfrei zu lösen, und eine andere Sache, sich Gewalt widersetzen zu können. Die Ächtung von Gewalt bedeutet nicht, dass wir in jeder Situation darauf verzichten, Gewalt einzusetzen, um uns zu verteidigen oder zu schützen. Auch in der GFK gibt es das Prinzip der schützenden Gewalt. Wenn ich einen jungen Menschen festhalte und verhindere, dass er seinem Ball nachläuft und von einem Auto überfahren wird, ist eine solche situative Anwendung von Gewalt besser, als eine schwere Verletzung oder den Tod des anderen Menschen hinzunehmen.

Wann und in welchem Umfang Gewalt eingesetzt werden sollte, um Schlimmeres zu verhindern, liegt in unserem Ermessen. Da es allerdings keine Instanz gibt, welche die Anwendung von Gewalt legalisiert und

Ordnung ohne Herrschaft

dadurch legitimiert, haben wir unsere Handlungen zu verantworten. Weil wir Menschen frei sind, können wir uns genauso über das Freiheitskonzept der reziproken Freiheit hinwegsetzen oder sogar bestreiten, dass wir ursächlich für unsere Handlungen sind und damit auch leugnen, dass wir frei sind. All dies sind Handlungen, zu welchen wir uns aus unterschiedlichsten Gründen entscheiden können. Unsere Weigerung, unser Handeln zu verantworten, kann dazu führen, dass wir von anderen Menschen geächtet werden, weil sie dann entscheiden, selbst auf eine Form von Gewalt zurückzugreifen, um sich zu schützen.

Eine Gesellschaft ohne Staat ist nicht wehrlos, nur weil sie darauf verzichtet, Menschen zu Polizisten oder Soldaten zu erklären, und ihnen erlaubt, Gewalt auszuüben. Im Gegenteil, eine Gesellschaft freier und selbstbestimmter Menschen kann sehr viel wehrhafter sein als eine, in welcher der Schutz vom Staat übernommen wird. Menschen in einem Staat sind es gewohnt, sich unterzuordnen. Wenn ein Angreifer im Rahmen eines militärischen Konfliktes die Kontrolle über die staatlichen Strukturen erlangt, kann es sein, dass die Menschen eher bereit sind, sich der neuen Regierung ebenso unterzuordnen, wie es bei der vorhergehenden schon der Fall war.

Wenn es die Menschen gewohnt sind, selbstbestimmt zu leben, ohne sich den Vorgaben einer Obrigkeit zu unterwerfen, ist es sehr viel schwieriger, in

Ordnung ohne Herrschaft

einer Gesellschaft flächendeckende Kontrolle zu erlangen. Das Bedrohungspotenzial, das von militärischen Einheiten anderer Staaten ausgeht, sollte daher nicht überbewertet werden, da eine Eroberung nur dann lohnt, wenn davon auszugehen ist, dass aus der Besetzung eines Landes zumindest wirtschaftliche Vorteile gezogen werden können. Neben militärischen Widerstandsformen auf Grundlage einer Guerillataktik gibt es auch verschiedenste nicht-militärische Formen des Widerstands, welche die erhofften Vorteile eines Usurpators zunichtemachen und dessen Machtbasis aushöhlen. Wichtig ist, dass wir uns über die Machtverhältnisse im Klaren sind und unsere Handlungen passend wählen. Natürlich gilt es auch weiterhin, unserem Ideal nachzustreben und möglichst Handlungen zu wählen, welche wir verantworten können. Können wir dies nicht, müssen wir überlegen, ob wir von unserem Ideal abweichen oder ob wir die Unterstützung derjenigen einholen können, welche ggf. von den Folgen unserer Handlungen betroffen sein werden. Auch wenn nicht jede unserer Handlungen dem vielleicht utopischen Ideal der reziproken Freiheit entsprechen wird, so sollten wir uns nicht davon abhalten lassen, immer danach zu streben, dass jede unsere Handlungen im Einklang mit unserem Ziel steht, in einer gewaltfreien Gesellschaft selbstbestimmter Menschen zu leben. Es hilft niemandem, wenn wir auf dem Weg in eine gewaltfreie Gesellschaft das Ziel und

Ordnung ohne Herrschaft

die gesetzten Ideale aus den Augen verlieren, weil wir der Gewalt der gegenwärtigen Gesellschaft mit Gewalt begegnen. Es wird für uns in vielen Situationen sinnvoller sein, uns nicht in Konflikte mit den zu überwindenden Strukturen verwickeln zu lassen, sondern uns darauf zu konzentrieren, die Alternativen zu erschaffen, in welchen wir leben wollen.

III.3 Erfüllung menschlicher Bedürfnisse

Veränderungen am Herrschaftsanspruch von Regierungen und die Überwindung des Gewaltmonopols des Staates sind erst zu erwarten, wenn wir den größten Teil des Weges in eine gewaltfreie Gesellschaft bereits bewältigt haben. Der Aufbau der neuen Ordnungsstruktur für eine freiwillige globale Kooperation in Form der Delegiertenräte und des Projektsystems ist wichtig. Unsere größte Chance für Veränderung liegt jedoch zunächst im Bereich der Wirtschaft, weil wir mit unseren Handlungen in dieser noch die größten Einflussmöglichkeiten haben – natürlich nicht als Verbraucher, sondern über die Wahl unserer Arbeit. Diese Wahlmöglichkeit werden wir jedoch erst nutzen können, wenn wir uns von der Abhängigkeit von einem Erwerbseinkommen gelöst haben. Um das zu ermöglichen, wird es ein Finanzmodul geben, welches eine komplementäre Währung auf Basis

Ordnung ohne Herrschaft

eines Gleichgewichtsgeldes* vorsieht und ein freiwilliges Grundeinkommen beinhaltet.

III.3.1 Wirtschaft ohne Staat

Wenn wir auf den Staat als vermeintlich ordnende Struktur der Wirtschaft verzichten wollen, müssen wir dann befürchten, dass die Vorstände heutiger globaler Konzerne sich zur neuen Weltherrschaft berufen fühlen, um die Regierungen zu beerben? Auch wenn diese dystopische Vorstellung gerne in Romanen und Filmen thematisiert wird, gibt es eine Instanz, die eine solche Entwicklung unterbinden kann. Diese Instanz sind wir. Die Vorstellung, unsere Wirtschaft würde ohne Staat noch zerstörerischer und menschenfeindlicher werden, übersieht den Anteil des Staates am gegenwärtigen Zustand unserer Welt. Erst durch den Staat ist es möglich, dass die wirtschaftlichen Interessen weniger Menschen über die Bedürfnisse vieler Menschen gestellt werden, anstatt die wirtschaftlichen Aktivitäten an der Erfüllung unserer Bedürfnisse auszurichten. Ohne Staat gibt es keine Gesetze, und ohne Gesetze fehlt den juristischen Personen, wie z. B. einer Aktiengesellschaft, die Grundlage, um weiterhin existieren zu können.

In einer gewaltfreien Gesellschaft gibt es nur Menschen, die handeln. Ebenso haben wir unserer Gesellschaft das Konzept der reziproken Freiheit

* Der Begriff Gleichgewichtsgeld wurde 2014 von Dag Schulze geprägt.

Ordnung ohne Herrschaft

zugrunde gelegt. Damit sind ohne Rücksprache mit anderen Menschen nur verantwortbare Handlungen zulässig. Es kann nicht garantiert werden, dass alle Menschen sich so verhalten werden. Allerdings sollte sich jeder Mensch bewusst machen, dass unverantwortliches Handeln Konsequenzen nach sich ziehen wird. Ohne Staat und Gesetze gibt es kein Limit dafür, zu welchen Konsequenzen andere Menschen bereit sein werden. Insofern stellt ein Konsens vor einer unverantwortbaren Handlung eine wichtige Risikovorsorge für den Handelnden dar.

Mit der Auflösung staatlicher Strukturen gibt es keine Instanz mehr, welche einem Unternehmen erlaubt, wirtschaftliche Vorteile aus Handlungen zu ziehen, welche zugleich mit erheblichen Schäden für andere Menschen oder für unsere Lebensgrundlagen verbunden wären. Aktuell sind Unternehmen vor allem dem Ziel der Gewinnmaximierung unterworfen, was dazu führt, dass sie sich nur an minimal notwendige Standards halten. Ein Staat kann mit Gesetzen dieses Prinzip nur in geringem Maße beeinflussen, da die globale Konkurrenz weltweit besteht und dem Warenverkehr und den Arbeitsplätzen Vorrang vor allen anderen Werten eingeräumt wird. Auch wenn der Staat sich gern als unser Beschützer präsentiert, ist er in Wirklichkeit derjenige, welcher uns davon abhält, die wirtschaftlichen Aktivitäten von Unternehmen zu unterbinden, wenn diese Profite auf unsere Kosten oder

Ordnung ohne Herrschaft

auf Kosten der Umwelt erwirtschaften. Indem der Staat dafür sorgt, dass Aktivisten nicht einfach Unternehmenszentralen besetzen können, um Unternehmen davon abzuhalten, weiter ihren Aktivitäten nachzugehen, schützt der Staat vor allem die Unternehmen und nicht die Menschen. Es mag auf den ersten Blick ungewöhnlich erscheinen, dass die Besetzung einer Unternehmenszentrale eine zulässige Aktion in einer gewaltfreien Gesellschaft ohne Staat sein sollte. Diese Gewaltfreiheit ist allerdings für alle Menschen bindend, auch für diejenigen, welche für ein Unternehmen tätig sind. Gegen die Gewaltfreiheit wird allerdings verstoßen, wenn Unternehmen unverantwortliche Handlungen ausführen und die nachteiligen Folgen anderen Menschen aufzwingen. Wenn Menschen, welche in einem Unternehmen arbeiten, nicht verantwortlich handeln, müssen wir solche Handlungen auch nicht hinnehmen.

Einzelne Aspekte der Wirtschaft sind bereits heute nach dem Konsensprinzip organisiert und basieren auf freiwilliger Anwendung. Das Deutsche Institut für Normung e. V. greift bei der Erstellung einer DIN-Norm auf das Konsensverfahren zurück. Gelegentlich greift die Legislative bereits erarbeitete Normen in Gesetzen auf und macht diese dadurch zu einem verpflichtenden Standard. Diese Option gäbe es zukünftig nicht mehr. Ebenso dürfte die Abschaffung von Marken-, Patent- und Urheberrecht zu einem grundlegend anderen Umgang

Ordnung ohne Herrschaft

der Unternehmen untereinander führen, da Unternehmen diese Rechte nicht mehr nutzen können, um anderen Unternehmern den Marktzugang zu erschweren. In der Wikipedia wird Wissen zusammengetragen, welches von jedem Menschen genutzt werden kann. Ebenso gibt es freie Software deren Quellcode für jeden verfügbar ist und bei Interesse angepasst werden kann. Daneben ist es allerdings für viele Unternehmen entscheidend, dass der Quellcode für ihre Software oder die von ihnen verwendeten Algorithmen geheim gehalten werden. Die Strategie, den Quellcode geheim zu halten, kann natürlich auch nach Wegfall des Urheberrechts weiterhin praktiziert werden.

Ohne Urheberrecht wird es ein Delikt wie den Diebstahl von geistigem Eigentum nicht mehr geben. Die Musikindustrie hat sich von den Erschütterungen aus der Anfangszeit des Internets inzwischen teilweise erholt. Dank Rechtsanwälten und der Verwendung von DRM (Digitale Rechteverwaltung) erzielte die Musikindustrie 2020 in Deutschland mit 1,2 Mrd. € inzwischen 71,5 % ihrer Umsätze über digitale Absatzkanäle. Mit dem Wegfall des staatlichen Gewaltmonopols werden Verwaltungsgesellschaften wie die GEMA oder die VG WORT in ihrer heutigen Form unmöglich. Schließlich ist ein Kontrahierungszwang, also eine Verpflichtung, einen Vertrag mit einem bestimmten Anbieter eingehen zu müssen, in einer gewaltfreien Gesellschaft nicht mehr

Ordnung ohne Herrschaft

durchsetzbar. Zum einen besteht dieser Zwang für einzelne Unternehmen der Daseinsvorsorge, welche verpflichtet sind, Privatpersonen z. B. mit Strom oder Trinkwasser zu beliefern. Darüber hinaus gibt es für Selbstständige und Unternehmen Zwangsmitgliedschaften in verschiedenen Organisationen wie z. B. in der Industrie- und Handelskammer oder der Handwerkskammer. Die bekannteste Zwangsmitgliedschaft in Deutschland dürfte wohl der Beitragsservice sein, welcher Gelder für den öffentlichen Rundfunk einzieht.

Die Beiträge zu den Sozialversicherungen sowie die Erhebung von Steuern basieren ebenso auf dem Gewaltmonopol des Staates. Grundsätzlich kann davon ausgegangen werden, dass es auch in einer gewaltfreien Gesellschaft Unternehmen geben wird, bei welchen Menschen sich gegen Risiken absichern können. Wenn wir befürchten, dass sich Versicherungen zukünftig im Schadensfall einfach weigern, ihre Vereinbarungen zu erfüllen, sollten wir daran denken, dass wir dieses Problem bereits heute haben und uns gegenwärtig nur ein schwieriger und teurer Rechtsweg offen steht und es unsicher ist, ob wir die versprochene Leistung erhalten. Zukünftig werden Verträge deutlich anders strukturiert sein als die heute üblichen Versicherungs- oder allgemeinen Geschäftsbedingungen, gerade weil wir keine Gerichte mehr anrufen können, welche darüber entscheiden, ob eine Vereinbarung zulässig oder

Ordnung ohne Herrschaft

unzulässig war. Entweder wir arbeiten freiwillig zusammen und kooperieren, oder wir lassen es bleiben. Es gibt zukünftig keine Instanz mehr, welche eine Vertragsseite zur Erbringung einer Leistung zwingen kann.

Erst wenn das Gewaltmonopol des Staates aufgelöst wurde und wir in einer gewaltfreien Gesellschaft leben, werden wir erfahren, was Vertragsfreiheit wirklich bedeutet. Wir werden abgeschlossene Verträge nur erfüllen, wenn die Vertragsbedingungen für uns akzeptabel sind und wir freiwillig bereit sind, diese einzuhalten. Das heißt allerdings nicht, dass wir mit Betrug einfach durchkommen würden, also dem Erschleichen von Leistungen, indem wir eine Gegenleistung versprechen, welche wir nicht bereit oder in der Lage waren zu erbringen. Schließlich bedeutet das Prinzip der reziproken Freiheit auch, dass wir unsere Handlungen verantworten und dass wir Schaden, den wir jemandem zugefügt haben, entsprechend rückgängig zu machen haben. Sonst laufen wir Gefahr, dass andere Menschen sich überlegen, selbst aktiv zu werden, um zu verhindern, dass wir weiterhin andere Menschen übervorteilen oder schädigen.

III.3.2 Wirtschaft für Menschen

Unsere heutige Wirtschaft ist nicht an unseren Bedürfnissen ausgerichtet. Als Arbeitnehmer müssen wir uns nach den Vorgaben des Unternehmens richten, wann wir wie viel arbeiten sollen. Die meisten

Ordnung ohne Herrschaft

Angestellten haben kaum die Möglichkeit, Einfluss auf ihren Arbeitstag zu nehmen und die Arbeitszeiten individuell zu gestalten. Die Einführung von Vertrauensarbeitszeit in einem Unternehmen passiert nicht, weil uns vertraut wird, sondern weil so erreicht wird, dass wir unbezahlte Überstunden leisten. Da diese dann nicht einmal erfasst werden, kann so sogar ein Ausgleich durch Freizeit umgangen werden. Damit wir zu einer Wirtschaft gelangen, welche für die Menschen da ist und nicht dafür, leistungslose Einkommen zu generieren, beginnt die Veränderung bei der Aufhebung unserer Abhängigkeit von Erwerbsarbeit. Erst wenn jeder von uns in der Lage ist, jedes Arbeitsangebot auszuschlagen, werden wir durchsetzen können, dass sich unsere Arbeit in unser Leben einfügt statt umgekehrt. Natürlich ist die Wirkung umso größer, wenn es uns gelingt, unser Wirtschaftssystem von zwei Seiten aus zu verändern.

Unsere Arbeitswelt wird sich grundlegend verändern, wenn wir allen Tätigkeiten eine Absage erteilen, bei welchen die Arbeitsumstände oder die zu produzierenden Produkte nicht unseren Vorstellungen einer sinnstiftenden Tätigkeit entsprechen. Als Verbraucher können wir diese Veränderung unterstützen, indem wir Produkte von Unternehmen erwerben, in welchen die Mitarbeiter die Arbeit gemeinsam gestalten können und das Unternehmen seine Tätigkeit an anderen Zielen ausrichtet als der

Ordnung ohne Herrschaft

Maximierung von Umsatz und Gewinn. Unternehmen sollten in der Lage sein, kostendeckend zu arbeiten, da die Querfinanzierung über Subventionen dazu führt, dass wir als Verbraucher nicht korrekt abwägen können, ob ein Produkt ein für uns sinnvolles Verhältnis von Kosten und Nutzen aufweist. Dabei ist es egal, ob die Kosten dadurch entstehen, dass besonders viel menschliche Lebenszeit oder seltene Rohstoffe für die Produktion benötigt werden. Ebenso können die Kosten aufgrund von Umweltauswirkungen entstehen, weil bei der Herstellung Treibhausgase freigesetzt werden und Maßnahmen notwendig sind, um diese wieder zu binden, oder weil die Wiederverwertung am Ende des Produktlebenszyklus aufwendig ist. Die Verpflichtung, Treibhausgase zu binden und das Produkt wieder zu verwerten, ist eine Folge unserer Verpflichtung, verantwortlich zu handeln. Wir sind auch hier die Instanz, welche prüft, dass diejenigen, welche produzieren, ihre Selbstverpflichtung einhalten. Alle diese Informationen sind für den Verbraucher wichtig. Entsprechend wäre es sinnvoll, dass ein Produkt nicht nur einen Verkaufspreis hat, sondern dass auch Informationen darüber verfügbar sind, wie dieser Preis zustande kommt. Schließlich können wir einem Produkt nicht ansehen, welche Personen welchen Anteil vom Verkaufspreis erhalten.

Damit wir sinnvolle Entscheidungen darüber treffen können, welche Produkte wir uns in einer nachhaltigen

Ordnung ohne Herrschaft

Wirtschaft leisten können und leisten wollen, müssen wir detaillierte Informationen über ein Produkt erhalten. Dabei kann es hilfreich sein zu wissen, welcher Anteil vom Preis für die Entlohnung der Mitarbeiter eines Unternehmens verwendet wird und wie die Löhne zwischen den Mitarbeitern verteilt sind. So können wir beurteilen, ob gleiche Arbeit auch gleich entlohnt wird. Ebenso gilt es zu betrachten, wie hoch die Rohstoffkosten sind und wie viel Aufwand nötig ist, um diese Rohstoffe wieder vollständig (im Sinne einer Kreislaufwirtschaft) für eine neue Nutzung verfügbar zu machen. Diese Informationen nur in einem Geldwert auszudrücken, mag diese Zahlen leicht vergleichbar machen. Darüber hinaus sollten diese Informationen allerdings auch explizit aufgeschlüsselt werden – das Zeitvolumen, welches mit den Aktivitäten verbunden ist, ebenso wie die Gewichtsmengen der verwendeten Rohstoffe. So ist es für uns als Verbraucher z. B. sinnvoll, Angaben über den ökologischen Rucksack eines Produktes zu kennen, damit wir verantwortungsvolle Konsumententscheidungen treffen können. Und zwar auch, wenn der ökologische Rucksack nicht alle Informationen enthält, um die gesamte Auswirkung eines Produktes beurteilen zu können. Entsprechend gibt es noch andere Konzepte, wie z. B. die Angabe zum virtuellen Wasser, welche beschreibt, wie viel Wasser während der Herstellung insgesamt eingesetzt wurde.

Ordnung ohne Herrschaft

Das wichtigste Merkmal einer Wirtschaft, welche uns Menschen dient und sich unseren Bedürfnissen unterordnet, ist ein hohes Maß an Transparenz darüber, welche Aktivitäten innerhalb der Wirtschaft stattfinden. Denn nur dann können wir wirklich beurteilen, wer durch wirtschaftliche Aktivitäten Vorteile und wer Nachteile erfährt. Erst in einer Wirtschaft ohne Geheimnisse ist eine Kooperation auf Augenhöhe in vollem Umfang möglich, und die Möglichkeit zur Übervorteilung ist geringer. Vollständige Transparenz zu allen wirtschaftlichen Aktivitäten und ihren Folgen ist die Grundlage, um abschätzen zu können, ob unsere Aktivitäten mit der Verantwortungsmaxime der reziproken Freiheit im Einklang stehen oder ob wir die Unterstützung bzw. die Erlaubnis anderer Menschen benötigen, um der Verantwortungsmaxime gerecht zu werden. Die Transparenz innerhalb der Ordnungsstruktur der freiwilligen globalen Kooperation, welche das Delegiertensystem, dessen Projekte sowie die mit beiden verbundenen Zahlungsströme betreffen, sollte ebenso ein Maßstab guter Unternehmensführung werden. Wenn wir alle freiwillig füreinander da sind und es uns nicht darum geht, auf Kosten anderer Menschen zu leben, dann brauchen Unternehmen auch keine Betriebsgeheimnisse mehr.

Aus meiner Sicht erfolgt die Geheimhaltung in Unternehmen vor allem aus zwei Gründen. Der eine Grund ist der Schutz von Investitionen in die eigene

Ordnung ohne Herrschaft

Forschung und Entwicklung von Produkten. So soll verhindert werden, dass Wettbewerber z. B. Produktionstechniken übernehmen, welche einem Unternehmen einen Kostenvorteil ermöglichen. So nachvollziehbar ein solches Verhalten aus Sicht eines einzelnen Unternehmens ist, so nachteilig ist es gesamtgesellschaftlich. Schließlich profitiert nur ein einzelnes Unternehmen von seiner höheren Gewinnmarge, und alle anderen Unternehmen produzieren ineffizienter, als es dem Wissensstand der Menschheit entspricht. Im Ergebnis geht dieses Verhalten somit zulasten aller Menschen.

Der zweite Grund für die Geheimhaltung der Details hat ebenfalls das Ziel, Gewinne zu sichern. Dieses Mal werden Informationen vor der Öffentlichkeit verborgen, weil ein Unternehmen einen finanziellen Vorteil daraus zieht, dass seine Aktivitäten der Allgemeinheit schaden. Während das Unternehmen bereits um die Schädlichkeit seiner Produkte oder seiner Produktionsweise weiß, wird versucht, dieses Wissen geheim zu halten, um weiterhin diese Produkte verkaufen zu können und für die Folgeschäden keine Verantwortung übernehmen zu müssen. In einem solchen Fall wird vorsätzlich gegen die Verantwortungsmaxime der reziproken Freiheit verstoßen.

In diesem Zusammenhang spielt die Wissenschaft der Agnotologie eine wichtige Rolle. Sie beschäftigt sich damit, wie es gelingt, zu erkennen, ob eine Information

Ordnung ohne Herrschaft

nur dazu dient, uns zu manipulieren und uns in die Irre zu führen, oder ob eine Information unser bestehendes Wissen konstruktiv zu überprüfen vermag. Diese Wissenschaft ist für uns von großer Bedeutung, weil wir tagtäglich mit Aussagen konfrontiert werden, welche wir selbst nicht überprüfen können. Entsprechend ist für uns jedes Werkzeug nützlich, mit welchem wir besser erkennen können, ob eine Aussage eine zutreffende Information über die Realität enthält oder ob die Aussage nur dazu dient, uns zu manipulieren und zu für uns schädlichem Verhalten zu verleiten.

Aufgrund der Zielstellung mancher Unternehmen, Produkte mit schädlichen Folgen weiter vertreiben zu können, wurden Techniken entwickelt, um die Methode des konstruktiven Zweifels als destruktives Element zu verwenden. Dieses Vorgehen ist inzwischen für die Unternehmen der Tabakindustrie sehr gut dokumentiert. Anstatt durch konstruktiven Zweifel die Datenlage zu verbessern und Wissen zu schaffen, wurden Studien so designt, dass mithilfe der Studiendaten fundiertes Wissen angezweifelt werden konnte, und das nur mit dem Ziel, einen Dissens innerhalb der Öffentlichkeit zu erzeugen. Dabei ist die Tabakindustrie nicht die einzige, welche uns zu unserem Nachteil Informationen vorenthalten hat. Die Auseinandersetzung um unsere Ernährung und damit, mit welchen Inhaltsstoffen unsere Lebensmittel produziert werden sollten, steht erst am Anfang. Wir

Ordnung ohne Herrschaft

werden für die Ölindustrie wie für alle anderen Industrie- und Wirtschaftszweige entscheiden müssen, ob wir zulassen, dass eine kleine Gruppe von Menschen von Handlungen profitiert, welche sie weder verantworten will noch kann. Dass wir es geschafft haben, unsere Wirtschaft an unsere Bedürfnisse anzupassen, werden wir daran erkennen, dass alle wirtschaftlichen Aktivitäten ebenso im Einklang mit der Verantwortungsmaxime der reziproken Freiheit erfolgen wie unsere persönlichen Handlungen.

III.3.3 Wirtschaft mit und ohne Geld

Unsere Wirtschaft und unser Staat sind heute aufs Engste voneinander abhängig, und ebenso sind wir es von beiden. Alle Steuereinnahmen, welche der Staat einnimmt, sowie die Abgaben für die Sozialversicherung hängen direkt mit wirtschaftlicher Aktivität zusammen. Allein die Lohnsteuer mit 209 Mrd. € und die Umsatzsteuer mit 169 Mrd. € hatten 2020 einen Anteil von 51 % an den gesamtstaatlichen Steuereinnahmen in Höhe von 740 Mrd. €. Die Sozialversicherungen haben 2020 zusammen 721 Mrd. € eingenommen. Hinter jeder Einnahme des Staates stehen Empfänger, welche zum Teil von diesen Geldern abhängig sind, sei es in Form einer Grundversorgung, zur Überbrückung von Arbeitslosigkeit, der Bezahlung einer medizinischen Versorgung oder der Finanzierung des Lebensabends durch eine Rente. All diese Verpflichtungen bestehen auf Jahre und Jahrzehnte hinaus. Etwas davon zu streichen,

Ordnung ohne Herrschaft

ohne einen adäquaten Ersatz zu schaffen, kann Menschen in finanzielle Schwierigkeiten bringen.

Die wenigsten Menschen haben die Möglichkeit, einfach auf eine finanzielle Versorgung durch den Staat zu verzichten. Eine Veränderung dahingehend, dass die verschiedenen staatlichen Leistungen z. B. in einem Grundeinkommen zusammengefasst würden, bedeutet, dass wir unser Arbeitsvolumen und unseren Konsum nicht verringern dürfen. Da auch ein Grundeinkommen auf der staatlichen Umverteilungslogik basiert, müssen die benötigten Gelder zunächst vom Staat vereinnahmt werden. Anschließend werden die Gelder dann an die Empfänger eines Grundeinkommens ausgezahlt. Daher erhalten wir mit einem Grundeinkommen auf Basis der Umverteilung von Geld keinen Spielraum, um weniger arbeiten bzw. produzieren zu können.

Eine Option, um diesen gordischen Knoten aufzulösen und uns einen Transformationspfad zu eröffnen, liegt im Geld selbst. Indem wir unser (Geld-)Einkommen von unserer wirtschaftlichen Aktivität entkoppeln, erhalten wir den nötigen Spielraum, um unsere Wirtschaft umzugestalten. So bekommen wir die Möglichkeit, unsere wirtschaftlichen Aktivitäten so anzupassen und in dem Umfang zu verringern, dass diese im Einklang mit den ökologischen Grenzen unseres Planeten stattfinden. Damit erfüllen wir dann auch das Verantwortungsgebot der reziproken Freiheit gegenüber zukünftigen Generationen. Mit

Ordnung ohne Herrschaft

einem freiwilligen Grundeinkommen, welches wir uns gegenseitig gewähren, lösen wir den Staat als Versorger ab. Während unser gegenwärtiges Geld ohne relevanten Aufwand aus dem Nichts geschöpft wird, ist ein großer Aufwand nötig, um die mit der Geldschöpfung geschaffene Schuld wieder zu begleichen. Damit das Geld nach seiner Schöpfung zur Quelle zurückgeführt wird, um es dort zu löschen, sind wir genötigt, wirtschaftliche Aktivitäten zu erbringen.

Ich schlage deshalb ein Gleichgewichtsgeld vor. Dabei werden die Geldschöpfung und die Geldlöschung anders gehandhabt. Das Geld wird weiterhin aus dem Nichts geschaffen, allerdings ohne zugleich eine Schuld zu erzeugen, welche es notwendig macht, dass das geschaffene Geld wieder zur Quelle zurückkehren muss. Beim Gleichgewichtsgeld wird das Geld als positives Guthaben erzeugt und direkt als Grundeinkommen an die Menschen ausgezahlt. Um die Geldmenge zu beschränken, damit die Kaufkraft einer Geldeinheit möglichst stabil bleibt, wird ein prozentualer Anteil des geschaffenen Geldes in regelmäßigen Abständen wieder gelöscht. Egal, auf welchem Konto sich das Geld befindet.

Als Währungsbezeichnung für das Gleichgewichtsgeld werde ich im Folgenden die Bezeichnung „Credere“ verwenden. Der Name verweist darauf, was Geld ausmacht: unser Vertrauen darauf, dass wir dafür etwas erhalten können und dass wir uns

Ordnung ohne Herrschaft

gegenseitig Kredit geben, weil wir gemeinsam mehr erreichen können. Gehen wir für die folgenden Ausführungen davon aus, dass die Kaufkraft und somit der Wechselkurs von Credere und Euro 1:1 ist. Wir würden also sowohl den Euro als gesetzliches Zahlungsmittel als auch Credere als private komplementäre Währung verwenden können. Credere wird erzeugt, indem jedem Menschen jeden Monat ein Betrag von 1.000 Credere auf seinem Konto gutgeschrieben wird. Um die Geldmenge stabil zu halten, wird von allen Konten (egal, ob diese Konten einem Menschen, einer Gemeinde oder einem Unternehmen zugeordnet sind) jeden Monat 1 % des Guthabens gelöscht. Sind im Laufe eines Monats keine Transaktionen auf dem Konto erfolgt, so hat sich ein Guthaben von 1.000 Credere entsprechend um 1 % auf 990 Credere verringert. Ist kein Guthaben auf einem Konto, so erfolgt auch keine Löschung.

Da es sich bei der Löschung um einen technischen Vorgang zur Stabilisierung der Geldmenge handelt und nicht um eine Gebühr oder Steuer, erfolgt durch die Löschung auch keine Umverteilung von Geldern – im Gegensatz zur Erhebung der Einkommenssteuer durch den Staat, der mit den vereinnahmten Geldern seine Ausgaben finanziert. Auch entspricht die Löschung beim Gleichgewichtsgeld keinen Negativzinsen oder Gebühren, wie diese im Eurosystem aktuell von der EZB für Zentralbankgeld und von den Banken für Buchgeld

Ordnung ohne Herrschaft

erhoben werden. Die von den Banken erhobene Gebühr wird von den Banken vereinnahmt und hat entsprechend auch keinen Einfluss auf die vorhandene Geldmenge des Euro. Hinter der Löschung von Geldeinheiten im Gleichgewichtsgeld steht das Ziel, die Geldmenge relativ zur Anzahl der Menschen stabil zu halten. Diese Begrenzung der Geldmenge durch Löschung sollte nicht verwechselt werden mit scheinbar ähnlichen Konzepten wie z. B. der Umlaufsicherung, welche im Freigeldkonzept von Silvio Gesell vorgesehen wurde. Die Umlaufsicherung ist eine Gebühr, welche auf das Halten von Geld erhoben wird, und es war angedacht, die Einnahmen daraus zur finanziellen Unterstützung von Witwen und Waisen zu verwenden.

Die prozentuale Löschung der geschaffenen Geldeinheiten über die Zeit soll neben der Stabilisierung der Geldmenge auch der Akkumulation von Vermögen in unserem heutigen Geldsystem entgegenwirken. Im bestehenden Eurogeldsystem haben die Menschen einen Vorteil, wenn sie bereits Vermögen haben, denn sie können dann leichter zusätzliches Geld durch Kredite erhalten. Mit diesen Krediten können sie dann wiederum Anlagen erwerben, welche weitere Zinseinkünfte generieren. Dadurch unterstützt das bestehende Geldsystem eine ungleiche Vermögensverteilung und fördert die Ansammlung großer Vermögensmassen. Die prozentuale Löschung von existierenden Guthaben innerhalb des

Ordnung ohne Herrschaft

Gleichgewichtsgeldes wirkt der ungleichen Vermögensverteilung entgegen.

Einen weiteren Beitrag zur Angleichung der Vermögensverhältnisse leistet die Schöpfung von Credere als positives Kontoguthaben, womit automatisch ein Grundeinkommen integriert ist. Da es sich bei Credere um eine private Komplementärwährung handelt, ist seine Nutzung jedem Menschen freigestellt. Mit der Einbettung eines Grundeinkommens in die technische Funktionsweise des Geldsystems und der freiwilligen Nutzung der Währung können wir auf den gewalttätigen Zwangsapparat des Staates zur Umverteilung von Geld verzichten. Aufgrund der freiwilligen Nutzung von Credere gibt es keine Garantie, dass jeder Mensch nur durch die Verwendung von Credere alle seine Grundbedürfnisse stillen können. Credere ist ein freiwilliges Grundeinkommen, weil niemand gezwungen werden soll, einen anderen Menschen versorgen zu müssen. Die Leistungen, welche erbracht werden müssen, damit wir mit den grundlegenden Dingen versorgt werden (z. B. Kleidung, Nahrung und Unterkunft), können niemals durch Geld sichergestellt werden. Wir müssen die dafür benötigte Arbeit weiterhin selbst erbringen.

Wenn wir nicht alle Tätigkeiten selbst verrichten wollen, werden wir andere Menschen angemessen vergüten und respektvoll mit ihnen umgehen müssen. Da die emanzipatorische Wirkung von Credere nicht

Ordnung ohne Herrschaft

schlagartig einsetzt, sondern Menschen nach und nach dazu befähigt werden, ihre Beschäftigung zu wechseln oder ganz aufzugeben, haben wir eine Übergangszeit, in welcher wir einen anderen Umgang miteinander lernen können. Im Moment sind wir noch nicht so weit, alle Menschen ausschließlich von Maschinen versorgen zu lassen. Sollte uns ein veränderter Umgang nicht gelingen oder z. B. Führungskräfte nicht bereit sein, ihre Unternehmenskultur entsprechend anzupassen, können sie versuchen, die Angestellten – welche sie in der Folge verlieren werden – durch Automatisierung zu ersetzen. Allerdings werden sie den Umgang mit ihren Lieferanten trotzdem den neuen Gepflogenheiten anpassen müssen, wenn sie in Zukunft noch produzieren wollen.

Ein finanzielles Einkommen oder Vermögen ist keine Garantie dafür, eine bestimmte Leistung zu erhalten. Wir müssen uns fragen, wie ernst wir es mit einem selbstbestimmten Leben meinen. Ein selbstbestimmtes Leben bedeutet auch, dass wir darauf verzichten, andere Menschen zu zwingen, uns zu versorgen. Heute verspricht uns der Staat, dass wir alle versorgt werden. Dieses Sicherheitsversprechen erkaufen wir uns durch Unfreiheit und Zustimmung zur Gewalt. Ob dieses Versprechen in einer Krise erfüllt werden kann, ist sehr zweifelhaft. Wenn Menschen in Not Hilfe erhalten, stammt diese Hilfe immer von anderen Menschen und nicht vom Staat. Denn der Staat nimmt die Mittel, auf welche er zurückgreift, von seinen Bürgern, um sie

Ordnung ohne Herrschaft

anschließend verteilen zu können. Entsprechend plädiere ich dafür, dass wir uns mit Credere auf ein freiwilliges Grundeinkommen einlassen, um zu erleben, wie viel sicherer unser Leben sein kann, wenn es keine Instanz gibt, welcher es erlaubt ist, gewaltsam in unser Leben einzugreifen. Ohne Staat können wir uns darauf konzentrieren, mit denjenigen Menschen zu kooperieren, mit denen wir kooperieren wollen, anstatt unsere Energie damit zu vergeuden, uns gegen staatliche Bevormundung zu wehren.

Können wir sicherstellen, dass die Güter für unsere Grundversorgung auch weiterhin verfügbar bleiben? Nein. Das ist allerdings kein Unterschied zum jetzigen System. Sicherheit ist eine Illusion. Ich plädiere dafür, dass wir aufhören, Gewalt zu akzeptieren, um uns weiterhin einer Sicherheitsillusion hingeben zu können, und uns darauf konzentrieren, unsere Gesellschaft und unsere Wirtschaft resilienter zu machen. Auch wenn die gegenwärtige Überproduktion nicht beibehalten wird, weil das Grundeinkommen uns vom Zwang befreit, für Geld zu arbeiten, ist ein Wirtschaftssystem mit einem Grundeinkommen via Geldschöpfung weniger krisenanfällig. Da wir durch dieses Grundeinkommen immer über Geld verfügen, unabhängig davon, wie sich Beschäftigung, Konsum, Steuereinnahmen oder Wirtschaft entwickeln, wirkt es auf eine Vielzahl von Ereignissen dämpfend und verhindert, dass sich diese zu einer Krise aufschaukeln können. Die Potenziale der

Ordnung ohne Herrschaft

Automatisierung könnten wieder dafür genutzt werden, dass wir alle weniger arbeiten. Eine technische Innovation, welche einen Wirtschaftszweig obsolet macht, würde nicht mehr zur Krise führen, nur weil viele Menschen plötzlich ohne Erwerbseinkommen sind. Eine wirtschaftliche Veränderung, wie z. B. der Kohleausstieg in Deutschland, hätte viel einfacher vollzogen werden können. Ein Anstieg der Arbeitskosten aufgrund der Kombination von umlagefinanzierter Rente und Veränderung der Altersstruktur unserer Gesellschaft, würde vermieden werden. Eine Postwachstumsgesellschaft, in welcher weniger gearbeitet und konsumiert wird, könnte durch ein im Geldsystem verankertes Grundeinkommen viel einfacher realisiert werden.

Gehen wir zurück in unsere Backstube aus Kapitel I.3.3.3 und betrachten die Auswirkungen, die ein Grundeinkommen auf unsere Versorgungslage haben kann. Wählen wir ein zu geringes Grundeinkommen, welches nichts an unserer Notwendigkeit eines Erwerbseinkommens verändert, würden wir unverändert unserer Arbeit nachgehen, und Waren würden im gleichen Umfang wie bisher produziert werden. Da unser Grundeinkommen in Credere freiwillig ist, kann es auch sein, dass Unternehmer oder unser Vermieter die Währung nicht akzeptieren. Auch wenn das Grundeinkommen eigentlich hoch genug wäre, sind wir dann weiterhin auf eine Erwerbsarbeit angewiesen,

Ordnung ohne Herrschaft

weil wir Euros benötigen, um unsere Ausgaben zu decken, und im Austausch gegen Credere keine Grundversorgung erhalten.

Gehen wir nun davon aus, dass uns das Grundeinkommen ermöglicht, unsere Arbeitszeit zu halbieren. Die Angestellten unseres Bäckers möchten nur noch 20 Stunden pro Woche arbeiten statt 40 Stunden. Wenn unser Bäckereihinhaber genügend andere Menschen findet, welche die 20 Stunden Arbeit übernehmen, würde sich weiterhin keine Änderung ergeben. Da die Veränderung des Arbeitsangebotes allerdings nicht nur unseren Bäcker betreffen würde, sondern alle Angestellten in allen Wirtschaftsbereichen, wenn vielleicht auch in unterschiedlichem Umfang, so ist es unwahrscheinlich, dass eine solche Arbeitszeiteinschränkung einfach durch andere Menschen kompensiert würde. Unserem Inhaber verbleiben verschiedene Optionen. Entweder er verringert den Bedarf an menschlicher Arbeitskraft und setzt mehr Maschinen ein. Er kann sich auch entscheiden, bessere Arbeitsbedingungen als andere Bäcker anzubieten und eine höhere Entlohnung. Wenn diese Maßnahmen und Anreize nicht genügen, um entweder die verringerte Arbeitsbereitschaft zu kompensieren oder die Arbeitsbereitschaft der Angestellten ausreichend in Richtung einer 40-Stunden-Woche zu verschieben, ist davon auszugehen, dass sowohl die Brötchen teurer werden,

Ordnung ohne Herrschaft

um die höheren Produktionskosten auszugleichen, und das Angebot trotzdem zurückgehen würde.

Hier wird ein automatischer Regelkreis erkennbar, welcher die Wirkung eines Grundeinkommens deutlich beschränkt. Sobald das Grundeinkommen hoch genug ist, um seinen ursprünglichen Zweck zu erfüllen, und unsere Notwendigkeit zur Erwerbsarbeit verringert, führt das verminderte Arbeitsangebot wiederum zu einem Preisimpuls, welcher die Güter des täglichen Bedarfs verteuert. Dadurch schwächt sich der emanzipatorische Effekt eines Grundeinkommens selbst wieder ab. Es sei denn, es gelingt uns, das verminderte Arbeitsangebot durch die Nutzung von Maschinen zu kompensieren. Um die Preiseffekte des Grundeinkommens möglichst niedrig zu halten, ist es sinnvoll, das Grundeinkommen stufenweise über einen längeren Zeitraum einzuführen, bevor es in der maximalen Höhe von 1.000 Credere ausgezahlt wird. Entsprechend erscheint es mir sinnvoll, zunächst mit einem Betrag von 100 Credere im Monat zu beginnen und den Betrag weiter zu erhöhen, wenn die Akzeptanz eines Grundeinkommens innerhalb der Bevölkerung zunimmt. Die maximale Höhe des Grundeinkommens würde ausgezahlt werden, wenn 90 % der Bevölkerung eines Landes hinter dem Grundeinkommen stehen, indem sie es sowohl in Anspruch nehmen als auch bereit sind, sich in Credere entlohnen zu lassen.

Ordnung ohne Herrschaft

Ein Grundeinkommen, welches durch staatliche Umverteilung innerhalb des Eurosystems eingeführt wird und nicht durch Geldschöpfung, bringt das Problem mit sich, dass eine Preisanpassung sehr viel direkter wirksam wird. Würde z. B. ein Grundeinkommen über eine Anhebung der Umsatzsteuer finanziert werden, führt dies zu einer sofortigen Preissteigerung aller Waren. Sofern wir das Grundeinkommen ggf. auch für Ausgaben verwenden können, welche nicht mit einer Umsatzsteuer belegt sind, wie z. B. unsere Wohnungsmiete, kann das staatliche Grundeinkommen sogar einen Kaufkraftverlust zur Folge haben. Sollten wir uns entscheiden, weniger als zuvor zu konsumieren, müsste die Umsatzsteuer weiter angehoben werden, wenn es nicht zu einem Defizit im Staatshaushalt kommen soll.

Diese Abhängigkeiten werden bei meinem Modell vermieden. Die Preise bleiben zunächst unverändert, und ob es Unternehmen gelingt, Preiserhöhungen durchzusetzen, wird davon abhängen, wie stark der Wettbewerb auf den einzelnen Märkten ist. Da das Grundeinkommen aus dem Geldsystem stammt, muss es nicht gegenfinanziert werden, und das System funktioniert unabhängig davon, in welchem Umfang wir weiterhin konsumieren. Auch bei einer indirekten Finanzierung eines Grundeinkommens z. B. über die Einkommenssteuer würden negative Effekte in ähnlicher Form auftreten, da die Erhöhung des Einkommens durch

Ordnung ohne Herrschaft

das Grundeinkommen zugleich zu einem verminderten Einkommen aus der Erwerbsarbeit führt.

Natürlich würde es auch bei einem staatlichen Grundeinkommen zu einigen Umverteilungseffekten innerhalb der Bevölkerung eines Landes kommen. Welche Gruppe hierbei am meisten profitiert, lässt sich schwer vorhersagen, da dies je nach Höhe des Einkommens und des Konsumverhaltens sehr unterschiedlich ausfallen kann. Vor allem könnte die Eigentumsgarantie des Staates im Ergebnis dazu führen, dass gerade die Menschen, welche kein Vermögen haben und zur Miete wohnen, noch schlechter gestellt werden, als es gegenwärtig der Fall ist. Entsprechend ist von einem staatlichen Grundeinkommen nicht zu erwarten, dass es die nötige Emanzipation ermöglicht, welche wir für eine grundlegende Neugestaltung unseres Wirtschaftssystems benötigen.

Die Ablösung des Staates wird mit der Einführung eines staatlichen Grundeinkommens ebenfalls erschwert. Entsprechend ist Credere zielführender, wenn es auch um die Überwindung des Staates gehen soll. Die stufenweise Einführung des Grundeinkommens auf freiwilliger Basis steht auch im Einklang mit unserem Ziel einer gewaltfreien Gesellschaft, in welcher jeder selbst darüber entscheiden können soll, ob er ein Grundeinkommen als sinnvoll erachtet oder nicht. Im Zweifel sorgt die Ablehnung einer allgemeinen Grundversorgung innerhalb der Bevölkerung ohnehin

Ordnung ohne Herrschaft

dafür, dass die Befreiung von einer Erwerbsarbeit nicht eintreten wird. Solange wir nicht überzeugt sind, dass wir auch ohne Zwang zur Erwerbsarbeit eine ausreichende Versorgung erhalten, wird auch das Grundeinkommen uns nicht von der Erwerbsarbeit befreien können.

Das Grundeinkommen wird nur dann jedem Menschen eine Grundversorgung ermöglichen, wenn wir bereit sind, die benötigten Versorgungsleistungen günstig genug zu erbringen. Die Möglichkeit dafür besteht durchaus, schließlich sind in der Landwirtschaft, dem verarbeitenden Gewerbe sowie in der Versorgung mit Energie und Wasser weniger als 25 % der Beschäftigten tätig. Eine mögliche Entwicklung mit einem Grundeinkommen könnte dazu führen, dass wir unsere bisherige Erwerbsarbeit statt 40 Stunden nur noch 20 Stunden pro Woche ausüben. Von den 20 Stunden pro Woche, welche wir dann zu unserer freien Verfügung haben, nutzen wir vielleicht 10 Stunden pro Woche, um einer frei gewählten Aufgabe in einem Bereich der Grundversorgung nachzugehen. Eventuell üben wir diese Tätigkeit gegen eine geringere Entlohnung oder ehrenamtlich aus, weil wir wollen, dass jeder Mensch seine Grundversorgung über das Grundeinkommen decken kann. Was uns ein Grundeinkommen wirklich ermöglichen wird, hängt vor allem davon ab, was wir bereit sind, füreinander zu leisten, und welches Leben wir einander gönnen wollen.

Ordnung ohne Herrschaft

Ein Grundeinkommen wird also nicht sicherstellen, dass wir so viele Brötchen beim Bäcker erhalten, wie wir es uns wünschen. Weil nicht das Geld es ist, welches das Getreide anbaut und erntet, das Korn zu Mehl mahlt und schließlich aus dem Mehl die Brötchen backt. Für all diese Tätigkeiten sind Menschen nötig, selbst wenn unsere Aufgabe nur darin besteht, dass wir die Maschinen bauen bzw. bedienen, welche diese Tätigkeiten für uns ausführen. Unsere Abhängigkeit vom Geldeinkommen mag dazu beitragen, dass sich mehr Menschen für diese Tätigkeiten entscheiden, als wenn sie kein Geld dafür erhalten würden. Getan werden muss die Arbeit trotzdem, und Geld arbeitet nun einmal nicht. Wenn wir uns von unserem Grundeinkommen auch am Sonntag frische Brötchen beim Bäcker kaufen können wollen, brauchen wir dafür mehr als nur Geld. Mit einem emanzipatorischen Grundeinkommen wird die Bereitschaft anderer Menschen, uns zu versorgen, davon abhängen, wie wir miteinander umgehen. Sind wir nicht bereit oder in der Lage, die Menschen und die Leistung, welche sie für uns erbringen, so wertzuschätzen, dass sie uns gerne versorgen, werden wir lernen müssen, unsere Sonntagsbrötchen in Zukunft selbst zu backen. Nicht das Grundeinkommen wird für unsere Befreiung von der Erwerbsarbeit sorgen, sondern nur unser Umgang miteinander. Credere hat das Potenzial, eine solche Entwicklung auf einfachem Weg zu ermöglichen, indem es Liquidität zur Verfügung stellt.

Ordnung ohne Herrschaft

Jeder von uns wird mit seiner Entscheidung, ob er Credere verwendet oder nicht, beeinflussen, welche Möglichkeiten sich für uns durch das freiwillige Grundeinkommen eröffnen. Je mehr wir bereit sind, alle Menschen zu versorgen, ohne zu wissen oder gar zu prüfen, welche Leistung sie für uns bzw. die Gesellschaft erbringen, umso selbstbestimmter und gewaltfreier werden wir alle unser Leben führen können.

Unser Umgang mit Geld ist eine erlernte Sozialtechnik, die wir zunächst von unserem Umfeld übernehmen. Unsere Erfahrung mit Geld beeinflusst, wie wir zukünftig damit und miteinander umgehen. Die meisten von uns dürften die Erfahrung gemacht haben, dass Geld knapp ist. Während wir zu besonderen Anlässen vielleicht Geld geschenkt bekommen haben, wurde uns vor allem beigebracht, dass wir uns Geld verdienen müssen. Einige von uns mögen ihr Taschengeld als Geschenk erhalten haben, andere sollten als Gegenleistung im Haushalt helfen, und wieder andere haben gar kein Taschengeld bekommen und hätten trotzdem im Haushalt helfen sollen. Je nachdem wie wir es geschafft haben, an Geld zu gelangen, sind wir vielleicht der Meinung, dass wir mit der Bezahlung einen Anspruch auf Leistungen anderer Menschen hätten. Mit dieser Sichtweise übernehmen wir in unserem Leben die gleiche gewalttätige Haltung, welche auch der staatlichen Ordnung zugrunde liegt.

Ordnung ohne Herrschaft

Dabei laufen wir Gefahr, dass wir Menschen nur als Mittel zum Zweck zur Erreichung unserer Ziele ansehen und implizit bereit sind, mit ihnen unmenschlich umzugehen. So können wir die Entlohnung der Erwerbsarbeit ebenso als Entschädigung für erlittenes Arbeitsleid ansehen. Der Lohn ist dann keine Bezahlung, sondern eine Wiedergutmachung für geopfert Lebenszeit. Wenn wir das so „erlittene“ Geld ausgeben, ist es uns vielleicht egal, ob andere Menschen ebenfalls Arbeitsleid erfahren. Vielleicht erleben wir sogar so etwas wie Genugtuung, wenn andere Menschen ebenso unter ihrer Arbeit leiden wie wir. Daher gibt es Menschen, welche sich gegen ein Grundeinkommen aussprechen, weil ihnen die Vorstellung nicht gefällt, dass wir in unserem Leben weniger Arbeitsleid erfahren könnten, als sie es im eigenen Leben erfahren haben. Denn in unserem heutigen Wirtschaftssystem müssen wir erst unsere Nützlichkeit beweisen, bevor wir eine Entlohnung beanspruchen dürfen.

Mit Credere können wir diese Vorgabe verändern. Das Grundeinkommen gewährt uns einen generellen Zugang zu den gesellschaftlichen Ressourcen, ohne uns einer Nützlichkeitsprüfung zu unterziehen. Durch die Schöpfung von Credere als positives Guthaben verschwindet auch die Kopplung von Geld und Schuld aus unserem Geldsystem. So kann Credere ein Gelderlebnis ermöglichen, welches nicht auf Leid und Schuld, sondern auf Wertschätzung aufbaut. Damit

Ordnung ohne Herrschaft

können wir eine demütigere Haltung einnehmen und Geld als Verpflichtung betrachten. Wir verpflichten uns, es weiterzugeben, nachdem wir es erhalten haben, um Leistungen anderer Menschen wertzuschätzen, welche diese freiwillig für uns erbracht haben. Statt einen Anspruch zu erheben, drücken wir unsere Dankbarkeit aus.

Geld ist eine Form zwischenmenschlicher Kommunikation. So wie Kommunikation abwertend und gewaltsam oder respektvoll und freundschaftlich sein kann, so kann auch Geld sehr verschieden verwendet werden. Wir können Geld verwenden, um Macht auszuüben und Menschen dazu zu zwingen, unerwünschte Tätigkeiten auszuführen. Dadurch tragen wir dazu bei, dass unsere zwischenmenschlichen Beziehungen weiter geschwächt werden. Wir können mit *Credere* einen anderen Weg beschreiten, indem wir uns nicht mehr gegenseitig auf eine minimale Entlohnung herunterzuhandeln versuchen und uns stattdessen so entlohnen, dass sich alle Beteiligten wertgeschätzt fühlen. Geld kann durchaus auch dazu verwendet werden, unsere zwischenmenschlichen Beziehungen zu stärken.

III.3.3.1 Löschung des Geldes

Bei *Credere* wird, wie bereits beschrieben, die Geldmenge beschränkt, indem ein prozentualer Anteil der Geldmenge regelmäßig gelöscht wird. Jeden Monat wird 1 % der existierenden Geldmenge gelöscht. Damit

Ordnung ohne Herrschaft

liegt die maximale Geldmenge bei 100.000 Credere je Mensch, denn bei dieser Geldmenge sind die monatliche Geldschöpfung von 1.000 Credere und die Geldlöschung im Gleichgewicht. Ein Währungsdesign, das sich selbst stabilisiert und – ohne dass wir eingreifen – in der Lage ist, ein dynamisches Gleichgewicht zu erreichen, in welchem Geldschöpfung und Geldlöschung einander ausgleichen, ist das Kennzeichen eines Gleichgewichtsgeldes. Erst wenn ein Mensch stirbt und damit die Schöpfung der 1.000 Credere jeden Monat entfällt, lösen sich die maximal 100.000 Credere nach und nach wieder auf.

Wenn es mehr Menschen gibt, steigt die Credere-Geldmenge, und sie sinkt, wenn es weniger Menschen geben sollte. So wird sichergestellt, dass sich die Geldmenge permanent an die Größe der Bevölkerung anpasst. Dadurch wird die Geldmenge zu einer echten exogenen Größe für unser Wirtschaftssystem. Credere wird ausschließlich durch die Auszahlung als Grundeinkommen geschöpft. Eine Schöpfung von Credere mittels Kreditvergabe ist ausgeschlossen. Sowohl Zentralbanken als auch die Kreditgeldschöpfung durch die Banken werden damit unnötig, da die Geldmenge sich automatisch der Anzahl der lebenden Menschen anpasst. Ein manueller Eingriff in die Geldmenge aufgrund partikularer Interessen kann grundsätzlich ausgeschlossen werden. So erlangt kein

Ordnung ohne Herrschaft

Unternehmen mehr einen wirtschaftlichen Vorteil, weil es ihm erlaubt ist, selbst Buchgeld zu schöpfen.

Da Credere als private komplementäre Währung weder der Wertdefinition des Metallismus noch des Chartalismus entspricht, braucht es noch eine Erklärung, warum Credere überhaupt als Zahlungsmittel akzeptiert werden sollte. Es gibt bereits gegenwärtig verschiedene private Währungen, die von Menschen genutzt werden. Darunter finden sich sehr verschiedene Varianten – angefangen von Regionalwährungen wie z. B. dem Chiemgauer über nationale Komplementärwährungen wie dem WIR, der von der WIR-Bank in der Schweiz herausgegeben wird, oder internationale Währungen auf der Grundlage von dezentralen Datenbanken und Kryptographie wie z. B. Bitcoin oder Ethereum. Alle Komplementärwährungen haben gemeinsam, dass ihre Entstehung auf einer ideellen Wertvorstellung ihrer Schöpfer beruht. Diese Wertvorstellung allein genügt allerdings nicht, damit eine Komplementärwährung auch als Zahlungsmittel von Menschen oder Unternehmern akzeptiert wird, vor allem wenn diese Personen die ideellen Werte nicht teilen.

III.3.3.2 Geld und Wert: Lebenszeitwerttheorie

Damit eine Komplementärwährung auch als Zahlungsmittel fungieren kann, muss sie in der Lage sein, einen Wert zu repräsentieren. Dieser Wert ergibt sich aus der Verfügbarkeit und dem Zugang zur jeweiligen Währung. Die meisten Komplementärwährungen sind in

Ordnung ohne Herrschaft

irgendeiner Form in mindestens ein gesetzliches Zahlungsmittel wechselbar. Aufgrund dieser Verbindung könnten wir jetzt davon ausgehen, dass sich der Wert einer Komplementärwährung allein aus der Konvertierbarkeit in ein gesetzliches Zahlungsmittel ergibt. Es wäre somit einfach, zu behaupten, der Wert einer privaten Währung basiert ebenso auf dem Chartalismus wie derjenige des gesetzlichen Zahlungsmittels.

Dies stimmt allerdings nur zum Teil und hilft uns für Credere nicht weiter. Schließlich beruht diese Wertdefinition auf der staatlichen Gewalt, welche die Zahlung von Steuern erzwingt. Da wir beabsichtigen, sowohl das Gewaltmonopol als auch den Staat und seine Steuererhebung zu überwinden, benötigen wir eine alternative Werttheorie, um zu erklären, warum Credere als Zahlungsmittel auch dann noch funktioniert, wenn es keinen Staat mehr gibt. Wenn wir Geld in beliebigem Umfang aus dem Nichts heraus erschaffen können, kann dieser Vorgang nicht dazu führen, dem Geld einen Wert zu verleihen. Ein Nichts bleibt ein Nichts, auch wenn wir es als Geld bezeichnen. Der Wert, den wir einer Geldeinheit beimessen, kann somit nicht aus dem Vorgang der Schöpfung stammen. Stattdessen entspringt der Wert, welchen wir dem Geld beimessen, der Arbeit, welche wir erbringen müssen, um an eine Geldeinheit zu gelangen. Für diejenigen Menschen, welche ihr Geld aufgrund einer Erwerbsarbeit erhalten,

Ordnung ohne Herrschaft

speist sich der Wert einer Geldeinheit zusätzlich aus dem erlebten Arbeitsleid. Sind wir in der komfortablen Situation, unsere Arbeit als sinnstiftend und erfüllend zu erleben, so haben wir auf jeden Fall einen Teil unserer Lebenszeit hingegeben, um die Tätigkeit zu erbringen, für welche wir entlohnt werden. Credere wird geschöpft, indem es als freiwilliges Grundeinkommen an jeden Menschen ausgezahlt wird, ohne dass wir dafür Lebenszeit aufwenden müssten. Allerdings ist davon auszugehen, dass wir neben dem Grundeinkommen weiterhin Tätigkeiten gegen Bezahlung ausüben werden, sodass wir neben dem Bezug des Grundeinkommens trotzdem die Erfahrung machen werden, dass wir Lebenszeit gegen Geld eintauschen.

Aufgrund der Verbindung zwischen unserer Wertschätzung für eine Geldeinheit mit der Lebenszeit, welche wir für deren Erhalt aufgewendet haben, bezeichne ich meine Geldwerttheorie als „Lebenszeitwerttheorie“. Dieser Begriff ist inspiriert von dem Film „In Time – Deine Zeit läuft ab“. In diesem Thriller wird eine dystopische kapitalistische Gesellschaft dargestellt, in welcher die Menschen insofern unsterblich sind, als sie aufgrund einer Genmanipulation ab einem Alter von 25 Jahren nicht mehr altern. Sie können nur aufgrund äußerer Einwirkung sterben. Allerdings ist die Währung, mit der sie bezahlen, ihre eigene Lebenszeit. Jeder Mensch trägt eine Lebenszeituhr, und läuft diese Uhr ab, wird der

Ordnung ohne Herrschaft

Mensch getötet. Die meisten Protagonisten sind darauf angewiesen, sich jeden Tag genügend Lebensstunden zu erarbeiten, dass sie sowohl den Tag überleben als auch ihre Ausgaben bestreiten können.

Auch wenn wir nicht direkt mit Lebenszeit bezahlen, so gibt die Lebenszeit, die wir für die Erlangung einer Geldeinheit aufwenden müssen, dieser ihren Wert. Da dieser Zeitaufwand für jeden Menschen verschieden ist, ist der Wert, den wir einer Geldeinheit beimessen, subjektiv. Diese Subjektivität, die ungleiche Vermögensverteilung und die Existenz leistungsloser Einkommen in Form von Kapitalerträgen können z. B. erklären, warum Kunstwerke ein lohnendes Spekulationsobjekt sind und für immer größere Geldbeträge verkauft werden. Wie viel Wert wir einer Geldeinheit beimessen, hängt davon ab, ob wir für eine Stunde Arbeit 10 Euro netto erhalten oder ob unsere Arbeitsstunde uns 100 Euro netto einbringt. Wenn unser Einkommen zum überwiegenden Teil aus Kapitalerträgen stammt, wird das Verhältnis von Geldwert zu Lebenszeit immer kleiner. Bei der Anschaffung von Investitionsgütern, wie z. B. einer Immobilie, wird der Preis durch Renditekalkulationen begrenzt. In anderen Märkten wie dem Kunstmarkt unterliegen Preise keiner solchen Beschränkung. Die einzige Grenze für den Preis eines Kunstwerks ist die Erwartung des Käufers, dass es in der Zukunft eine

Ordnung ohne Herrschaft

Person geben wird, welche bereit sein wird, noch mehr dafür zu zahlen.

Mit der Lebenszeitwerttheorie und der Subjektivität des Wertes einer Geldeinheit gilt es auch noch eine weitere ökonomische Annahme zu hinterfragen, um die Subjektivität einer Geldeinheit noch mal aus einer anderen Perspektive zu verdeutlichen. In der Ökonomie wird unterstellt, dass bei einem Kauf sowohl der Käufer als auch der Verkäufer identische Werte austauschen würden. Wenn unser Bäcker uns zehn Brötchen für je 1 € verkauft und wir ihm einen Geldschein von 10 € dafür geben, gibt es in der Ökonomie die Vorstellung, dass sowohl die Brötchen als auch die 10 € für uns und den Bäcker den gleichen Wert besitzen würden. Es ist allerdings sehr unwahrscheinlich, dass wir und der Bäcker die gleiche Zeit aufwenden müssten, um zehn Brötchen zu backen oder zehn Euro zu erhalten. Der Wert, welchen wir den Brötchen beimessen, schwankt in Abhängigkeit davon, wie hungrig wir gerade sind. Wenn wir die Vorstellung vom identischen Wert von Ware und Preis übernehmen, bekommen wir auch ein Problem, zu erklären, warum wir die Ware überhaupt erwerben. Schließlich würden wir, wenn wir dem Geld und der Ware den gleichen Wert beimessen, unsere Situation durch den Kauf nicht verbessern. Genauso hätte der Verkäufer keinen Grund dafür, uns etwas zu verkaufen.

Die Grundannahme der Praxeologie – wie sie von Ludwig von Mises angedacht wurde – hilft dieses

Ordnung ohne Herrschaft

scheinbare Dilemma aufzulösen. Sie besagt, dass wir nur dann handeln, wenn wir erwarten, dass wir damit unsere Situation verbessern können. Entsprechend schätzen wir in dem Moment, in dem wir die Brötchen kaufen, die Brötchen als wertvoller ein als die Euros, die wir dafür bezahlen. Für den Verkäufer gilt das Gleiche. Er hat keinen Bedarf an Brötchen, sondern an Geld, um seine Verbindlichkeiten beim Lieferanten zu begleichen und seine Angestellten zu entlohnen. Ein Handel kommt also nur dann zustande, wenn der Preis einer Ware so gestaltet ist, dass wir dem Geld, das wir bezahlen, weniger Wert beimessen als der Ware. Für den Verkäufer gilt dies mit umgekehrten Vorzeichen. Der Geldbetrag muss für ihn einen höheren Wert besitzen als die Ware, die er uns verkauft, sonst würde er sie einfach behalten. Natürlich ist es immer möglich, dass wir den Wert einer Ware falsch einschätzen und wir nach einiger Zeit unsere Meinung darüber ändern, ob eine Ware das Geld, welches wir gezahlt haben, wirklich wert gewesen ist.

III.3.3.3 Gleichgewichtsgeld Credere

III.3.3.3.1 Zusammenspiel von Credere und Euro

Wenn es neben Credere auch weiterhin den Euro gibt, der eben nicht mit 12 % pro Jahr gelöscht wird, warum sollten Unternehmen freiwillig Zahlungen in Credere annehmen? Unternehmen sind permanent dazu angehalten, mehr Umsatz zu machen. Wenn wir unsere monatlich verfügbaren Euros bereits für

Ordnung ohne Herrschaft

Zahlungen verwendet haben und nur noch Credere ausgeben können, dann kann ein Unternehmen seinen Umsatz nur steigern, wenn wir mit Credere bezahlen dürfen. Hier können wir die Systemlogik des Wachstums zu unserem Vorteil nutzen, um ein Gleichgewichtsgeld zu etablieren. Natürlich braucht es dafür viele Menschen, welche sich an Credere beteiligen. Große Konzerne werden nur dann Credere akzeptieren, wenn ein Verzicht bedeutet, dass ihnen erhebliche Umsätze entgingen. Die Nutzung von Credere wird sich für Unternehmen rechnen, solange der Gewinn durch den zusätzlichen Umsatz höher ausfällt als der eventuelle Verlust aufgrund der Geldlöschung. Dabei können die Unternehmen durch eine zügige Weitergabe der eingenommenen Credere den Verlust durch die Löschung der Geldeinheiten weiter verringern. Dadurch entsteht sogar ein Anreiz für die Unternehmen, ihre Rechnungen schnell zu bezahlen. Das kann zu einem besseren Umgang der Unternehmen untereinander beitragen.

III.3.3.3.2 Die Verbreitung von Credere

Bis es so weit ist, dass Credere entsprechend hohe Umsätze bewirken kann, ist es unsere Aufgabe, kleinere und lokale Unternehmen davon zu überzeugen, dass sie einen Teil ihres Umsatzes in Credere akzeptieren. Dies ist wichtig, damit Credere als Zahlungsmittel für viele Menschen sichtbar wird. Ebenso braucht es Waren, welche zumindest anteilig in Credere bezahlt werden

Ordnung ohne Herrschaft

können, damit es sich für uns alle lohnt, Credere zu nutzen. Im ersten Schritt geht es darum, Credere im kleinen Geldkreislauf zu etablieren. Dieser Geldkreislauf ist die Verankerung von Credere innerhalb der Zahlung von Erwerbseinkommen. Er beginnt mit der Schöpfung der Credere, für welche wir dann Waren einkaufen. Anschließend geben die Unternehmen die Credere dann an ihre Lieferanten und Angestellten weiter, so dass die Credere wieder bei Menschen ankommen, welche diese erneut ausgeben.

Wichtig ist, dass es uns gelingt, Credere mittelfristig auch in den großen Geldkreislauf einzuspeisen. Der große Geldkreislauf besteht zwischen den Investoren und den Unternehmen. Wenn Unternehmen so viel Umsatz mit Credere machen, dass sie einen Teil ihrer Zinsen und Dividenden in Form von Credere zu zahlen beginnen, dann müssen die Investoren neben Euro auch Credere investieren, wenn sie vermeiden möchten, dass Credere von ihren Konten gelöscht wird. Mit einer Löschquote von 12 % pro Jahr sind auch Investitionen interessant, die eine Rendite von null Prozent oder weniger aufweisen, solange der Verlust weniger als 12 % beträgt. Auf diesem Weg wirkt Credere einer Vermögensakkumulation direkt entgegen.

III.3.3.3.3 Wie Credere unseren Umgang mit Geld verändert.

Credere soll dazu beitragen, unsere Vorstellung vom Geld zu verändern. Das Gleichgewichtsgeld soll vor allem

Ordnung ohne Herrschaft

als Zahlungsmittel dienen. Mit der steten Löschung der Guthaben über alle Konten hinweg wird dieser Fokus auf Zahlungen forciert. Ein Grund für die Bildung von Rücklagen ist die Risikovorsorge. Diese wird in ähnlichem Umfang weiterhin für uns möglich sein, da wir jeden Monat unser Grundeinkommen erhalten. Solange wir weniger als 100.000 Credere angespart haben, würde die Löschung von Geldeinheiten durch die für uns geschöpften Geldeinheiten wieder ausgeglichen werden. Allerdings würde der Sparvorgang sich immer weiter verlangsamen, je näher wir den 100.000 Credere kommen. Bei einem Guthaben von 10.000 Credere steigt unser Guthaben allein durch den Bezug des monatlichen Grundeinkommens um weitere 900 Credere an. Bei einem Guthaben von 90.000 Credere führt das Grundeinkommen zu einem Anstieg von 100 Credere, während 900 Credere durch die 1 %-Löschung direkt wieder verschwinden.

Mit dem Bezug des Grundeinkommens ist es also möglich, einige tausend Credere als Risikovorsorge zu halten. Ein Ansparen größerer Summen, wie diese z. B. gegenwärtig für den Erwerb von Immobilien benötigt werden, ist in Credere nicht sinnvoll. Hier ist es sinnvoller, die Immobilie über einen Kredit zu kaufen, statt zuvor den benötigten Betrag anzusparen. Mit der Verbreitung von Credere wird die Möglichkeit geschaffen, dass sogar der effektive Kreditzins unter 0 % fallen kann. Wenn wir Credere haben und aktuell keinen

Ordnung ohne Herrschaft

Bedarf, um sie auszugeben, ist es für uns sinnvoll, unsere Credere anderen Menschen zu leihen. Jede Vereinbarung, welche uns weniger als 12 % Verringerung des Geldes pro Jahr ermöglicht, stellt uns besser, als wenn wir das Geld auf dem Konto liegen lassen würden. Entsprechend ist davon auszugehen, dass auch Credere, welche gerade nicht als Zahlungsmittel verwendet werden, über den Kreditmarkt an die Menschen weitergegeben werden, welche aktuell Bedarf dafür haben. Wenn wir Kredite zu einem Zinssatz von unter 0 % erhalten, ist das Risiko eines Kreditausfalls deutlich geringer, da die Gefahr einer Überschuldung sinkt. Darüber hinaus trägt auch unser Grundeinkommen dazu bei, das Risiko eines Kreditausfalls zu verringern, da wir immer wieder neues Geld erhalten, mit welchem wir unseren Kredit tilgen können. Gleichzeitig ist auch ein Verlust eines Geldbetrages für uns als Kreditgeber weniger tragisch, da wir ebenfalls über das Grundeinkommen abgesichert sind.

Insgesamt soll die Löschquote dazu führen, dass die Verhandlungsposition der Geldseite geschwächt wird, weil Geld sich ebenso über die Zeit auflöst, wie Waren altern oder verderben. Gleichzeitig sorgt das Grundeinkommen dafür, unsere Verhandlungsposition zu verbessern, wenn wir unsere Arbeitskraft verkaufen, da wir nach und nach immer weniger darauf angewiesen sein werden, ein Erwerbseinkommen zu haben. Auch

Ordnung ohne Herrschaft

wenn das Ansparen großer Geldbeträge in Credere erschwert wird, so werden die Auswirkungen von Credere auf das Zins- und Lohnniveau unser Leben ebenso erleichtern, wie das Grundeinkommen unsere Abhängigkeit von Erwerbsarbeit vermindert.

Sobald es gelungen ist, Credere im Geldkreislauf der Investitionen zu etablieren, vermindert sich auch der Renditedruck auf Immobilien. Credere soll dabei helfen, dass wir möglichst keine leistungslosen Einkommen mehr finanzieren müssen, egal ob über Kreditzinsen, Dividenden oder als Teil unserer Mietzahlungen. Da die Geldhaltung in Credere einem Verlust von 12 % pro Jahr entspricht, ist es für uns sinnvoller, die nicht benötigten Geldmittel in Projekte zu investieren, welche keinen Gewinn versprechen, sondern nur kostendeckend arbeiten und uns das investierte Geld zu einem späteren Zeitpunkt wieder zur Verfügung stellen. So können wir unseren Verlust durch die Geldlöschung minimieren und anderen Menschen ermöglichen, ihre Ideen für eine bessere Gesellschaft zu verwirklichen.

Während des Übergangs zu einer Gesellschaft ohne Staat können wir Credere auch verwenden, um Ländereien aus den bestehenden Eigentumsverhältnissen herauszukaufen und Erfahrungen sammeln, wie die Verwaltung von Land als Allmende am sinnvollsten zu organisieren ist, sodass eine nachhaltige Landnutzung erfolgt. Mit der Perspektive des Verschwindens der staatlichen

Ordnung ohne Herrschaft

Eigentumsgarantie würde auch der Boden als Spekulationsobjekt unattraktiver werden, da die Privilegien des aktuellen Status quo nicht fortbestehen würden. Auch hier kann uns Credere helfen, den Übergang einvernehmlich zu gestalten, indem wir den aktuellen Eigentümern die Eigentumsrechte mit Credere abkaufen und dann den Boden in eine gemeinschaftliche Verwaltung überführen. Je mehr Boden der Spekulation dauerhaft entzogen wird, umso geringer wird der Anteil der Bodenrenten, welche wir über die Preise bzw. über landwirtschaftliche Subventionen zahlen. Mit der Reduzierung der Bodenrenten erhöhen wir wiederum die Emanzipationskraft des Grundeinkommens, weil sich die Kosten für unsere Grundversorgung entsprechend verringern. Natürlich beschränkt sich diese gemeinschaftliche Nutzung nicht nur auf den Boden, sondern ebenso auf andere Ressourcen wie Grundwasser oder Fischfang. Die Nutzung aller Ressourcen unseres Planeten unterliegt dann nicht mehr einer staatlichen oder supranationalen Kontrollinstanz, welche einzelne Gruppen mit Privilegien ausstatten kann. Eine Nutzung von Ressourcen wird nur noch möglich und zulässig sein, wenn wir gemeinschaftlich und im Konsens Vereinbarungen treffen, welche von allen beteiligten und betroffenen Menschen freiwillig eingehalten werden.

Ordnung ohne Herrschaft

III.3.3.3.4 Einfluss von Credere auf unser Wirtschaften

Wir können das Gleichgewichtsgeld verwenden, um andere Formen des gemeinsamen Wirtschaftens zu etablieren – Wirtschaftsformen, in welchen Kooperation, verantwortliches Handeln und die nachhaltige Nutzung von Rohstoffen Vorrang haben gegenüber der Maximierung von Profiten. Eine wichtige Veränderung betrifft dabei unsere Rolle als Konsumenten. Mit dem Grundeinkommen erhalten wir die Möglichkeit, die Produktion der von uns benötigten Waren selbst vorzufinanzieren. So vermindern wir die Kapitalkosten und erhalten direkten Einfluss darauf, unter welchen Bedingungen unsere Waren produziert werden. Dies ist ein wichtiger Schritt, um zu einer Wirtschaft zu gelangen, welche produziert, um unsere Bedürfnisse zu stillen, anstatt bei uns Bedürfnisse zu wecken und uns als Mittel zur Steigerung von Umsatz und Gewinn zu benutzen.

III.3.3.3.5 Credere als globale Währung

Credere soll nicht in einzelnen Ländern oder nur auf einem Kontinent verfügbar sein, sondern über das Grundeinkommen soll jeder Mensch weltweit Zugang zu Credere erhalten. Die Verschiebung von arbeitsintensiven Tätigkeiten in andere Länder, weil dort aufgrund von Wechselkursen der nationalen Währungen menschliche Arbeitskraft günstig eingekauft werden kann, dürfte mit einer globalen Währung schnell der Vergangenheit angehören. Durch das Grundeinkommen

Ordnung ohne Herrschaft

und der sich daraus entwickelnden Nachfrage dürften sich weltweit die Preise zumindest für die Güter des Grundbedarfs schnell angleichen. Einen Eindruck davon, wie unterschiedlich menschliche Lebenszeit im heutigen System global bewertet wird, lässt sich durch eine Kombination der Daten zur Kaufkraft aus dem Big-Mac-Index und der Daten der OECD zum Durchschnittseinkommen veranschaulichen. Normalerweise wird der Big-Mac-Index verwendet, um Aussagen darüber zu treffen, in welchem Umfang eine Währung gegenüber einer anderen über- oder unterbewertet ist.

Ich finde es interessanter, diese Daten als Anhaltspunkt zu nehmen, wie unterschiedlich unsere Lebenszeit im globalen Vergleich bewertet wird. Im Jahr 2016 hätte sich eine Person vom Durchschnittseinkommen in Indien 782 Big Macs kaufen können, in China 3.524, in den USA 10.658 und in Deutschland wären es 12.852 Big Macs gewesen. Die Aussage, die Lohnunterschiede seien eine Folge der unterschiedlichen Produktivität, ist aus meiner Sicht eher eine Schutzbehauptung, um solche Unterschiede beizubehalten. Automatisierung findet in unserem heutigen Wirtschaftssystem statt, wenn sich diese finanziell lohnt. Solange eine Arbeitskraft zu günstig ist, gibt es keinen Grund, die Produktivität je Arbeitsstunde durch den Einsatz von Maschinen zu erhöhen. Die Abhängigkeit ist also eher so zu sehen, dass niedrige

Ordnung ohne Herrschaft

Löhne keine Steigerung der Arbeitsproduktivität notwendig machen.

Letztlich handelt es sich um eine zirkuläre Entwicklung, welche erst einmal in Gang gesetzt werden muss. Höhere Löhne machen eine Steigerung der Produktivität erforderlich, und wenn die Produktivität steigt, können wiederum höhere Löhne gefordert werden. Findet weder eine Lohnerhöhung statt noch eine Steigerung der Produktivität, dann kommt dieser Kreislauf nicht in Gang. Mit der Verfügbarkeit des Grundeinkommens sollte es gelingen, den Kreislauf von der Lohnseite aus anzustoßen. In je geringerem Maße und je teurer wir unsere Arbeitskraft anbieten, umso schonender wird mit unserer Lebenszeit auch im bestehenden Wirtschaftssystem umgegangen werden.

Mit einer globalen Währung verschwindet dann eine Form der Ausbeutung, welche durch die Wechselkurse zwischen den Währungen einzelner Länder ermöglicht wird. Indem ein Land den Wechselkurs seiner Landeswährung künstlich – durch Interventionen der eigenen Notenbank am Devisenmarkt – niedrig hält, sorgt es dafür, dass die inländischen Lohnkosten im Vergleich zu anderen Ländern niedriger ausfallen. So sollen Unternehmen ins Land geholt werden, um Waren für den Export zu produzieren. Insbesondere China wurde in den letzten beiden Jahrzehnten für seine Wechselkurspolitik von den USA und der EU kritisiert. Da überall auf der Erde eine Stunde Lebenszeit gleich lang

Ordnung ohne Herrschaft

ist, ist eine unterschiedliche Entlohnung hierfür nicht zu rechtfertigen. Schließlich ist es nicht das Verschulden des Angestellten, dass sein Land eine bestimmte Wechselkurspolitik verfolgt und es ihm nicht erlaubt ist, mit dem gleichen Ausbildungsniveau und der verfügbaren Technik genauso produktiv zu arbeiten, wie es in Ländern mit höherer Entlohnung der Fall ist.

III.3.3.3.6 Credere und die Delegiertenräte

Credere ist ein wichtiger Baustein für das Modell der freiwilligen globalen Kooperation. Da jeder Mensch über das Grundeinkommen in gleicher Weise an der Geldschöpfung beteiligt wird, verfügt jeder von uns über ein Mindestmaß an liquiden Mitteln. Mit diesem Geld können wir auch Delegierte finanziell unterstützen. Delegierte erhalten für ihre Tätigkeit kein Einkommen. Ob wir einen Delegierten nur ideell fördern oder ihm zusätzlich eine finanzielle Unterstützung zukommen lassen wollen, ist unsere individuelle Entscheidung. Wir sollten berücksichtigen, dass unsere finanzielle Zuwendung einem Delegierten helfen würde, unabhängig von anderen Geldgebern oder Einkommensquellen zu agieren, und er sich damit besser für Projekte einsetzen könnte, welche uns wichtig sind. Ein Delegierter muss für all seine Ausgaben selbst aufkommen, da es innerhalb des Modells der freiwilligen globalen Kooperation keine Möglichkeit gibt, Abgaben oder Steuern zu erheben, welche dann unter den Delegierten verteilt werden könnten. Die Delegierten

Ordnung ohne Herrschaft

können, wie jeder andere Mensch auch, an der Geldschöpfung von Credere teilhaben. Darüber hinaus sind sie auf unsere freiwillige Unterstützung angewiesen – ebenso wie wir Gelder für Projekte freiwillig bereitstellen, damit diese umgesetzt werden können. Ein Delegierter auf der globalen Ebene hätte jeden Monat 800.000 Credere zur Verfügung, wenn er von jedem seiner Wähler mit einem Credere pro Monat unterstützt würde. Mit diesem Betrag sollte es einem Delegierten möglich sein, seinen Lebensunterhalt, Reisen, ein Büro und eventuelle Angestellte sowie die Erstellung von Planungsunterlagen für Projekte finanzieren zu können.

III.3.3.3.7 Credere und der Außenhandel

Ein Wirtschaftssystem, welches offen und flexibel ist und zugleich eine hohe Resilienz aufweist, würde Ereignisse, die unser Wirtschaftssystem heute als Schock erschüttern, als bloßen Veränderungsimpuls integrieren. Vor allem dann, wenn dieses Wirtschaftssystem zugleich eine Geldordnung beinhaltet, in welcher aufgrund der Geldversorgung über das Grundeinkommen auch die plötzliche Arbeitslosigkeit vieler Menschen nicht zu einem Dominoeffekt führt. Mit einem Grundeinkommen aus dem Geldsystem heraus haben wir einen Puffer zur Verfügung, mit welchem wir Veränderung zulassen und gestalten können, statt mit Subventionen nicht mehr benötigte Industriezweige künstlich am Leben zu erhalten.

Ordnung ohne Herrschaft

Credere würde auch helfen, die Handelsbilanzen zwischen Ländern auszugleichen und so Konflikte zwischen Staaten zu verhindern, welche entstehen, weil Länder über längere Zeit einen Überschuss oder ein Defizit in ihrer Handelsbilanz aufweisen. Aufgrund des gegenwärtigen Schuldgeldsystems verursachen solche unausgeglichene Handelsbilanzen Abhängigkeiten zwischen den Staaten. Dass Länder bestrebt sind, dauerhaft einen Außenhandelsüberschuss zu generieren, ist ein Problem für die globale Arbeitsteilung. Hier wird deutlich, dass unserem Geldsystem eine ausgleichende Systematik fehlt. Wenn ein Land mehr Leistung exportiert, als es selbst von anderen Ländern zu importieren bereit ist, dann kommt der Welthandel in eine problematische Schiefelage.

Wenn Deutschland beansprucht, dauerhaft mehr Güter zu exportieren, als es importiert, sind andere Länder wie Frankreich und Griechenland gezwungen, ggf. zusätzlich Industrie nur für den Export aufzubauen, weil die Güter, welche eine Volkswirtschaft bereits produziert, nicht ausreichen, um das Außenhandelsdefizit auszugleichen. Letztlich lässt sich ein Defizit im Außenhandel kaum vom betroffenen Land selbst auflösen, da es darauf angewiesen ist, dass andere Länder – allen voran diejenigen mit Exportüberschüssen – bereit sind, ihnen Waren abzukaufen. Im Zuge der Finanzkrise 2008 wurde deutlich, welche Belastung es für die wirtschaftlichen Beziehungen bedeutet, wenn

Ordnung ohne Herrschaft

Länder untereinander unausgeglichene Handelsbilanzen aufweisen. Während Deutschland, die Niederlande und Irland Exportüberschüsse ansammelten, waren andere Länder wie Frankreich, Spanien und Griechenland gezwungen, ihre Exportdefizite über Verschuldung oder Vermögenstransfers zu finanzieren, weil ihnen kein adäquater Anteil an der weltweiten Warenproduktion eingeräumt wurde. Dieses Problem wird durch Credere entschärft, denn eine Anhäufung von Credere wird durch die 12 % jährliche Löschung deutlich unattraktiver. So trägt die Löschung dazu bei, dass auch die Länder mit einem Außenhandelsüberschuss ein größeres Interesse an einer ausgeglichenen Außenhandelsbilanz haben, als es im bestehenden Geldsystem der Fall ist.

Es kann nicht deutlich genug betont werden, dass ein ausgeglichener gegenseitiger freier Handel die beste Grundlage für Frieden ist. Wenn wir alle über Warenströme miteinander verbunden sind und somit jeder Konflikt oder gar Krieg dazu führen würde, dass unser aller Wohlstand und unsere Lebensqualität sinken, ist das die beste Friedenssicherung, die es geben kann. Nicht militärische Stärke sichert den Frieden, sondern die Verbundenheit der Menschen miteinander und die Bereitschaft, sich freiwillig in eine gegenseitige Abhängigkeit zu begeben. Es wird unsere Aufgabe sein zu zeigen, dass wir alle Menschen als gleichwertig ansehen und es an der Zeit ist, als Menschheit auch eine gemeinsame Währung zu verwenden.

Ordnung ohne Herrschaft

III.3.3.4 Wie gleich sollte Lohn sein?

Während das Grundeinkommen hilft, das globale Lohnniveau für gleiche Tätigkeiten anzugleichen, geht es ebenso darum, das Lohnniveau innerhalb eines Landes für unterschiedliche Tätigkeiten anzugleichen. Die Notwendigkeit zur Angleichung unserer Entlohnung ergibt sich aus der Überlegung, dass wir alle Menschen als gleichwertig ansehen wollen. Entsprechend sollte die Lebenszeit, welche wir für unsere gegenseitige Versorgung aufwenden, gleichermaßen honoriert werden. Gehen wir für das folgende Rechenbeispiel davon aus, das wir bis zu 50 Jahre unseres Lebens damit verbringen, einer Erwerbsarbeit nachzugehen – auch wenn sich dies in der Zukunft deutlich ändern mag, wenn das Grundeinkommen uns zumindest teilweise vom Zwang zur Erwerbsarbeit befreit.

Die einfachste Form einer Tätigkeit liegt vor, wenn Person A die nötigen Aufgaben direkt im Rahmen der Arbeit erklärt werden können und keine gesonderten Ausbildungszeiten anfallen. Entsprechend kann Person A ihre Tätigkeit komplett über einen Zeitraum von 50 Jahren ausüben und ein Einkommen erzielen. Eine andere Tätigkeit, welche von Person B ausgeübt wird, erfordert zunächst eine Ausbildung sowie in der Folge regelmäßige Weiterbildungen. Daher wendet Person B insgesamt 10 Jahre ihrer Erwerbszeit für ihre Aus- und Weiterbildung auf und kann von ihren 50 Jahren nur 40 Jahre nutzen, um ein Einkommen zu erzielen. Als

Ordnung ohne Herrschaft

letzte Variante nehmen wir eine Tätigkeit, welche unsere Person C so stark körperlich beansprucht, dass diese Arbeit statt 40 Stunden pro Woche nur 20 Stunden pro Woche ausgeübt werden sollte, um keine dauerhaften körperlichen Schäden zu verursachen. Sie kann unter dieser Voraussetzung die Tätigkeit zwar 50 Jahre ausführen, allerdings im Vergleich zu Person A und Person B nur die Arbeitsstunden von 25 Jahren für die Erzielung eines Einkommens nutzen.

Sowohl die Investition von Zeit für Aus- und Weiterbildung als auch die Kompensation von Ausfallzeiten aufgrund der Ausübung einer körperlich belastenden Tätigkeit sollten bei der Entlohnung berücksichtigt werden. Zum einen, um der Gleichwertigkeit aller Menschen gerecht zu werden, und zum anderen, damit sich auch nach der Einführung eines Grundeinkommens noch genügend Menschen finden, um die Tätigkeiten von Person B und Person C auszuüben. Entsprechend ergibt sich aufgrund der Zeiten, in denen ein Einkommen erzielt wird, ein Verhältnis von 50:40:25. Umgerechnet in einen Lohn pro Stunde würde, ausgehend von 10 € für Person A, Person B dann einen Stundenlohn von 12,5 € und Person C von 20 € erhalten müssen, wenn jede Person die gleiche finanzielle Wertschätzung für die Lebenszeit erhalten soll, welche sie für ihre Tätigkeit aufgewendet hat. Auf der Grundlage der Gleichwertigkeit jedes Menschen lässt sich hier maximal ein Lohnunterschied

Ordnung ohne Herrschaft

von 1:2 begründen, wenn die Menschen unterschiedliche Tätigkeiten ausüben. Natürlich können sich diese Verhältnisse verschieben, abhängig davon, wie viel Geld die einzelnen Personen benötigen, um ihre Ausbildung oder Hilfsmittel für ihre Tätigkeit ggf. zu finanzieren. Selbst unter Berücksichtigung eines Unsicherheitsfaktors dürfte es kaum gelingen, eine Begründung für einen Lohnunterschied zu finden, welcher das Verhältnis von 1:5 überschreitet und zugleich die Gleichwertigkeit aller Menschen berücksichtigt.

Begründungen, welche vorgebracht werden, um Gehälter jenseits eines solchen Verhältnisses zu rechtfertigen, sollten kritisch hinterfragt werden. Dabei gilt es zu prüfen, ob wirklich ein Grund genannt oder nur versucht wird, Privilegien und das Machtungleichgewicht zwischen verschiedenen Gruppen zu rechtfertigen. Eine solche Rechtfertigung ist die Vorstellung, dass Führungskräfte einen Anspruch darauf hätten, einen Anteil der Wertschöpfung zu erhalten, welche von den ihnen untergeordneten Menschen erbracht wurde – Wirtschaft als Pyramidenspiel. Eine weitere Rechtfertigung für hohe Managergehälter und Boni orientiert sich an der fiktionalen Bewertung des Aktienwerts eines Unternehmens anhand von Börsenkursen, welche mit der Schaffung von Werten gleichgesetzt wird. Dabei hängt der Aktienkurs vor allem davon ab, in welcher

Ordnung ohne Herrschaft

Höhe ein Unternehmen Dividenden bezahlt und seine Kennzahlen von Umsatz und Gewinn erfüllt. Das alles ist eine gemeinsame Leistung aller Beschäftigten des Unternehmens und nicht der Manager allein. Insbesondere die Gewinne stammen letztlich aus dem unfreiwilligen Lohnverzicht der Angestellten und werden als leistungslose Einkommen an Investoren ausgezahlt.

III.3.3.5 Reformation oder Erneuerung?

Wir sind gut beraten, die Ordnungsstruktur unserer Gesellschaft, unserer Wirtschaft und unseres Geldsystems vollständig neu aufzubauen – in Form der Delegiertenräte, in Form neuer Strukturen, welche einen kooperativen Umgang unterstützen und durch die Verwendung eines Gleichgewichtsgeldes, verbunden mit einem freiwilligen Grundeinkommen. Denn unsere bestehenden Systeme von Staat, Wirtschaft und Geldsystem sind nicht reformierbar. Sie alle basieren zu sehr auf Methoden der Zerstörung und der Gewalt, welche gegen uns Menschen, unsere Umwelt und unsere Lebensgrundlage gerichtet sind. Entsprechend ist der dringend benötigte Richtungswechsel zu einem friedlichen und gewaltfreien Miteinander nur möglich, wenn wir uns von den bestehenden Strukturen abwenden. Beim Aufbau der neuen Strukturen sollten wir wachsam sein und diese von Beginn an so variabel und offen gestalten, dass wir in dem Moment, in dem wir feststellen, dass wir Gewalt reproduzieren, diese Strukturen unverzüglich anpassen können.

Ordnung ohne Herrschaft

III.3.3.6 Warum wir das Geld (noch) nicht abschaffen sollten.

Es mag auf den ersten Blick sinnvoll erscheinen, dass wir uns direkt der Abschaffung des Geldes widmen. Allerdings entspringt die Macht, welche heute mit Geld ausgeübt wird, nicht der Existenz des Geldes, sondern sie basiert auf den Regeln, nach denen unser Geldsystem funktioniert und deren Einhaltung durch das Gewaltmonopol des Staates erzwungen wird. Die wichtigste Regelung betrifft die Vergabe von Banklizenzen, wodurch einzelnen Instituten der Zugang zur Geldschöpfung gewährt wird. Die meisten Menschen erhalten ihr Geld durch die Ausübung einer Erwerbstätigkeit. Entweder direkt, weil sie selbst einer solchen nachgehen, oder indirekt, weil ihr Einkommen aus Sozialleistungen, Steuerzahlungen oder Zinszahlungen stammt, welche aus dem Erwerbseinkommen anderer Menschen gespeist werden.

Dass wir ein solches Geldeinkommen benötigen, steht in einem engen Zusammenhang mit dem staatlich garantierten Eigentumsrecht. Würde sich nicht der gesamte Boden im Eigentum befinden, könnten einige Menschen versuchen, in einen Zustand der Subsistenz zurückzukehren. Durch das Eigentumsrecht ist dieser Weg des Ausstiegs aus der Geldwirtschaft blockiert. Da die Mehrzahl der Menschen jedoch nur über Arbeitskraft verfügt, müssen sie diese zwingend gegen

Ordnung ohne Herrschaft

Geld anbieten und können nicht einfach unentgeltlich arbeiten, schließlich sind die Güter des täglichen Bedarfs nur über Geld zu beziehen. So trägt das Eigentumsrecht dazu bei, möglichst viele Menschen in einer geldbasierten Wirtschaft zu halten. Da viele Menschen einen steigenden Anteil ihres Einkommens für die Miete ihrer Unterkunft aufbringen müssen, wird der Bereich unseres Lebens, in welchem wir geldfrei agieren können immer kleiner. Das Geld wäre nicht in der Lage, diese Abhängigkeiten zu erzeugen oder gar aufrechtzuerhalten. Nur die Rechtsordnung kann erzwingen, dass wir nicht einfach ein leer stehendes Gebäude besetzen, um darin zu wohnen.

Insofern ist nicht Geld unser Problem, sondern es sind die Institutionen, welche die Einhaltung bestimmter Regeln notfalls mit Gewalt erzwingen und dadurch ermöglichen, dass Geld ein Machtfaktor ist und bleibt. Wenn es also darum geht, in einer gewaltfreien Gesellschaft zu leben, müssen wir die Institutionen überwinden, von denen Gewalt ausgeht. Wenn wir uns entscheiden, sofort auf jegliches Geld zu verzichten und uns vollständig vom Einfluss des Geldes zu befreien, sind mit dieser Entscheidung Probleme verbunden. Vorausgesetzt, wir wollen ein selbstbestimmtes Leben führen und uns nicht davon abhängig machen, dass andere Menschen die Interaktion mit Geld für uns übernehmen und uns alles, was wir benötigen, als Geschenk überlassen. Zunächst bräuchten wir ein

Ordnung ohne Herrschaft

ausreichend großes Vermögen, um Eigentum an Land und Infrastruktur zu erwerben, damit sich eine Gruppe von Menschen so autark wie möglich versorgen kann. Dabei ist es unwahrscheinlich, dass es uns gelingt, uns von allen Geldströmen zu lösen. Mindestens für die vom Staat erhobene Grundsteuer auf unser Eigentum an Grund und Boden werden wir jedes Jahr Geld benötigen. Darüber hinaus wäre der Verzicht z. B. auf medizinische Versorgung schädlich, und eine Abschottung von anderen Menschen wäre nicht zielführend, wenn wir auch eine Veränderung der Gesellschaft anstreben.

Der Ausstieg einiger Menschen aus der Gesellschaft mag denjenigen helfen, welche sich die Möglichkeiten eines solchen Ausstiegs selbst schaffen können. Wenn wir zugleich den vielen Milliarden Menschen, welche noch mit dem bestehenden zerstörerischen Wirtschaftssystem verstrickt sind, keine Möglichkeit anbieten, um sich aus ihren Abhängigkeiten zu lösen, werden wir auch als Aussteiger in wenigen Jahren keine Überlebensebenen mehr haben. Schließlich sind wir auch als Aussteiger darauf angewiesen, dass unsere Erde eine funktionierende Ökosphäre aufweist. Wir sollten möglichst schnell möglichst viele Menschen aus der Abhängigkeit zur Erwerbsarbeit befreien, denn unser gegenwärtiges Wirtschaftssystem verursacht tagtäglich Schäden an verschiedensten Teilsystemen der Ökosphäre, welche unumkehrbar sind. Die Einführung eines Gleichgewichtsgeldes, welches vielen Menschen

Ordnung ohne Herrschaft

einen teilweisen Ausstieg ermöglicht, würde zu einer schnelleren Veränderung führen, als wenn wenigen Menschen der vollständige Ausstieg gelingt.

Mit der Abschaffung von Geld verschwindet nicht automatisch auch unsere erlernte Geldrechnung aus unseren Köpfen. Es gibt neben dem Euro auch andere Währungen, in welchen wir rechnen. Es gibt viele Dinge, welche von uns gezählt werden können und welche selbst nach einer Abschaffung des Euro als Ersatzwährung Verwendung finden könnten, wenn wir nicht gelernt haben, die Geldrechnung zu überwinden. So wurde im Nachkriegsdeutschland auf Zigaretten als Währung zurückgegriffen, nachdem das bestehende Geldsystem zusammengebrochen war. Alternative Währungen im Internet sind z. B. die Anzahl von Abonnenten unserer Kanäle in den sozialen Medien oder wie oft ein von uns verfasster Beitrag angesehen, positiv bewertet und mit anderen geteilt wurde. Dass wir unser Verhalten danach auswählen, was für uns wichtig ist und nicht nach irgendwelchen Zahlen, deren Zustandekommen wir kaum beeinflussen können, ist ein wichtiger Aspekt, um uns aus der Fremdbestimmung zu lösen und ein selbstbestimmtes Leben zu führen.

Ob wir wieder in einer Gesellschaft leben werden, welche vollständig ohne Geld oder Geldsubstitute funktioniert, wird zukünftigen Generationen überlassen bleiben müssen, welche weniger als wir vom Geld geprägt wurden. Wir können uns in der Gegenwart

Ordnung ohne Herrschaft

Freiräume schaffen, in welchen wir ohne Geld auskommen, und so der nächsten Generation Beispiele mit auf den Weg geben, wie die Organisation einer Gesellschaft auch ohne Geld oder Geldsubstitute funktionieren kann. Mit der gelungenen Unterordnung der Wirtschaft unter unsere Bedürfnisse dürften wir einen wichtigen Schritt getan haben, den Einfluss des Geldes auf unser Leben deutlich zu verringern. Ob wir eine Einheit, in welcher wir unsere knappen Ressourcen zukünftig bewerten oder über welche wir unseren Projekten Zugang zu den benötigten Ressourcen ermöglichen, noch als Geld oder anders bezeichnen werden, ist dann nicht mehr so wichtig. Entscheidend ist, dass diese Einheit nur einen Maßstab repräsentiert – so wie wir Entfernungen in Metern und Zeit in Sekunden messen – welcher uns hilft, zu entscheiden, wofür wir unsere verfügbaren Ressourcen verwenden wollen.

IV. Ausblick in ein selbstbestimmtes Leben

Vor einem Blick auf unsere zukünftige Gesellschaft ist es mir wichtig, auch unsere vergangenen Erfahrungen mit einem selbstbestimmten Leben in Erinnerung zu rufen. Schließlich wurden in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in vielen Ländern Europas praktische Erfahrungen gesammelt, wie eine solche Selbstverwaltung aussehen kann: Deutschland – Münchner Räterepublik (1919), Rote Ruhrarmee (1920); Frankreich – Pariser Kommune (1871); Spanien – Spanische Revolution (1936); Russland – Russische Revolution (1905), Februarrevolution (1917), Kommune von Kronstadt (1921); Ukraine – Machnowschtschina (1917).

Wir können aus den Erfahrungen und Fehlern dieser Versuche auch heute noch lernen. Bereits in den 1930er-Jahren ist es gelungen, die Abläufe in einer Millionenstadt wie Barcelona zu organisieren. Eine wichtige Lehre, welche aus den damaligen Ereignissen gezogen werden sollte, ist die, dass es kaum gelingen wird, eine freie Gesellschaft mit gewaltsamen Methoden zu etablieren. Den Staat auf seiner ureigenen Domäne der Gewalt herauszufordern, ist eine Vergeudung von Ressourcen. Stattdessen ist es wichtig, dass wir bestehende Freiräume nutzen und diese ausweiten, indem wir den Staat aus so vielen Lebensbereichen wie möglich ausschließen, bis wir für alle Menschen die

Ausblick in ein selbstbestimmtes Leben

Möglichkeit geschaffen haben, sich für ein selbstbestimmtes Leben zu entscheiden.

Der deutlichste Unterschied zwischen der heutigen und einer Gesellschaft, in welcher wir alle selbstbestimmt leben ist – die Ruhe. Für mich ist diese andere Gesellschaft vor allem eine emotionale Angelegenheit. Einen Eindruck davon bekommen wir, wenn wir für einige Tage oder gar Wochen eine Auszeit von unserem Alltag nehmen – nicht einfach nur Urlaub, in welchem der Arbeitsstress durch Freizeitstress ersetzt wird, sondern eine freie Zeit, in welcher wir loslassen und zu uns selbst finden und in welcher wir uns spüren und gemeinsam die Freude daran teilen, dass wir sind. Wir spüren unseren Wünschen und Bedürfnissen nach, ohne ein bestimmtes Ziel erreichen zu müssen. Statt Getriebener unseres Lebens zu sein, lassen wir uns vom Leben treiben. Ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht uns immer wieder dieses Gefühl von Entspannung, welches sich einstellt, wenn unser Gedankenkarussell einmal zur Ruhe kommt, wenn wir uns eine Auszeit nehmen von den Sorgen und Ängsten, welche uns viel zu oft beschäftigen. Das Gefühl der Verbundenheit mit uns selbst und die Erfahrung von Selbstwirksamkeit kennzeichnet unser Leben in dieser zukünftigen Gesellschaft.

Wir entscheiden, wohin wir gehen und was wir tun. Theoretisch könnten wir dies auch heute jederzeit, und wir tun es nicht, weil uns die Opportunitätskosten zu

Ausblick in ein selbstbestimmtes Leben

hoch sind. Damit sind nicht nur finanzielle Kosten gemeint. In unserer Gesellschaft aus dem Mainstream auszusteigen und unangepasst zu leben hat einen hohen sozialen Preis – z. B. in Form von Ablehnung, Ausgrenzung oder gar Verfolgung –, welchen nicht jeder zahlen kann oder möchte. Unsere Gesellschaft selbstbestimmter Menschen ist dadurch gekennzeichnet, dass wir nicht mehr versuchen, einander unsere Lebensvorstellungen aufzuzwingen, sondern einander mit Achtung und Respekt begegnen. Weil wir selbst in uns ruhen, brauchen wir keine Bestätigung von anderen, dass es in Ordnung ist, wie wir leben. Stattdessen sind wir in der Lage, uns an der Vielfalt menschlicher Lebensentwürfe zu erfreuen. Vielleicht berauschen wir uns sogar daran, zu erleben, wie viel Potenzial in uns allen steckt und wie viele verschiedene Wege zu einem glücklichen und erfüllten Leben führen.

Wir jagen nicht mehr materiellen Gütern oder Erlebnissen hinterher, um eine empfundene innere Leere zu füllen. Wir haben erkannt, dass es in uns gar keine Leere gibt, solange wir mit uns selbst verbunden sind. Das Gefühl der Leere wird umso größer, je weiter wir uns von uns selbst entfernen. Indem wir Ruhe in unser Handeln einkehren lassen und wieder lernen, auf unsere Bedürfnisse zu hören, können wir mit viel weniger Aktionismus dafür sorgen, ein glückliches und zufriedenes Leben zu führen. Freude und Erleben

Ausblick in ein selbstbestimmtes Leben

miteinander zu teilen, versetzt uns viel eher in die Lage, unser Bedürfnis nach Verbundenheit und Gemeinschaft zu erfüllen als die Präsentation eines geschönten Lebens in sozialen Medien, weil wir nach Aufmerksamkeit und Bewunderung dürsten. Indem wir gelernt haben, einander achtsam, empathisch und mitfühlend zu begegnen, fällt es uns viel leichter, Konflikte im Miteinander sozialverträglich zu lösen und Unterschiede auszuhalten.

Diese neue Ruhe in der Gesellschaft ist ebenso in der Wirtschaft erlebbar. Unsere Wirtschaft ist nicht mehr auf der Jagd nach Profit und Umsatz. Sie versucht auch nicht mehr, Kaufimpulse zu wecken, indem sie uns mit Werbebotschaften beschallt, welche Sehnsüchte wecken sollen, und uns permanent einen vermeintlichen Mangel einredet. Stattdessen findet wirtschaftliche Tätigkeit nur noch statt, wenn wir unsere Bedürfnisse aktiv an die Wirtschaft kommunizieren. Das Geschrei der Aufmerksamkeitsökonomie macht uns nicht mehr taub unseren Bedürfnissen gegenüber. Wir haben gelernt, dass wir nicht miteinander konkurrieren müssen, sondern wir mit Kooperationen viel entspannter leben können. Unser selbstbestimmtes Leben ist davon geprägt, dass wir für uns leben. Ebenso verbringen wir gerne Zeit mit anderen, um zusammen Momente zu erleben, in welchen wir einander sinnliche und emotionale Nähe schenken.

Ausblick in ein selbstbestimmtes Leben

Ein selbstbestimmtes Leben ist geprägt von Ruhe, der Erfahrung von Selbstwirksamkeit und der Partizipation an offenen Gemeinschaften.

Abkürzungen

Abkürzungen

Art.	Artikel
Abs.	Absatz
AG	Aktiengesellschaft
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BRD	nicht-offizielle Abkürzung für die Bundesrepublik Deutschland
bzw.	beziehungsweise
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern e. V.
e. V.	eingetragener Verein
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DRM	Digital Rights Management
ESZB	Europäisches System der Zentralbanken
EZB	Europäische Zentralbank
GEMA	Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte
GFK	Gewaltfreie Kommunikation
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
IT	Informationstechnik
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
StGB	Strafgesetzbuch
u. a.	unter anderem
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
USA	Vereinigte Staaten von Amerika
VG	Verwertungsgesellschaft
VPI	Verbraucherpreisindex
vs.	versus
z. B.	zum Beispiel

Glossar

Achsenzeit: Zeitspanne, welche von Karl Jaspers ursprünglich von 800 bis 200 vor Christus datiert wurde. David Graeber verwendet den Begriff für die Zeit von 800 vor Christus bis 600 nach Christus.

BRD: Inoffizielle Abkürzung für die Bundesrepublik Deutschland. Vor der Wiedervereinigung beider deutscher Staaten vor allem zur Abgrenzung und Gegenüberstellung von BRD und DDR in verschiedenen Kontexten verwendet.

DDR: Abkürzung für Deutsche Demokratische Republik, Bezeichnung desjenigen deutschen Staates, welcher im Einflussbereich der Sowjetunion lag.

Diskurs: Für mich enthält der Begriff Diskurs zunächst die Diskussion über verschiedene Sichtweisen in Form eines Dialogs. Dabei bringen die Dialogpartner die Bereitschaft mit, sich gegenseitig zuzuhören und Argumente auszutauschen. Darüber hinaus enthält der Begriff Diskurs auch die Bereitschaft der Dialogpartner, einen gemeinsamen Konsens finden zu wollen.

Dotcom-Blase: Spekulationsblase, in deren Zentrum vor allem neu gegründete Internetunternehmen standen. Die Blase platze etwa im März 2000. Unterhaltsam beschrieben wird diese Entwicklung im Roman „Liquide“ von Don Alphonso.

Glossar

Median: Wert, welcher eine Gruppe genau in der Mitte teilt. Bei Werten von 100 Personen sind dann genau 50 Personen oberhalb und 50 Personen unterhalb desjenigen Wertes positioniert, welcher dem Median entspricht. Der Durchschnitt teilt dagegen eine Menge an einer beliebigen Stelle, abhängig von der Verteilung der Werte.

Pionierorganisation „Ernst Thälmann“: Politische Massenorganisation in der DDR, in welcher die Schüler vom ersten bis zum siebten Schuljahr organisiert waren. Der Wechsel vom Jungpionier zum Thälmann-Pionier erfolgte in der vierten Klasse. Es fanden regelmäßig Pioniernachmittage statt, welche mit unterschiedlichen Aktivitäten verbunden waren. Ich erinnere mich vor allem an Wertstoffsammlungen, welche Geld für die Klassenkasse einbrachten, sowie an das Sammeln von Kastanien und Eicheln als Futter für Tiere im Zoo.

Tautologie: ist eine Definition, welche auf sich selbst verweist und somit keine Definition liefert, sondern nur das zu Definierende wiederholt.

Inspirations- und Datenquellen

Im Folgenden sind einige Bücher angeführt, welche mich über die Jahre begleitet haben. Deren Inhalt hat direkt oder indirekt zu diesem Buch beigetragen. Diese Aufzählung ist sicher nicht vollständig, da ich über die Jahre nicht mehr sagen kann, an welcher Stelle mir ein Thema oder Gedanke erstmals begegnet ist. Die Webseiten habe ich vor allem verwendet, um aktuelle statistische Daten abzurufen.

Sachbücher

Händeler, Erik – Die Geschichte der Zukunft

ISBN: 978-3-87067-963-7

Gesell, Silvio – Gesammelte Werke Band 11

ISBN: 978-3-87998-421-3

Graeber, David – Schulden - Die ersten 5000 Jahre

ISBN: 978-3-608-94767-0

Proudhon, Pierre Joseph – Was ist das Eigentum?

ISBN: 978-3-89771-918-7

Rosenberg, Marshall B. (Autor) – Gewaltfreie

Kommunikation – Autorisierte Hörfassung; Sprecher:

Thomas Hollaender, Ulrike Hübschmann

ISBN: 978-3-86974-268-7

Scheidler, Fabian – Das Ende der Megamaschine

ISBN: 978-3-85371-384-6

Inspirations- und Datenquellen

Stowasser, Horst – Anarchie!

ISBN: 978-3-89401-537-4

von Mises, Ludwig – Nationalökonomie

https://www.mises.de/public_home/article/73/1

Ziegler, Jean – Wie kommt der Hunger in die Welt?

ISBN: 978-3-570-30059-6

Romane

Ende, Michael – Momo

ISBN: 978-3-522-20210-7

Eschbach, Andreas – Eine Billion Dollar

ISBN: 978-3-404-15040-3

Kling, Marc-Uwe – Qualityland (dunkle Edition)

ISBN: 978-3-548-29187-1

Pratchett, Terry – Schöne Scheine

ISBN: 978-3-442-46809-6

Webseiten

Bundesbank

<https://www.bundesbank.de/de/startseite/glossar>

<https://www.bundesbank.de/de/publikationen/berichte/monatsberichte>

Bundeszentrale für politische Bildung

<https://www.bpb.de/nachschlagen/datenreport-2021/>

<https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/lexikon-der-wirtschaft/>

Inspirations- und Datenquellen

Eurostat

<https://ec.europa.eu/eurostat/de/>

Gesetze im Internet

<https://www.gesetze-im-internet.de/>

OECD iLibrary

<https://www.oecd-ilibrary.org>

Soziopod Academics

<https://soziopod.de/>

Statistisches Bundesamt

https://www.destatis.de/DE/Home/_inhalt.html

The Economist Newspaper Limited

<https://www.economist.com/big-mac-index>

The ReSource Project

<https://tanasinger.de/de/das-resource-project/>

Wiki Piratenpartei – AG Geldordnung & Finanzpolitik

https://wiki.piratenpartei.de/AG_Geldordnung_und_Finanzpolitik/AG_Konsens_Geldsch%C3%B6pfung

https://wiki.piratenpartei.de/AG_Geldordnung_und_Finanzpolitik/Wie_Staatsanleihen_funktionieren